



# Beschlussbuch

Unterbezirksparteitag  
SPD-Unterbezirk Region Hannover  
18. April 2015  
Veranstaltungszentrum Burgdorf

- A – Parteiarbeit der Zukunft
- B – Demokratie und Wahlrecht
- C – Familie/Soziales
- D – Bildung
- E – Internationales

# 1 A 1 Das Morgen denken – neue Herausforderungen in der Region 2 Hannover politisch gestalten

3 *Antragsteller: SPD Unterbezirksvorstand Region Hannover*

## 4 Ziele und Arbeitsvorhaben des SPD-Unterbezirk Region Hannover

5 Von der Marienburg zur Medizinischen Hochschule, vom Steinhuder Meer zur  
6 Eilenriede, vom Ballungsraum zur ländlichen Idylle – die Region Hannover hat viel zu  
7 bieten. Wirtschaftskraft, Vielfalt, Know how und jede Menge Kultur im Kleinen und  
8 Großen – die Region Hannover hat Lebensqualität und ein enormes Potenzial. Sie hat  
9 Stadt und Natur. Die Menschen leben und arbeiten hier gern. Und die Region liegt  
10 zentral – gut erreichbar in den großen Verkehrslinien von Ost nach West und vom  
11 Norden zum Süden.

## 12 Vielfalt – Aufstieg - Chancengleichheit: Dreiklang mit Zukunft: Region Hannover

13 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben die Landeshauptstadt, den  
14 früheren Landkreis, den Kommunalverband Großraum Hannover und nun auch die  
15 heutige Region Hannover maßgeblich geprägt und für Zukunftsfähigkeit gesorgt.  
16 Unser gemeinsames Ziel ist es, mit guter sozialdemokratischer Politik auf allen Ebenen  
17 auch in Zukunft die Region als gutes Beispiel einer wirtschaftlich starken, sozial  
18 gerechten und nachhaltig schönen Region mit Lebensqualität zu entwickeln.

19 Schon heute ist das innovative Projekt, Stadt und Umland in einer Region zu bündeln  
20 und Synergieeffekte aus dem Miteinander zu heben, Vorbild für andere Städte,  
21 Gemeinden und Regionen. Es war gut für die Stadt Hannover, sehr frühzeitig zu  
22 erkennen, dass Stadt und Umland davon gleichermaßen profitieren. Daran anknüpfend  
23 müssen nun Perspektiven entwickelt werden:

- 24 • Wie wird die Region Hannover 2030 aussehen – und welche Entscheidungen  
25 wollen wir gemeinsam umsetzen, um die Lebensqualität der Region zu sichern  
26 und weiter auszubauen – angesichts von demografischem Wandel, von  
27 Fachkräftemangel und weiterer Zuwanderung, von neuen Anforderungen an die  
28 Balance von Arbeit und Privatleben?
- 29 • Welche Chancen bietet die Stadt - welche Vorteile hat das Umland?
- 30 • Wie bringen wir beides zueinander?

31 Lösungen und Fortschritte auf diesem Weg wollen wir SozialdemokratInnen und  
32 Sozialdemokraten im Diskurs mit allen gesellschaftlichen Gruppen erarbeiten – denn  
33 wir sind überzeugt, dass die Bürgerinnen und Bürger der Region „Experten in eigener  
34 Sache“ sind. Alltagserfahrung und Fachwissen, aber auch die Erwartungen und Ziele  
35 der Menschen in Stadt und Umland sind ein entscheidender Gradmesser, an dem wir  
36 gemeinsam die Zukunft der Region für das Wohl aller gestalten können.

37 Um diese Aufgabe erfolgreich angehen zu können, müssen wir als Partei gut  
38 aufgestellt sein. Bevor wir dazu den Blick nach vorne richten, lohnt ein kurzer Rückblick  
39 auf die vergangenen zwei Jahre seit unserem letzten Parteitag.

#### 40 Wahlen seit 2013

41 Die Arbeitsperiode des UB-Vorstandes vom Mai 2013 bis April 2015 war geprägt von  
42 Wahlen: Die Bundestagswahl im September 2013 und die gleichzeitig stattfindende  
43 Wahl des Oberbürgermeister von Hannover, Direktwahlen zu Beginn 2014, die  
44 Europawahl 2014, die Wahl des Regionspräsidenten sowie eine Vielzahl von  
45 Bürgermeister- und BürgermeisterInnenwahlen am selben Tag in der Region, die zum  
46 Teil Stichwahlen erforderlich machten.

47 Ausdrücklich ist positiv hervorzuheben, dass die Partei auf allen Ebenen – von den  
48 Ortsvereinen bis zum Vorstand, von Arbeitsgemeinschaften und hauptamtlich  
49 Beschäftigten und natürlich von den Kandidatinnen und Kandidaten selbst - mit  
50 enormer Energie gekämpft und für die sozialdemokratischen Ziele geworben hat. Ohne  
51 dieses Engagement, das in allen Wahlkämpfen deutlich zu spüren war, wären die  
52 Präsenz und die Erfolge der SPD in der Region Hannover nicht denkbar. Die Beteiligung  
53 reicht dabei von den Debatten zur Aufstellung des Wahlprogramms, insbesondere mit  
54 inhaltlichen Veranstaltungen zur Vorbereitung der Bundestagswahl, über die  
55 Mobilisierung und vielfältigen Aktionen von Infoständen bis hin zur wirksamen  
56 Plakatierung.

#### 57 Die Ergebnisse müssen analysiert werden

58 Die Ergebnisse der Bundestagswahl im September 2013 zeigen für die SPD ein  
59 gemischtes Bild in der Region. In der Landeshauptstadt Hannover liegt SPD vor der  
60 CDU, im Umland der Region Hannover liegt insgesamt die CDU vorn.

61 Bei der Oberbürgermeisterwahl in der Landeshauptstadt Hannover am selben Tag  
62 erreichte Stefan Schostok 48,9 Prozent, sein Gegenkandidat Matthias Waldruff von der  
63 CDU 33,8 Prozent. Für die Stichwahl schaffte die SPD eine beeindruckende  
64 Mobilisierung mit Erfolg: Stefan Schostok gewann mit 66,3 Prozent! Dabei wurde er  
65 nicht nur von den GRÜNEN und LINKEN unterstützt, er erhielt auch fast 9.500 Stimmen  
66 von Wählerinnen und Wählern, die noch im ersten Wahlgang für Matthias Waldruff  
67 gestimmt hatten.

68 Das Jahr 2014 begann dann sehr verheißungsvoll für die SPD: In der Gemeinde  
69 Wedemark musste der Bürgermeister neu gewählt werden, da Tjark Bartels zum  
70 Landrat von Hameln-Pyrmont gewählt wurde. Als Nachfolger trat in der Wedemark für  
71 die SPD Helge Zychlinski an, der mit 51,8 Prozent im ersten Wahlgang glatt erfolgreich  
72 war.

73 Eine Woche später gewann Axel Düker, der Kandidat der SPD, die Bürgermeisterwahl in  
74 Burgwedel mit 51,6 Prozent. Dies war für viele überraschend, da in Burgwedel seit  
75 vielen Jahren die CDU den Bürgermeister stellt. Deren öffentlich ausgetragene  
76 Streitigkeiten waren in Burgwedel wahlentscheidend. Eine geschlossen auftretende  
77 SPD profitierte für sich und mit einem überzeugenden Wahlsieg.

78 Wir halten fest: Gute, solidarische Arbeit der SPD an der Seite ihrer Spitzenkandidaten  
79 machen Wahlsiege sowohl aus der „Regierung“ als aus der Opposition heraus möglich.  
80 Die Wedemark und Burgwedel sind dafür zwei überzeugende Beispiele in der Region.

81 Nach diesem gelungenen Einstieg in das Wahljahr standen im Mai 2014 die  
82 Europawahl, die Wahl des Regionspräsidenten und die Direktwahl von  
83 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in zehn Städten und Gemeinden der Region  
84 an. Eine weitere außerordentliche Herausforderung an die Gliederungen der Partei, an  
85 ihre ehrenamtlichen und hauptamtlichen Mitglieder, für zwei bzw. drei Wahlen die  
86 Wahlberechtigten zu motivieren, zu informieren und zu überzeugen, die SPD und ihre  
87 Kandidatinnen und Kandidaten zu wählen. Die Ergebnisse brachten dann Licht und  
88 Schatten.

- 89 • Bei der Europawahl mit dem unermüdlichen Einsatz der Kandidaten Bernd  
90 Lange MdEP und Nils Hindersmann steigerte sich die SPD um 4,9 Prozentpunkte  
91 auf 34,2 Prozent. Sie konnte sich damit knapp vor der CDU positionieren.
- 92 • Die Wahl zum Regionspräsidenten schien eine klare Sache für den amtierenden  
93 SPD-Regionspräsidenten Hauke Jagau zu sein. Das Ergebnis von 47,3 Prozent zu  
94 38,7 Prozent des CDU-Kandidaten bei insgesamt sechs Bewerberinnen und  
95 Bewerbern war eine gute Ausgangsposition für den zweiten Wahlgang. Am  
96 Ende gewann Hauke Jagau knapp mit 50,9 zu 49,1 Prozent. Was war passiert?  
97 Zum einen war die Wahlbeteiligung zum Stichwahltag von 44 auf 28 Prozent  
98 gefallen. Ein Grund dafür war der Abstand zwischen dem 1. und 2. Wahlgang  
99 von drei Wochen. Zum anderen scheint ein Regionspräsident für die  
100 Bürgerinnen und Bürger gegenüber Bürgermeistern einer Kommune weiter weg  
101 zu sein, dazu kamen aktuelle Reizthemen der Region. Die Region ist für viele  
102 weniger greifbar, als das Rathaus mitten in der Stadt oder Gemeinde. Und  
103 offenbar hat die CDU in den Umlandgemeinden stärker für ihren Kandidaten  
104 mobilisieren können.
- 105 • Die Direktwahlen in zehn weiteren Kommunen waren für die SPD  
106 Achterbahnfahrten. Eindeutig erfolgreich waren die Wiederwahlen von Claus-  
107 Dieter Schacht-Gaida mit 67,6 Prozent in Hemmingen und von Werner  
108 Backeberg in Uetze mit 60,7 Prozent. In Pattensen verpasste Ramona Schumann  
109 zunächst knapp die Wahl im ersten Wahlgang, um dann im zweiten Wahlgang  
110 haushoch zu gewinnen. In Gehrden lag Cord Mittendorf im ersten Wahlgang  
111 deutlich zurück und gewann dann klar die Mehrheit im zweiten Wahlgang.
- 112 • Parallel zu diesen Erfolgen gab es jedoch bittere Niederlagen. So verlor die SPD  
113 Laatzten bereits im ersten Wahlgang die Bürgermeisterwahl (hier holte Hauke  
114 Jagau über 50 Prozent!), in Garbsen und Langenhagen verliert die SPD die  
115 Bürgermeisterwahl bei den Stichwahlen. Im Oktober 2013 ging bereits die  
116 Stichwahl in Ronnenberg verloren.

117 Oberflächlich betrachtet könnte man sagen: Viermal gewonnen und viermal  
118 verloren. Zwar sind die Erfolge in der Wedemark, Burgwedel, Pattensen und  
119 Gehrden hoch zu schätzen, aber die Verluste betreffen die großen Städte der  
120 Region, nämlich Garbsen, Laatzten und Langenhagen. Damit geht ein hoher Anteil

121 der Wahlbevölkerung verloren, die für die kommenden Kommunal-, Bundestags-  
122 und Landtagswahlen für die Mehrheit der SPD von großer Bedeutung sind. Eine  
123 sorgfältige und kritische Analyse vor Ort ist – auch jetzt noch - dringend notwendig,  
124 sowohl zu den (wieder-) gewonnenen Wahlen, vor allem aber zu den Niederlagen.

## 125 Unsere künftigen Herausforderungen

126 Es geht um die drei großen P: Partei, Programm und Personen. Gerade in  
127 überschaubaren Wohnbereichen gucken die Menschen sehr genau hin.

- 128 • Wie stellt sich Partei nach außen hin dar? Ist sie im Gespräch mit den Menschen,  
129 erkennt sie rechtzeitig Tendenzen, die gegen sie laufen? Werden die Menschen  
130 beteiligt?
- 131 • Welche Angebote macht die Partei zur Lösung von Problemen? Werden  
132 Zukunftsperspektiven aufgezeigt? Ist das Profil erkennbar und unterscheidbar  
133 gegenüber den politischen Mitbewerbern?
- 134 • Mit welchen Personen wird für Partei und Programm geworben? Steht die Partei  
135 zu ihren Kandidatinnen und Kandidaten? Gibt es kritische Diskussionen über die  
136 konkrete Politik ohne verletzend zu sein?

137 Die drei P können zur Betrachtung der Wahlergebnisse, die hinter uns liegen, gut  
138 angewandt werden. Wenn sie im Einklang miteinander stehen, können sie zum Erfolg  
139 führen, wenn nicht, führen sie zum Misserfolg.

## 140 Unsere Entwicklungsarbeit hat bereits begonnen - Politikentwicklung für die Region 141 von morgen

142 In der zweiten Jahreshälfte 2014 – nach den mit großem Engagement geführten  
143 Wahlkämpfen – haben wir einen Strukturprozess in der Partei angestoßen, der u.a. das  
144 Ziel hat, die Parteiarbeit selbst zu überprüfen (u.a. durch eine UB-weite  
145 Fragebogenaktion über die Instrumente und Arbeitsweise in der Regionspräsidenten-  
146 und Europawahl) und, wo notwendig, zu erneuern. Wir alle spüren: Veränderungen in  
147 der Gesellschaft – von der Arbeitswelt bis zur Medienlandschaft, aber auch beim  
148 Zusammenleben - erfordern neue Angebote politischer Arbeit, um weiterhin Menschen  
149 zum Mitmachen und Mitgestalten zu gewinnen.

150 Auch die Randbedingungen unserer Politik ändern sich fortlaufend. Der demografische,  
151 gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel (Industrie 4.0), die europäische  
152 Integration, die Globalisierung und die Veränderungen des Klimas sind zentrale  
153 Entwicklungen, die das Leben der Menschen in der Region Hannover und ihren  
154 Regionskommunen immer weiter bestimmen werden. Vor ihrem Hintergrund sind  
155 Fragen der gleichen Lebensbedingungen wie Zugangschancen zu Bildung, Arbeit und  
156 öffentlichen Gütern sowie den Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge  
157 genauso zu beantworten, wie Fragen der sozial-ökologischen Modernisierung und  
158 demokratischen Beteiligung und Mitwirkung der Menschen an den Entscheidungen  
159 über die Entwicklung ihrer Städte und Gemeinden.

## 160 Zukunftswerkstatt Region Hannover 2030

161 Mit unserem Projekt „Zukunftswerkstatt Region Hannover 2030“ haben wir in den  
162 letzten zwei Jahren den offenen Austausch sowohl innerhalb der SPD als auch mit  
163 Interessierten aus Gesellschaft, Wissenschaft sowie Vereinen und Verbänden gesucht.

164 Mit Blick auf die Arbeit und Bildung von morgen, auf die Anforderungen der Inklusion,  
165 auf die notwendige Infrastruktur, auf Gleichstellung, Integration und die  
166 Herausforderungen des demografischen, aber auch wirtschaftlichen, gesellschaftlichen  
167 sowie digitalen Wandels sind zahlreiche Anregungen, Hinweise, Ideen und Meinungen  
168 im Rahmen dieses Dialogprozesses in die Arbeit der Zukunftswerkstatt eingeflossen.

169 In einem ergebnisoffenen Dialog haben wir daraus erste Vorstellungen und auch  
170 wichtige programmatische Impulse für die Weiterentwicklung der Region Hannover  
171 aufgenommen. Dies ist eine gute Grundlage für unsere Politikgestaltung der SPD  
172 Region Hannover in den nächsten zwei Jahren.

### 173 **Aufbruch 2015**

174 Im Februar diesen Jahres haben wir in einer Klausurtagung des Unterbezirksvorstandes  
175 und des geschäftsführenden Stadtverbandsvorstandes mit dem Regionspräsidenten,  
176 dem Oberbürgermeister der LHH, den Bürgermeisterinnen der Umlandkommunen  
177 sowie den Fraktionsvorsitzenden bzw. Fraktionsvorständen einen gemeinsamen Blick  
178 von Partei, Verwaltungsspitzen und MandatsträgerInnen auf unsere Perspektive für  
179 Stadt und Region 2030 geworfen. Im Zusammenspiel der Möglichkeiten auf den drei  
180 Ebenen – neue Beteiligungsverfahren der Verwaltungen, inhaltliche Initiativen der  
181 Kommunen und Fraktionen sowie programmatische Akzente und neue Arbeitsweisen  
182 einer zukunftsfähig aufgestellten Partei - lässt sich ein spannendes Bild einer  
183 sozialdemokratischen Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft und die  
184 Erwartungen der Menschen in Stadt und Umland entwerfen. Diese Form der Tagung ist  
185 auf sehr gute Resonanz gestoßen und wir werden diesen Prozess mit ähnlichen  
186 Formaten fortsetzen.

### 187 **Und so geht es weiter: Alle werden einbezogen**

188 Der Unterbezirksvorstand legt dem Parteitag in Zusammenarbeit mit einer  
189 Strukturkommission einen Antrag „Mitmachen-Mitbestimmen: Parteiarbeit der  
190 Zukunft“ zur Debatte vor, der vor allem eines zum Ziel hat: Einen Anstoß zu geben, um  
191 gemeinsam mit den Ortsvereinen an einem inhaltlich und in der Form attraktiven  
192 Politikangebot für unsere Mitglieder und die Menschen in der Region Hannover zu  
193 arbeiten. Dieser Prozess ist nicht abgeschlossen. Wichtige inhaltliche Impulse z.B. zur  
194 Internationalisierung der Partei, zur familienfreundlichen Parteiarbeit, zu einem  
195 attraktiveren Angebot für Jugendliche oder die digitale Szene, wurden u.a. im Rahmen  
196 der Klausur im Februar erarbeitet und werden in die weitere Arbeit der Gruppe  
197 einfließen.

198 Im Rahmen der Zukunftswerkstatt werden wir mit einem Orientierungsrahmen Region  
199 Hannover 2030 die kommunalpolitischen Ziele und Leitlinien für die SPD-Ortsvereine  
200 und den SPD-Unterbezirk in der Region Hannover vom Jahr 2015 bis zum Jahr 2030  
201 festlegen. Auf der Grundlage der allgemeinen Zielsetzungen des Hamburger

202 Programms der SPD wollen wir mit allen Gliederungen im Unterbezirk Region  
203 Hannover ein übereinstimmendes und gemeinsames kommunales Leitbild entwickeln.  
204 Der Orientierungsrahmen Region Hannover 2030 beinhaltet zwei konkrete Angebote:  
205 Erstens soll er bei der Erarbeitung von Kommunalwahlprogrammen vor Ort behilflich  
206 sein. Zweitens wollen wir den Blick über die nächste Kommunalwahl hinaus richten  
207 und langfristige kommunalpolitische Leitlinien über mehrere Wahlperioden  
208 verabschieden. Er soll damit für uns und die Öffentlichkeit ein Bewertungsmaßstab  
209 und Hilfe sein, um die tagespolitischen Schritte und Kompromisse vor dem  
210 Hintergrund der mittel- bis langfristigen Zielsetzungen beurteilen und richtig  
211 einzuordnen können.

#### 212 Engagierte Köpfe für unsere Politik gewinnen und qualifizieren

213 Lokale Demokratie ist eine wichtige Säule für politische Partizipation und Teilhabe. Sie  
214 wird für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten durch Hunderte von  
215 ehrenamtlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern in der Region Hannover  
216 geprägt. Sie übernehmen Verantwortung für ein kommunales Gemeinwesen und  
217 gestalten mit unseren Grundwerten die konkreten Lebensumstände der Menschen vor  
218 Ort.

219 Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommunalwahl am 11. September 2016  
220 stehen für sozialdemokratische Grundwerte. Mit Leidenschaft und Kompetenz  
221 vertreten sie die Interessen der Bevölkerung in den Räten und sind Expertinnen und  
222 Experten in eigener Sache. Deswegen wollen wir ein breites Angebot machen können  
223 und unsere Listen mit Menschen vielfältiger Altersgruppen, Berufe und sozialen  
224 Hintergründen aufstellen. Frauen und Männer sollen sich gleichberechtigt auf Listen  
225 und Räten wiederfinden. Wir wollen mehr Menschen mit Migrationsgeschichte zur  
226 Teilhabe aktivieren. Wir öffnen unsere Listen für Kandidaturen von Nicht-  
227 Parteimitgliedern, weil wir interessierte Menschen in kommunale Prozesse mit  
228 einbeziehen wollen.

229 In vielen Räten stehen zur Kommunalwahl Altersumbrüche bevor. Langjährige  
230 Ratsmitglieder verzichten auf eine erneute Kandidatur und junge Räte ziehen ein. In  
231 diesem Prozess wollen wir einen Wissenstransfer organisieren, der Erfahrungen,  
232 Kompetenzen und Kenntnisse sichert.

233 Die Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik darf für ehrenamtliche  
234 Kommunalpolitik nicht nur ein Stichwort für Sonntagsreden sein, sondern muss sich im  
235 praktischen Handeln zeigen. Die Ausübung eines kommunalen Mandats ist mit dem  
236 Recht auf Freistellung verbunden. Keiner darf an der Ausübung dieser Tätigkeit  
237 behindert werden. Gleichzeitig gilt es, jungen Eltern durch Hinterfragen von Zeiten und  
238 Rahmenbedingungen den Weg in die Räte zu ebnen.

239 Kandidaturen für die SPD müssen sich an klaren Kriterien orientieren. Dazu gehören  
240 unsere Grundwerte, Gleichstellung und Qualifikation. Wir werden unsere  
241 Kandidatinnen und Kandidaten zur Übernahme von Mandaten befähigen. Unsere  
242 Nachwuchsakademie ist hierfür ein wichtiges Instrument. Für die Region Hannover  
243 sollen junge Menschen für Kandidaturen und das Ausüben eines Mandates qualifiziert

244 werden. Dabei sind für uns sowohl Inhalte auch als Methodenkompetenzen  
245 entscheiden. Instrumente zur Bürgerbeteiligung und Aktivierung von Menschen für  
246 kommunale Prozesse sollen ein Schwerpunkt der Nachwuchsakademie werden.

247 Wir wollen mehr Menschen an kommunalen Entscheidungen beteiligen und sie nicht  
248 ausgrenzen. Die von manchen geforderte Verkleinerung von kommunalen Räten ist für  
249 uns ein Zeichen abnehmender Demokratie und Beteiligungsmöglichkeiten. Dabei  
250 stehen mögliche Kosteneinsparungen in keiner Relation zum entstehenden  
251 Demokratiedefizit.

252 Wir legen in den nächsten Monaten den Grundstein für starke sozialdemokratische  
253 Fraktionen in der Region Hannover in Ortsräten, Bezirksversammlungen,  
254 Gemeinderäten und der Regionsversammlung. Kommunalpolitik bekommt ein Gesicht  
255 durch viele Kandidatinnen und Kandidaten, die mit Herz und Verstand für die  
256 Sozialdemokratie stehen.

257 **Mitgliederwerbung ist Politik! Die Erneuerung der Strukturen fortsetzen!**

258 Die Werbung neuer Mitglieder ist eine der großen Herausforderungen unserer Partei.  
259 Unser Ziel ist es, in den nächsten zwei Jahren eine Vielzahl neuer Mitglieder aus allen  
260 Bereichen der Gesellschaft zu gewinnen. Die Gesamtverantwortung liegt bei allen  
261 Gremien auf allen Ebenen!

262 Angesichts der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse, der demographischen  
263 Entwicklung, der Arbeitsverdichtung in der Berufswelt und Fehlern bei der  
264 Politikgestaltung muss es uns gelingen, das Interesse an der SPD mit neuen Angeboten  
265 zur Mitarbeit in den Vordergrund zu stellen. Eine Ausweitung der  
266 Partizipationsmöglichkeiten der Mitglieder muss stärker genutzt und öffentlich  
267 gemacht werden. Für neue Mitglieder müssen flexible Angebote zur Verfügung stehen,  
268 denn nicht jedes Mitglied hat das Zeitbudget, sich umfassend in politischer Arbeit zu  
269 engagieren. Man sollte direkt vor Ort die Politik mitgestalten oder auch „nur“  
270 projektbezogen mitarbeiten können.

271 Um die Mitgliederwerbung als ständige Aufgabe zu festigen, wird der Unterbezirk  
272 unter anderem Workshops, regelmäßige Treffen der Mitgliederbeauftragten aus den  
273 OVEN und zentrale Aktionen wie die Nachbarschaftskampagne anbieten. Mit einer  
274 Ortsvereinsmesse werden einzelne gute Aktionen zur Mitgliedergewinnung aufgezeigt,  
275 so dass ein breit gefächertes Ideenpool entsteht. Die Arbeitsgemeinschaften werden  
276 ebenfalls verstärkt in ihren Interessengruppen werben.

277 Unseren Ortsvereinen kommt in diesem Prozess besondere Verantwortung zu, in dem  
278 sie offen und aktiv auf neue Mitglieder zugehen und sie in die Parteiarbeit bzw. in  
279 spezielle Projekte einbinden. Der Unterbezirk wird mit Neumitgliederabenden und  
280 einem ansprechenden Rahmenprogramm langjährige und neue Parteimitglieder ins  
281 Gespräch bringen und sie über die vielfältigen Möglichkeiten der Mitarbeit  
282 informieren.

283 Unverzichtbar ist die Betreuung und Aktivierung von vorhandenen Mitgliedern. In  
284 vielen Ortsvereinen gibt es ein ungenutztes Potenzial aus passiven Mitgliedern, die bei  
285 entsprechender Ansprache und Wertschätzung durchaus wieder aktiviert werden



286 können. Dazu gehört sicher auch ein Blick auf die allgemeine Arbeit vor Ort jenseits der  
287 Wahlkämpfe. Welches Angebot machen wir unseren Mitgliedern - sind wir noch  
288 attraktiv und fordern wir zur Mitarbeit auf? Ausgehend von diesen Fragen werden wir  
289 gemeinsam ein Leitbild und „Kernaufgaben“ für die Arbeit der Ortsvereine beschreiben  
290 und den ‚Ortsverein für die Zukunft‘ auf den Weg bringen.

#### 291 **Nachbarschaftskampagne**

292 Die bundesweite Nachbarschaftskampagne der SPD hat das Ziel, die Bindungs- und  
293 Kampagnenfähigkeit sowie die Vernetzung vor Ort der Partei zu stärken.

294 Im Rahmen der Kampagne wollen wir daher auch neue Aktions- und  
295 Veranstaltungsformen ausprobieren bzw. weiterentwickeln, die die Menschen vor Ort  
296 ansprechen und mit denen wir mit ihnen noch besser ins Gespräch kommen.

297 Vor allem wollen wir den Menschen in unserem Umfeld auf Augenhöhe begegnen,  
298 ihren Sorgen und Anregungen zuhören und nach gemeinsamen Lösungen suchen. Das  
299 schafft und sichert Vertrauen, es hilft, unsere Politik auf eine breitere Basis zu stellen.

300 Dabei geht es nicht um Ein-Mal-Effekte. Kontinuierlicher Einsatz und Nachhaltigkeit  
301 sind entscheidend für den dauerhaften Erfolg. Nur das bleibt im Gedächtnis haften.  
302 Denn unsere Politik- und Durchsetzungsfähigkeit – und nicht zuletzt unsere  
303 Wahlergebnisse - hängen ganz entscheidend von unserer Glaubwürdigkeit bei unseren  
304 Mitbürgerinnen und Mitbürgern ab.

#### 305 **Sozialdemokratische Politik (auch) über die Region hinaus!**

306 Die Lebensverhältnisse in der Region werden nicht allein durch die regionale Politik  
307 bestimmt. Politische Entscheidungen in Europa, Bund und Land bestimmen über die  
308 Lebensverhältnisse vor Ort mit. So kann insbesondere eine gute öffentliche  
309 Daseinsvorsorge nur gelingen, wenn die übergeordneten Ebenen faire  
310 Rahmenbedingungen und eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen  
311 sicherstellen. Durch Austausch und eine gute Vernetzung mit unseren  
312 MandatsträgerInnen auf diesen Ebenen wollen wir als SPD in der Region Hannover  
313 einen aktiven Beitrag zu leisten.

314 Seit Februar 2013 wird Niedersachsen von einer Rot-Grünen Landesregierung mit  
315 Stephan Weil als Ministerpräsidenten regiert. Acht Abgeordnete der SPD aus der  
316 Region Hannover sind Mitglieder des Niedersächsischen Landtags und wichtige  
317 Interessenvertreter. Mit viel Sachverstand und Empathie für kommunales Handeln  
318 wird seit dem Regierungswechsel in Niedersachsen auch eine Veränderung in  
319 politischen Fragen und einer veränderten Beteiligungskultur deutlich. Politik wird  
320 wieder miteinander gemacht, ohne dabei die Ebenen gegeneinander auszuspielen.  
321 Auch dazu wollen wir weiterhin mit klaren sozialdemokratischen Akzenten beitragen.

322 Von 7,7 Millionen Niedersachsen sind 1,1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner der  
323 Region Hannover. Die Region Hannover ist nicht nur das sozialdemokratische Herz  
324 Niedersachsens, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftsstandort und Impulsgeber für  
325 das gesamte Land.

326 Die Region Hannover ist die mit Abstand größte Gebietskörperschaft in Niedersachsen.  
327 Bei der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs fordern wir die  
328 Niedersächsische Landesregierung auf, für ein angemessenes Verhältnis von  
329 EinwohnerInnen, Fläche und Sozialausgaben zu sorgen. Eine weitere einseitige  
330 Benachteiligung der Region Hannover zugunsten von anderen Landesteilen lehnen wir  
331 entschieden ab.

332 Der Öffentliche Personennahverkehr in der Region Hannover besticht landesweit durch  
333 seine Qualität und seine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Finanzierung des  
334 ÖPNVs ist jedoch eine Herausforderung. Das Land Niedersachsen steht in der Pflicht,  
335 für eine hinreichende finanzielle Förderung von Infrastruktur in Form von Strecken,  
336 Fahrzeugen und dem barrierefreien Ausbau des Netzes zu sorgen. Im Rahmen der  
337 Föderalismusreform fallen Bundesmittel weg, die dann durch das Land Niedersachsen  
338 zu kompensieren sind.

339 In allen Kommunen ist die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen ein  
340 drängendes Thema. Der Bund muss das Land Niedersachsen und die Städte und  
341 Gemeinden bei der nachhaltigen Schaffung von Wohnraum unterstützen und erprobte  
342 Instrumente der Wohnraumförderung durch zusätzliche finanzielle Mittel für diesen  
343 Personenkreis öffnen. Auch bei steigenden Flüchtlingszahlen sind menschenwürdige  
344 Unterkünfte, Angebote zur psychosozialen Betreuung, Teilhabe durch die Möglichkeit  
345 zur Arbeit und ausreichende Sprachkurse zu sichern, das sind Bestandteile einer  
346 gelebten Willkommenskultur. Die rot-grüne Landesregierung hat hier in den letzten  
347 Monaten Maßstäbe gesetzt, die wir nun weiterentwickeln wollen.

348 Wir sind die Region der Integrierten Gesamtschulen in Niedersachsen. Die  
349 Volksinitiative für Gute Bildung ist stark aus der Region Hannover getragen worden.  
350 Mit der Landesregierung wollen wir letzte weiße Flecken auf der Landkarte schließen  
351 und ein flächendeckendes Angebot für Gesamtschulen in der Region Hannover möglich  
352 machen. Mit allen Möglichkeiten wollen wir auch die Inklusion fördern: Gelingende  
353 Inklusion braucht gute Rahmenbedingungen und darf keine Seite überfordern.

354 Die Diskussion um eine tragfähige Krankenhauslandschaft in der Region Hannover hat  
355 die drastische Unterfinanzierung im Gesundheitssystem gezeigt. Wir begrüßen die  
356 Initiative von Sozialministerin Cornelia Rundt für eine weitere Erhöhung des  
357 Landesbasisfallwerts. Niedersachsen muss seine Position im Ländervergleich deutlich  
358 verbessern. Die Investitionskostenförderung des Landes für Krankenhäuser muss  
359 erhöht werden, um wichtige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit zu ermöglichen.

#### 360 Dialogforum der SPD Region Hannover

361 Die Diskussion um die besten Lösungen spannender gesellschaftspolitischen  
362 Fragestellungen auf regional-, landes-, bundes- oder europapolitischer bzw.  
363 internationaler Ebene im Kontext sozialdemokratischer Zielvorstellungen und  
364 Programmatik wollen wir im Rahmen eines Dialogforums der SPD Region Hannover als  
365 neues inhaltliches Angebot für unsere Mitglieder auf den Weg bringen. Darüber hinaus  
366 wollen wir den Dialog gezielt für interessierte Bürgerinnen und Bürgern, die  
367 Fachöffentlichkeit und wichtige Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Region  
368 öffnen, um Austausch und Netzwerke in der Region zu stärken.

369 **Interessante Köpfe und Begegnungen bereichern unsere Partei!**

370 Bei der Auswahl der Themen und Köpfe in den Veranstaltungen und Podien beziehen  
371 wir bewusst die Menschen ein, die mit ihrer Fachlichkeit und ihrer Person für die  
372 Zukunftsthemen in der Region stehen: wir gehen z.B. auf junge Frauen zu, um mit  
373 ihnen über die Möglichkeiten zu mehr Chancengleichheit in der Berufswahl und -  
374 ausbildung zu sprechen, sprechen mit engagierten Gewerkschafterinnen und  
375 Gewerkschaftern über die Gestaltung „Guter Arbeit“, beziehen die NGOs und  
376 Umweltverbände in unsere Debatten über „Gutes Leben“ ein und tauschen uns mit  
377 Aktiven der digitalen Szene über Chancen und Risiken der Vorratsdatenspeicherung  
378 aus. Wir sind sicher: Durch diesen Dialog werden wir programmatisch Kompetenz und  
379 Profil gewinnen und gleichzeitig neue Gesichter für die SPD interessieren und  
380 gewinnen.

381 Neben den genannten Beispielen werden wir uns auch weiterhin anlassbezogen  
382 aktuellen Fragen der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Strukturpolitik, der Bildungs- und  
383 Gleichstellungspolitik, der sozialen Teilhabe, der Energiewende und des Klimaschutzes,  
384 der Einwanderungs- und Integrationspolitik, der gerechten und friedenssichernden  
385 Weltordnung sowie der demokratischen Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger widmen  
386 – und uns mit unseren Diskussionen und Positionen auf allen Ebenen in die  
387 Willensbildung der SPD einbringen.

388 **Unsere Stärke heißt: Gemeinsames, solidarisches Handeln!**

389 Der Unterbezirk Region Hannover ist der mitgliederstärkste Unterbezirk der SPD  
390 bundesweit. Das soll so bleiben und dazu tragen wir mit solidarischer, attraktiver  
391 Politikgestaltung alle bei. Und wir haben Erfolg: Wir sind auf allen Ebenen in  
392 Regierungsverantwortung und gestalten gute sozialdemokratische Politik.

393 Um die damit verbundene Verantwortung dauerhaft wahrnehmen zu können, müssen  
394 wir uns fortwährend organisationspolitisch und inhaltlich weiterentwickeln – wir  
395 müssen „Das Morgen denken!“

396 Diese Herausforderung wollen wir gemeinsam in den kommenden zwei Jahren  
397 annehmen!

398 **Beschlossen in der Fassung der Antragskommission.**

399  
400

## 1 A 2 „Mitmachen – Mitbestimmen: Parteiarbeit der 2 Zukunft“

3 *Antragsteller: SPD Unterbezirksvorstand und Strukturkommission Region*  
4 *Hannover*

5 *Unser Ziel: Die SPD als mitgliederstärkste, fortschrittlichste und aktivste*  
6 *politische Kraft in der Region Hannover*

7

8 Mit dem Wandel in der Gesellschaft verändern sich auch die Anforderungen  
9 an die Arbeit der Parteien. Veränderte Arbeits- und Freizeitwelt, neue  
10 Medienlandschaft, diverse Vereinbarkeitsfragen – Zeit ist knapp und kostbar,  
11 Informationen gibt es reichhaltig auf verschiedenen Kanälen, Politik ist nicht  
12 (immer) sexy: Warum soll man(n)/frau sich in einer Partei organisieren?  
13 Warum in der SPD aktiv werden?

14 Demokratie lebt von Parteien und es gibt gute Gründe dabei zu sein. Unsere  
15 Herausforderung ist, mit einem klaren sozialdemokratischen Profil, mit  
16 verlässlicher und gut vernetzter Politik vor Ort und mit interessanten  
17 Angeboten zur Beteiligung an unserer politischen Arbeit die SPD in der Region  
18 Hannover zu einer attraktiven Partei in der Mitte der Gesellschaft zu machen  
19 – mit Platz für alle Generationen, Männer und Frauen, vielfältige  
20 Berufsgruppen, Menschen mit Migrationshintergrund, Auszubildende und  
21 Studierende, Menschen unterschiedlicher Begabungen – und Menschen mit  
22 viel und wenig Zeit!

### 23 Leitlinien „SPD 2021“

24 Um dauerhaft als Mitgliederpartei gut aufgestellt zu sein, sind mehrere  
25 Impulse und ein längerfristiger Reformprozess notwendig. Wir sind  
26 überzeugt: die SPD braucht (wieder) eine stärkere Außen- und  
27 Mitgliederorientierung, die durch klare inhaltliche Positionierung UND neue  
28 Formen der Mitarbeit in der Partei erreicht werden kann. Dazu beschließt der  
29 UB-Parteitag den Antrag A2 als den Beginn eines Diskussionsprozesses mit  
30 Blick auf die künftigen Reformbemühungen. Alle Mitglieder sind aufgefordert  
31 sich zu beteiligen.

32 Die Kommunalwahl 2016 wollen wir auf allen Ebenen der Partei nutzen, um  
33 diesem Ziel durch eine rechtzeitige und gute Besetzung der Wahllisten und  
34 dem Gewinn vieler kommunaler Mandate näher zu kommen. Auch dafür  
35 müssen wir neue Mitglieder gewinnen.

36 Darüber hinaus verstärken wir den Prozess, in dem wir Leitlinien „SPD 2021“  
37 formulieren und Maßnahmen auf diesem Weg in Projekten und Kampagnen  
38 erproben, auswerten und erfolgreiches in die politische Praxis umsetzen.  
39 Schon heute wissen wir: Im Jahr 2021 wird unsere Kampagnenfähigkeit auf

40 besondere Weise gefordert sein. 2021 fallen drei Wahltermine zusammen:  
41 Bundestagswahl, Kommunalwahl und die Direktwahl der  
42 Hauptverwaltungsbeamten. Es ist also ein gutes Ziel, das uns Raum  
43 verschafft, aber auch konkret ist.

44 Diesen Raum werden wir nutzen, um erste Organisationsreformen in der  
45 Parteiarbeit im Unterbezirk umzusetzen, begonnene Projekte wie "Die SPD als  
46 familienfreundlichste Partei" und "FlexAktiv" fortzusetzen und mit der neuen  
47 „Nachbarschaftskampagne“ neue Instrumente auszuprobieren und  
48 auszuwerten.

49 Auf dem Weg zur „SPD 2021“ sehen wir folgende Herausforderungen:

- 50 1. Die SPD bleibt Volks- und Mitgliederpartei – Verantwortung für das  
51 Gemeinwohl und demokratische Teilhabe ist der gemeinsame  
52 sozialdemokratische Kern unserer Politik . Die Gliederungen der SPD  
53 auf allen Ebenen haben gemeinsame Werte und arbeiten zusammen  
54 an ihrer Verwirklichung, wenn auch an unterschiedlichen Orten und  
55 Plätzen. Wir gehören zusammen. Stärkung des Gemeinschaftsgefühls  
56 und ein wertschätzender Umgang miteinander sind uns wichtig.
- 57 2. Fokus auf Themenarbeit – In unseren Sitzungen stehen Diskussion und  
58 politische Bewertung und Verständigung im Mittelpunkt. Notwendige  
59 Formalia bearbeiten wir knapp und effizient.  
60 Mitgliederwerbung ist Politik - Partei für Mitarbeit öffnen! Die Aufgabe  
61 von Parteien ist, demokratische Prozesse zu organisieren. Dazu gehört  
62 unmittelbar, Menschen zu beteiligen. Neue Mitglieder für die Arbeit in  
63 der SPD Partei zu gewinnen, ist gleichrangig mit dem Verabschieden  
64 und Durchsetzen richtiger Positionen. Es gelingt nur, wenn die Partei  
65 eine gute Kultur der Beteiligung lebt.
- 66 3. Neue Veranstaltungsformate – Medien nutzen & Menschen treffen!  
67 Unser politisches Angebot steht im Umfeld und in der Konkurrenz zu  
68 vielen anderen Angeboten, sowohl im Veranstaltungsbereich wie in  
69 den Medien. Um Interessierte zu erreichen, sprechen wir die  
70 Bürgerinnen und Bürger direkt an, pflegen Kontakte im unmittelbaren  
71 Umfeld und setzen Medien zielgerichtet und bewusst ein, um die  
72 Menschen mit unseren Aussagen und Angeboten zu erreichen. Über  
73 die Wahlen hinaus muss sowohl die Authentizität der Partei als auch  
74 das Zugehörigkeits- sowie Gemeinschaftsgefühl innerhalb der SPD auf  
75 besondere Weise gestärkt werden: Die SPD ist nicht nur eine Partei, die  
76 während der Wahlperioden den Menschen zugewandt ist, sondern die  
77 SPD ist immer präsent und setzt sich zu allen Zeiten für das  
78 Gemeinwohl ein. Sie muss als politische Heimat aller begreifbar  
79 werden, die sich zu den Grundwerten sozialdemokratischer Politik  
80 bekennen und diese leben. Das muss zunehmend in den Strukturen  
81 deutlicher werden.

82

83 4. Vom Ortsverein bis zur AG - Die SPD hat viele Gesichter!  
84 Die SPD ist vielfältig, das ist unsere Stärke - insbesondere in der Region  
85 Hannover. Sowohl unsere Mitglieder als auch Interessierte und  
86 UnterstützerInnen haben unterschiedliche inhaltliche Interessen,  
87 unterschiedliche Erwartungen an ihre Mitarbeit in der SPD und  
88 unterschiedliche Fähigkeiten. Durch guten Austausch gelingt es uns,  
89 für jede/n den richtigen Platz in der Partei zu finden und  
90 Entwicklungsmöglichkeiten zu öffnen.  
91

92 „SPD 2021“: Das Leitbild schrittweise verwirklichen!

93 Unser gemeinsames Ziel ist, das politische Profil und das Parteileben zu  
94 stärken und möglichst viele Mitglieder und Interessierte in die Diskussion und  
95 die Willensbildung der Partei einzubeziehen. Dazu sollte der Unterbezirk:

- 96 • Weniger Formalia abarbeiten und mehr politische Arbeit anbieten,  
97 auch und gerade jenseits der starren Gremienstrukturen.
- 98 • Ressourcen frei bekommen für die Arbeit vor Ort, mit  
99 Bündnispartnern und Interessierten.
- 100 • Neumitglieder besser einbinden und Angebote schaffen, um sich in  
101 der Partei dort einzubringen, wo die eigenen Interessen liegen.
- 102 • ein organisatorisches Gerüst bilden für das Funktionieren der  
103 Wahlkampagnen, für regionsweite Veranstaltungen und Diskurse  
104 sowie für die fortlaufende Öffentlichkeitsarbeit von Partei und  
105 Mandatsträgern. Dazu gehört auch ein regelmäßiger Austausch  
106 und eine Verbindungsstruktur zwischen den MandatsträgerInnen  
107 und Gliederungen.

108 Daraus ergeben sich als konkrete Vorschläge für die Reform der Arbeit in den  
109 Gremien:

- 110 • Die Sitzungen des Unterbezirksbeirates werden stringenter  
111 organisiert. Seine Aufgabe ist es neben den satzungsgemäßen  
112 Aufgaben, jährlich mindestens 2 parteioffene Veranstaltungen mit  
113 einem thematischen Schwerpunkt aktueller Themen der Bundes-,  
114 Landes- und Regionspolitik auszurichten. Wir appellieren an die  
115 Ortsvereinsvorstände, sich künftig noch stärker in die Arbeit des  
116 Unterbezirksbeirates einzubringen und in der Auswahl und  
117 Vorbereitung der Themenschwerpunkte aktiv auf die Beiratsleitung  
118 zuzugehen.
- 119 • Mit regionalen Kooperationen der Ortsvereine stärken wir den  
120 Zusammenhalt und die Arbeitsfähigkeit der Partei mit  
121 gemeinsamen Aktivitäten, gegenseitigen Hilfen und inhaltlichem  
122 Austausch. Der Unterbezirksvorstand regt dazu etwa halbjährlich  
123 stattfindende Arbeitstreffen von mehreren benachbarten  
124 Ortsvereinen an. Die Ortsvereine im Stadtverband Hannover  
125 können dabei zu den Ortsvereinen an ihren Außengrenzen (z.B.

- 126 Döhren-Wülfel und Laatzen, Vahrenwald und Langenhagen)  
127 konkrete Arbeitsbeziehungen aufbauen.
- 128 • Um darüber hinaus den Austausch zwischen den Ortsvereinen und  
129 dem UBV zu stärken, besucht der UBV (oder eine Delegation des  
130 UBV) zusammen mit der Leitung des Beirates im 1. Quartal nach der  
131 Neuwahl eines Ortsvereinsvorstandes dieses neu gewählte  
132 Gremium, um sich über Stärken und Herausforderungen beider  
133 Seiten auszutauschen und ggf. konkrete Unterstützungsangebote  
134 und Anregungen für die Vorstandarbeit zu verabreden.
  - 135 • Um kleine Ortsvereine nachhaltig zu stärken, ist der Unterbezirksvorstand  
136 für die Etablierung konkreter Kooperationen zwischen den Ortsvereinen  
137 zuständig. Das Ziel ist, gegenseitige Hilfe und inhaltlichen Austausch zu  
138 stärken. Für eine Kooperation sollen explizit nicht ausschließlich die  
139 benachbarten Ortsvereine angesprochen werden. Der Unterbezirksvorstand  
140 wird dazu regelmäßige Arbeitstreffen organisieren. Auf diesen Treffen wird  
141 der Unterbezirksvorstand gemeinsam mit den VertreterInnen der  
142 Ortsvereine analysieren, ob und in welcher Form Ortsvereine unterstützt  
143 werden können und müssen.
  - 144 • Verlässliche Terminierung, zeitliche Lage und Dauer zur Sitzungen  
145 helfen die Vereinbarkeit von politischem Engagement und  
146 Privatleben zu vereinfachen.

147

148 Mit dem Ziel, das Parteileben zu stärken und die Mitglieder im gesamten  
149 Unterbezirk stärker zu aktivieren, bzw. verstärkt auf die politisch interessierte  
150 Öffentlichkeit zuzugehen und neue Mitglieder zu gewinnen, kommen auch  
151 zusätzliche Aufgaben auf das Unterbezirksbüro zu. Dazu gehören u.a.:

- 152 • Ein regelmäßiger persönlicher Austausch zwischen den  
153 Ortsvereinen und der Geschäftsführung, um Projekte und  
154 inhaltliche Schwerpunkte des Unterbezirks stärker in die Fläche zu  
155 tragen und gleichzeitig Impulse aus der Arbeit vor Ort für die Arbeit  
156 im UB mitzunehmen.
- 157 • Unterstützung der Gliederungen bei der Betreuung von  
158 Neumitgliedern, auch nach dem Erstkontakt beim Eintritt hinaus  
159 (circa zwei bis drei Jahre Begleitung von Neumitgliedern sollte  
160 durch die Parteiorganisation gewährleistet werden, wobei  
161 Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften sich darum bereits  
162 bemühen).
- 163 • Unterstützung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des  
164 Unterbezirks einschließlich Pflege der Homepages von Unterbezirk  
165 und Stadtverband als „in house“- Aufgabe, Ausbau weiterer  
166 Medienarbeit auf verschiedenen Kanälen, sowie der Erstellung  
167 elektronischer Vorlagen für Flyer, Faltblätter und Plakate zur  
168 einfachen Bearbeitung und zur freien Verwendung durch die  
169 Gliederungen.

170 • Im Rahmen der Büroorganisation wird geprüft, ob weitere  
171 Instrumente der elektronischen Kommunikation, z.B.  
172 Dokumentenplattformen, zum Einsatz kommen können.  
173 Dazu wird das Unterbezirksbüro weiterhin personell verstärkt. Der  
174 Unterbezirksvorstand wird beauftragt, beim Bezirk darauf hinzuwirken  
175 Zum Schwerpunkt Mitgliederwerbung, -betreuung und Aktivierung gibt es  
176 darüber hinaus konkrete Vorschläge:

### 177 Neumitgliederwerbung und -betreuung

178 In der Mitgliederwerbung muss nach neuen Wegen gesucht werden, um die  
179 Menschen für die SPD zu begeistern und einzuladen. Die Menschen sehen  
180 ihre Mitarbeit in den Parteien heute häufig anders als vor noch ein paar  
181 Jahren. Dieses kann nicht nur vor Ort in den Ortsvereinen geschehen, auch die  
182 Arbeits-gemeinschaften und Arbeitskreise sollten aktiv in ihrem  
183 Interessenbereich werben. Grundsätzlich gilt: Die Mitgliederentwicklung ist  
184 Angelegenheit des gesamten Unterbezirks auf allen Ebenen.  
185 Mitgliederwerbung ist Politik!

186 Folgende Maßnahmen können einen Beitrag auf UB-Ebene leisten:

- 187 • Mit Workshops und regelmäßig stattfindenden Treffen der  
188 Mitgliederbeauftragten und am Thema interessierter Mitglieder  
189 aus den OV's
- 190 • Mitgliederwerbung als ständige Aufgabe etablieren: Bei der  
191 Betreuung der neuen Mitglieder sollte eine „Willkommenskultur“  
192 entwickelt werden. Hier sind zunächst die Ortsvereine gefragt, aber  
193 auf UB-Ebene können dazu Konzepte entwickelt werden, z.B. über  
194 Patenschaften Neumitglieder in die Arbeit vor Ort einzuführen.
- 195 • In ansprechenden Neumitgliederaktivitäten (z.B. Museumsbesuch,  
196 Filmeabend, Besuch des Rathauses) sollten die Mitglieder nicht nur  
197 informiert, sondern auch nach ihren Motivationen und  
198 Vorstellungen zum Beitritt befragt werden.
- 199 • Ein weiteres Treffen sollte nach ca. 1 Jahr verabredet werden, um  
200 die Erfahrungen und Eindrücke der Neumitglieder in der SPD  
201 spiegeln zu können.

### 202 Betreuung und Aktivierung der vorhandenen Mitglieder

203 In vielen Ortsvereinen gibt es ein ungenutztes Potenzial an z.Zt. aus den  
204 unterschiedlichsten Gründen passiven Mitgliedern, die bei entsprechender  
205 Beachtung und Wertschätzung sicher auch wieder aktiviert werden können.  
206 Hierzu gehört sicher auch ein Blick auf die allgemeine Arbeit in den OV's  
207 jenseits von Wahlkämpfen. Welches Angebot machen wir unseren  
208 Mitgliedern?

209 Ausgehend von diesen Fragen werden wir gemeinsam ein Leitbild und  
210 „Kernaufgaben“ für die Arbeit der Ortsvereine definieren und einen Weg  
211 vereinbaren, wie wir die Mitglieder für diese Aufgaben qualifizieren.



212 Vorgeschlagen wird eine unterbezirksweite „Ortsvereinsmesse“, die  
213 Austausch und die Weitergabe von „best practice“- Beispielen ermöglicht.

214 Wir sind sicher, dass es weitere gute Ideen aus der Praxis der Arbeit in den  
215 Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften, Vorständen und nicht zuletzt  
216 Fraktionen gibt.

217 Um den Prozess der Erneuerung auch über den Parteitag hinaus  
218 fortzuentwickeln, richten wir begleitende Arbeitsstrukturen ein, die die  
219 Umsetzung der Beschlüsse begleiten und auswerten und weitere Schritte aus  
220 der Praxis formulieren. Die Materialien und Anregungen, die im bisherigen  
221 Prozess der Strukturkommission erarbeitet worden sind, finden dort  
222 selbstverständlich weiter Berücksichtigung.

223 Als Schwerpunkte schlagen wir vor:

224 1. Organisation ist Politik! Effiziente Strukturen der Partei

225 2. Mitgliederwerbung ist Politik! Lebendige Ortsvereine und AGen

226 **Annahme mit den eingefügten Änderungen.**

227

228

1 **A 3 Einrichtung eines Arbeitskreises (AK) HumanistInnen und**  
2 **Säkulare beim Bezirksvorstand**

3 *Antragsteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte*

4 *Der SPD-Unterbezirksparteitag Region Hannover möge als Beschlussvorschlag für den*  
5 *Bezirksparteitag beschließen und an den Bezirksparteitag weiterleiten:*  
6 Einrichtung eines Arbeitskreises (AK) HumanistInnen und Säkulare in der SPD beim  
7 Vorstand des SPD-Bezirk Hannover.

8

9 *Begründung:*

10 Der Anteil der konfessionsfreien Menschen in unserer Gesellschaft nimmt konstant zu,  
11 auch innerhalb der SPD ist dieser Trend zu beobachten. Wir verstehen uns als  
12 Interessenvertretung aller konfessionsfreien und säkularen GenossInnen in der SPD (im  
13 Bezirk Hannover) und möchten helfen, auch diesen Menschen eine Heimat innerhalb  
14 der Sozialdemokratie zu bieten. Gerade in den höheren Gremien der SPD ist entgegen  
15 der allgemeinen Entwicklung ein sehr hoher Anteil der Personen Mitglied einer der  
16 christlichen Großkirchen. Wir möchten eine Interessenvertretung sein für den  
17 wachsenden Anteil von konfessionslosen oder auch anderweitig wertorientierten  
18 SozialdemokratInnen.

19 Wir setzen uns – in Einklang mit sozialdemokratischen und humanistischen Werten –  
20 für einen wie im Grundgesetz verbrieften säkularen Staat ein, in dem jede und jeder  
21 seinen Glauben frei, privat und sanktionsfrei ausüben kann, dessen Institutionen  
22 jedoch weltanschaulich neutral sein sollten.

23 Wir sind den Werten des demokratischen Sozialismus verpflichtet.

24 Unseren Einsatz für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gründen wir auf den Prinzipien  
25 des Humanismus. Humanismus stellt den Menschen, sein Wirken und Schaffen in den  
26 Mittelpunkt. In der Tradition der Aufklärung bis in die Gegenwart finden wir uns  
27 ebenso wieder wie in den philosophischen Strömungen der griechisch-römischen  
28 Antike.

29 Die Zahl der Konfessionsfreien ist in unserer Gesellschaft auf mehr als ein Drittel  
30 angestiegen, Tendenz steigend. Wir wollen unseren Beitrag dazu leisten, diese Teile der  
31 Bevölkerung und GenossInnen in der SPD zu repräsentieren. Die unterschiedlichen  
32 Verbände und Organisationen humanistischer bzw. agnostisch-atheistischer Prägung  
33 (z.B. Humanistischer Verband Niedersachsen K.d.ö.R., Giordano-Bruno-Stiftung) sehen  
34 wir als Dialogpartner an, deren Anliegen wir in die Partei hinein tragen. Gleichzeitig  
35 wollen wir als SPD die genannten Verbände und Organisationen als politische Partner  
36 gewinnen und sie in die Verwirklichung sozialdemokratischer Ziele einbinden.

37 Unter „Freiheit, Gleichheit, Solidarität“ verstehen wir auch die Tolerierung aller  
38 weltanschaulichen Überzeugungen, seien sie religiös oder in anderer Weise

39 werteorientiert begründet, solange sie mit den Menschenrechten und dem  
40 Grundgesetz im Einklang sind. In diesem Sinne bauen wir auf einen gleichberechtigten,  
41 solidarischen Dialog mit allen in der SPD verfassten konfessionsgebundenen  
42 Arbeitskreisen.

43 Wir bekennen uns zu dem im Grundgesetz (Art. 140 GG, Verweis auf die deutsche  
44 Verfassung von 1919, Art. 136ff.) verbrieften Leitauftrag eines säkularen Staates. Wir  
45 stehen für die freie, private und sanktionsfreie Ausübung des eigenen Glaubens, im  
46 Einklang mit den durch das Grundgesetz garantierten Rechten. Dies bedeutet im  
47 Umkehrschluss auch die Nicht-Beeinträchtigung von Menschen anderer  
48 Überzeugungen.

49 Im SPD-Bezirk Hannover existiert bereits ein AK Kirche und ein AK Tierschutz.

50 **Annahme in der Fassung der Antragskommission**

51

1 **A 4 Organisationsstatut ändern – Doppelspitze in Gliederungen**  
2 **ermöglichen**

3 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte, OV Vahrenheide, ASF*

4 *Der SPD-Unterbezirksparteitag Region Hannover möge beschließen und an*  
5 *Bezirksparteitag und Bundesparteitag weiterleiten:*

6

7 Der SPD-Parteivorstand wird beauftragt, dem nächsten Bundesparteitag einen  
8 Vorschlag zur Änderung des Organisationsstatus zu unterbreiten, der es den  
9 Gliederungen der Partei ermöglicht, nach Parteitags-/Mitgliederbeschluss zwei  
10 gleichberechtigte Vorsitzende zu wählen.

11 Sofern sich Gliederungen für zwei gleichberechtigte Vorsitzende entscheiden, müssen  
12 diese Vorsitzenden zwingend geschlechterquotiert gewählt werden.

13 *Begründung:*

14 Bisher ist es nach dem Organisationsstatut nicht möglich, zwei Vorsitzende zu  
15 wählen. Dies soll den Gliederungen jedoch zukünftig freigestellt werden. Das gute  
16 Beispiel einiger Juso-Gliederungen (z.B. Region Hannover) zeigt, dass die Doppelspitze  
17 ein gangbarer Weg ist, um mehr Frauen in verantwortliche Positionen innerhalb der  
18 Partei zu bringen. Gleichzeitig bedeutet es eine Entlastung für den/die Vorsitzende,  
19 wenn die zahlreichen Aufgaben geteilt werden können.

20 *Annahme.*

1 **A 5 Keine Abstimmung über Empfehlungen der**  
2 **Antragskommission**

3 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte*

4 *Der SPD-Unterbezirksparteitag Region Hannover möge beschließen und an den*  
5 *Bezirksparteitag und Bundesparteitag weiterleiten:*

6

7 § 19 der Antragskommission wird ergänzt durch den Satz:

8 „Die Antragskommission gibt keine Empfehlungen über Annahme oder Ablehnung von  
9 Anträgen ab. Stellungnahmen sind wie Begründungen zu werten.“

10 *Begründung:*

11 Es ist schlechte Tradition in unserer Partei, dass bei Parteitag i.d.R. nicht über den  
12 eigentlichen Antrag, sondern über die „Empfehlung der Antragskommission“  
13 abgestimmt wird. Dies führt zu der absurden Situation, dass bei der Empfehlung einer  
14 Ablehnung der/die Antragsstellende bei der folgenden Abstimmung mit „Nein“  
15 stimmen muss, um anschließend über den eigentlich eingereichten Antrag  
16 abzustimmen.

17 Die Antragskommission wird dadurch zu oft als Mittel genutzt, um unliebsame  
18 Anträge abzuwehren. Mit dieser, einer demokratischen Partei unwürdigen, Methode  
19 muss endlich Schluss sein!

20 *Überweisung an die Strukturkommission.*

1 **A 6 Antrag Satzungsänderung des §9 der Satzung des UB**  
2 **Region Hannover**

3 *Antragssteller: UBV*

4 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

5

6 In §9, 2 wird folgende Änderung vorgenommen:

7 Der Satz „Mit beratender Stimme gehören dem Unterbezirksvorstand an“  
8 wird ersetzt durch „An den Sitzungen des Unterbezirksvorstandes nehmen  
9 beratend teil“

10 *Begründung:*

11 Die Zahl der mit beratender Stimme teilnehmenden Mitgliedern ist  
12 parteirechtlich begrenzt. Der UBV möchte aber an der Praxis festhalten, die  
13 Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften sowie wichtige  
14 BündnispartnerInnen als beratende Mitglieder zu den Sitzungen des UBV  
15 einzuladen. Das ist durch die neue Formulierung weiterhin möglich.

16 **ANNAHME**

17

1 **A 7 Antrag Satzungsänderung des §16 der Satzung des UB**  
2 **Region Hannover**

3 *Antragsteller: UBV*

4 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

5

6 In §16, 2 wird folgende Änderung vorgenommen:

7 Der Absatz „Die Betriebsgruppenkonferenz wählt unter Berücksichtigung des  
8 §9 Abs. 2 des Organisationsstatuts der SPD zehn stimmberechtigte Delegierte  
9 für den Unterbezirksparteitag. Das Verfahren zur Wahl der Delegierten zum  
10 Unterbezirksparteitag richtet sich nach den Grundsätzen des  
11 Parteivorstandes.“

12 wird ersetzt durch

13 „Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen übernimmt die Vertretung  
14 der Betriebsgruppen.“

15 *Begründung:*

16 Im Rahmen des letzten Unterbezirksparteitages haben wir eine Änderung der Satzung  
17 beschlossen, nach der die beim Unterbezirksvorstand eingerichteten  
18 Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Themenforen jeweils zwei stimmberechtigte  
19 Delegierte zum UB-Parteitag entsenden können.

20 Diese Neuregelung steht im Konflikt mit §16, Abs.2, da die Anzahl der zugewählten  
21 Delegierten, zu denen auch der Unterbezirksvorstand gehört, die Zahl 50 nicht  
22 überschreiten darf. Durch die vorgeschlagene Satzungsänderung wird dieser Konflikt  
23 gelöst und die genannten Gruppen können künftig jeweils zwei stimmberechtigte  
24 Delegierte entsenden

25 **ANNAHME**

26

1 **A 8 Transparenz bei der Antragsumsetzung**

2

3 *Antragsteller: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo*

4

5 Der Unterbezirksvorstand wird beauftragt spätestens ein Jahr nach jedem Parteitag  
6 einen Bericht über den Stand der Umsetzung aller Parteitagsanträge zu erstatten.

7 Dieser Bericht ist allen Parteitagsdelegierten und den jeweiligen Antragstellern  
8 zugänglich zu machen.

9

10 **Begründung:**

11 Es ist Delegierten und Antragstellern oft nicht möglich, den Bearbeitungsstand bzw.  
12 die Umsetzung der Parteitagsanträge nachzuvollziehen. Im Sinne von Teilhabe und  
13 Transparenz sollte das Ansinnen dieses Antrages eigentlich eine  
14 Selbstverständlichkeit sein.

15

16 **ANNAHME**

17



1 **A 9 Urwahl der KanzlerkandidatInnen der Zukunft**

2

3 *Antragsteller: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo*

4

5 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:*

6

7 Die SPD nominiert in Zukunft parteiintern die KanzlerkandidatInnen zur  
8 Bundestagswahl durch eine geheime Urwahl aller SPD-Mitglieder.

9

10 **Begründung:**

11 In der Vergangenheit wurden auf Bundesebene KanzlerkandidatInnen insbesondere  
12 durch einen kleinen Kreis im Parteivorstand praktisch nominiert, später von den  
13 zuständigen Parteigremien lediglich bestätigt, um den angehenden Kandidaten nicht  
14 zu beschädigen.

15 Niedersachsen hat mit der parteiinternen Nominierung des Spitzenkandidaten zur  
16 Landtagswahl 2013 den Grundstein für den späteren Wahlsieg gelegt

17

18 ***ANNAHME***

19

## 1 A 10 Transparenz bei der Arbeit der Antragskommission

2

3 *Antragsteller: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo*

4

5 Die Antragskommission jedes Unterbezirksparteitags wird beauftragt künftig bei  
6 allen Entscheidungen mit dem Tenor „Erledigt durch...“ präzise anzugeben,  
7 welche Passage in einem anderen, zur Zustimmung empfohlenen Antrag den  
8 Erledigungsvermerk rechtfertigt.

9

10 **Begründung:**

11 In der Regel gibt es auf einem Parteitag eine ganze Reihe von Anträgen , die von der  
12 Antragskommission unter Hinweis auf einen anderen Antrag als erledigt erklärt  
13 werden. Dieser Hinweis bezieht sich insbesondere gerne auf die umfänglichen und  
14 umfassende Leitanträge. Um die Argumentation der Antragskommission  
15 nachvollziehen zu können ist ein solcher Verweis auf die entsprechende Passage  
16 erforderlich.

17

18 *Überweisung an die Strukturkommission*

1 **A 11 Weiblichere, jüngere und buntere Aufstellung von Listen zu**  
2 **Wahlen**

3

4 *Antragsteller: Jusos Region Hannover, ASF Region Hannover*

5

6 *Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen:*

7 Zur Kommunalwahl 2016 wird der UBV mit einer dafür eingesetzten Arbeitsgruppe aus  
8 den Reihen des UBV neben der Einhaltung der Geschlechterquote bei der Aufstellung  
9 der Wahllisten und der Suche nach geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten den  
10 Blick der Ortsvereine auf junge Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund  
11 lenken.

12

13 *Begründung:*

14 Es ist wichtig, dass auf allen Parteebenen darauf geachtet wird, bei der Aufstellung  
15 von Listen zu Wahlen besonders junge Menschen und Frauen, aber auch Menschen mit  
16 Migrationshintergrund zu unterstützen und sie auf ihre Aufgaben vorzubereiten. Die  
17 Jusos und ASF sollten dabei mit einbezogen werden. Dies darf nie dem Selbstzweck zur  
18 Erfüllung einer Quote dienen, sondern muss immer als Mittel zur Einbindung von mehr  
19 Frauen gesehen werden. Auch eine gute Durchmischung beim Alter ist wichtig, um die  
20 Interessen junger Menschen besser vertreten zu können und außerdem mehr von  
21 ihnen dafür zu begeistern, sich selbst zu engagieren. An vielen Stellen klappt dies  
22 bereits gut, an anderen müssen wir alle gemeinsam daran arbeiten und dafür werben  
23 die Partei jünger, weiblicher und bunter zu gestalten. Bei frei werdenden Mandaten  
24 sollte darauf geachtet werden, diese zukunftsorientiert zu besetzen.

25 *Annahme in der Fassung der Antragskommission.*

26

1 A 12 Antrag zur Änderung des Entwurfs „Mitmachen –  
2 Mitbestimmen: Parteiarbeit der Zukunft“  
3 der Strukturkommission zum UB-Parteitag 2015 mit mehreren  
4 Änderungsvorschlägen

5  
6 *Antragsteller: SPD-Ortsverein Vahrenheide-Sahlkamp, OV Bothfeld*  
7

8  
9 1. Änderungsvorschlag auf S. 1 zur Zielformulierung:  
10

11 Unser Ziel:

12 Die SPD als **DIE mitgliederstärkste, fortschrittlichste und aktivste**  
13 politische Kraft in der Region Hannover  
14

15 *Begründung:*  
16

17 Dass wir mitgliederstark, fortschrittlich und aktiv sind, wissen wir. Unser klar  
18 formuliertes Ziel sollte etwas sein, was wir in der Optimierung anstreben. Im Vergleich  
19 zu anderen politischen Kräften in der Region Hannover wollen wir als traditionell  
20 stärkste Kraft in der Region Hannover die SPD als stärkste Partei erhalten und  
21 nachhaltig stärken. Entsprechend sollte unser Ziel formuliert sein.  
22

23 2. Änderungsvorschlag auf S. 1, Abs. 2:  
24

25 **...zur attraktivsten Partei mitten in der Gesellschaft** zu machen – mit Platz für alle  
26 Generationen, Männer und Frauen, vielfältige Berufsgruppen, **Menschen mit**  
27 **Migrationshintergrund**, Menschen unterschiedlicher Begabungen – und Menschen mit  
28 viel und wenig Zeit!  
29

30 *Begründung:*  
31

- 32 - Begründung zur Verwendung von „attraktiv“ im Superlativ siehe oben.  
33 - „Mitte der Gesellschaft“ ist etwas konservativ bzw. leicht rechts konnotiert. Als  
34 „fortschrittlichste“ und sozialdemokratische Partei sollten wir den Begriff  
35 vermeiden, um nicht missverstanden zu werden.  
36 - Studierende und Auszubildende gehören zur benannten Gruppe der  
37 „vielfältigen Berufsgruppen“, Menschen mit unterschiedlicher Herkunft oder  
38 kulturellem Background sind dagegen nicht benannt worden. Daher sollten wir  
39 sie unbedingt mit aufnehmen.  
40

41 3. Änderungsvorschlag auf S. 2, neuer Absatz nach Absatz 3:  
42

43 **Über die Wahlen hinaus muss sowohl die Authentizität der Partei als auch das**  
44 **Zugehörigkeits- sowie Gemeinschaftsgefühl innerhalb der SPD auf besondere Weise**  
45 **gestärkt werden: Die SPD ist nicht nur eine Partei, die während der Wahlperioden den**  
46 **Menschen zugewandt ist, sondern die SPD ist immer präsent und setzt sich zu allen**  
47 **Zeiten für das Gemeinwohl ein. Sie muss als politische Heimat aller begreifbar werden,**  
48 **die sich zu den Grundwerten sozialdemokratischer Politik bekennen und diese leben.**  
49 **Das muss zunehmend in den Strukturen deutlicher werden.**

50

51 *Begründung:*

52

53 In den formulierten Leitlinien ist nur die Rede von Wahlen. Wahlen sind ohne Frage  
54 sehr wichtig für unsere Partei, das will niemand in Abrede stellen. Aber in unserer  
55 Partei sollte sich nicht alles nur um Wahlen drehen. Wir können keine Wahlen  
56 gewinnen, wenn wir nur an den Wahlsieg denken. Stattdessen müssen wir dafür  
57 sorgen, dass wir als SPD gute und offene politische Arbeit leisten, die sich noch tiefer  
58 als bisher in die Gesellschaft verankern lässt. Wir müssen uns alle dafür einsetzen, auch  
59 innerhalb der Partei eine Kultur zu leben, die die Menschen gerne zu uns kommen lässt  
60 und Vertrauen schafft. Schaffen wir das, so werden wir nicht nur noch mehr Mitglieder  
61 für uns gewinnen, sondern auch Wählerinnen und Wähler.

62

63 4. Änderungsvorschlag auf S. 2, Punkt 2:

64

65 Fokus auf Themenarbeit –

66

67 *Begründung:*

68

69 Dass viele Sitzungen stattfinden, sollte nicht als Manko der Partei ausgelegt werden.  
70 Das spricht eher für die Partei, weil sie gehalten werden, um für mehr Beteiligung an  
71 der politischen Willensbildung zu sorgen. Als demokratische Partei sollten wir die  
72 Vielzahl der Sitzungen als Vorteil ansehen. Dennoch ist es wichtig, dass sich die  
73 Sitzungen deutlich verstärkt auf Inhalte konzentrieren als auf Formalia.

74

75 5. Änderungsvorschlag auf S. 4, erster Spiegelpunkt.

76

77 Streichung von „Seine Aufgabe ist es neben den satzungsgemäßen Aufgaben, jährlich  
78 mindestens 2 parteioffene Veranstaltungen mit einem thematischen Schwerpunkt  
79 aktueller Themen der Bundes-, Landes- und Regionspolitik auszurichten“.

80

81 *Begründung:*

82

83 Der UBB ist als Kontrollgremium des UBVs nicht dafür zuständig,  
84 Themenveranstaltungen zu organisieren, sondern hat in der vorgeschriebenen Satzung  
85 andere Aufgaben, die er erfüllen muss. Diese Aufgabe fällt stattdessen in den  
86 Zuständigkeitsbereich des UBVs, Stadtverbands, der Ortsvereine und  
87 Arbeitsgemeinschaften.

88

89

90 *Annahme von Punkt 1-4, Ablehnung von Punkt 5*

## 1 A 13 Gemeinsam die Parteistrukturen reformieren

2  
3 *Antragsteller: SPD-Ortsvereine Bothfeld, List-Nord, Hannover-Mitte und*  
4 *Vahrenheide-Sahlkamp*

5  
6 Der Unterbezirksvorstand wird aufgefordert, den Antrag „Mitmachen –  
7 Mitbestimmen: Parteiarbeit der Zukunft“ von der Abstimmung auf dem  
8 Unterbezirksparteitag zurückzustellen und erst nach ausführlicher Beratung mit den  
9 Ortsvereinen und den Arbeitsgemeinschaften im Unterbezirk erneut einzubringen.  
10 Eine Verabschiedung des überarbeiteten Vorschlags kann gemeinsam durch  
11 Unterbezirksvorstand und Unterbezirksbeirat erfolgen.

### 12 13 **Begründung:**

14  
15 Das Papier der Strukturkommission im Unterbezirk, das im Wesentlichen Grundlage  
16 des genannten Antrages ist, lag den Ortsvereinen erst eineinhalb Monate vor dem  
17 Unterbezirksparteitag zur Beratung vor. Eine intensive und den vorgeschlagenen  
18 Änderungen in ihrer Reichweite adäquate Befassung mit dem Papier sowie eine  
19 Diskussion des Papiers mit der Kommission, die es erarbeitet hat, waren hierdurch  
20 nicht möglich.

21  
22 Die Ortsvereine hatten in vielen Fällen auch nicht die Gelegenheit, sich vorab in die  
23 Arbeit der Strukturkommission einzubringen, da die Einladungen zu den  
24 entsprechenden Sitzungen eine nennenswerte Anzahl an Ortsvereinen nicht erreicht  
25 haben. Diese waren somit von der Teilnahme ausgeschlossen.

26  
27 Die antragstellenden Ortsvereine unterstützen durchaus eine Reihe der in dem Papier  
28 erarbeiteten Vorschläge, halten jedoch an vielen Stellen Ergänzungen und  
29 Konkretisierungen für notwendig.

30 Der Antrag ist daher zurückzuziehen und erst nach intensiver Beratung mit den  
31 Ortsvereinen und den Arbeitsgemeinschaften im Unterbezirk wieder zur Entscheidung  
32 vorzulegen. Die Verabschiedung des überarbeiteten Papiers soll durch den neu  
33 gewählten Unterbezirksvorstand und Unterbezirksbeirat erfolgen.

34 *Antrag wurde zurückgezogen*

35

## 1 A 14 Wahlkampfanalysen 2013 und 2014

2  
3 *Antragsteller: SPD-Ortsvereine Hannover-Mitte, OV Bothfeld und*  
4 *Vahrenheide-Sahlkamp*

5  
6 *Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen:*

7  
8 Der Unterbezirksvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit den Ortsvereinen bei der  
9 Vorbereitung zur Kommunalwahl und den Folgewahlkämpfen

- 10  
11 - die Anregungen und praktischen Hinweise aus den Anträgen A1 und A2 zu  
12 aufzunehmen und  
13 - kritische Erkenntnisse aus den Wahlen/Wahlkämpfen 2013/2014 zu  
14 berücksichtigen.

### 15 16 **Begründung:**

17  
18 Die Jahre 2013 und 2014 sind wahlkampffreie Jahre für die SPD gewesen.

19  
20 Januar 2013 gewannen wir mit einer knappen rot-grünen Mehrheit die Landtagswahlen  
21 und haben es geschafft, Stephan Weil als neuen Ministerpräsidenten für  
22 Niedersachsen aufzustellen. Schließlich erfolgten im September die  
23 Bundestagswahlen, die für alle vier unserer Bundestagsabgeordneten relativ gut  
24 verliefen, bundesweit hingegen haben wir vergleichsweise ein sehr schlechtes Ergebnis  
25 erzielt. Nach der Wahl gab es eine große Diskussion über die Eingehung der Großen  
26 Koalition, wozu ein parteiinterner Mitgliederentscheid durchgeführt wurde.

27  
28 Im Jahr 2014 gab es neben der Wahl zum Europäischen Parlament und zahlreichen  
29 BürgermeisterInnenwahlen in den Umlandkommunen auch die Wahl des  
30 Hauptverwaltungsbeamten der Region Hannover (Regionspräsident). Mit einer  
31 knappen Mehrheit von 50,9 % zu 49,1% konnte sich unser Kandidat Hauke Jagau in der  
32 Stichwahl durchsetzen.

33  
34 Hinsichtlich des Wahlkampfs zum Regionspräsidenten wurden die einzelnen  
35 Ortsvereine von den handelnden Organen des Unterbezirks befragt. Es fand aber keine  
36 weitere Rückkopplung zu den Ortsvereinen statt.

37  
38 Die Partei muss ihre Arbeit im Unterbezirk Region Hannover ausbauen, um die  
39 vorhandenen Errungenschaften zu sichern und um neue Ziele zu erreichen. Dieses  
40 betrifft alle Gliederungen der Partei. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir nur  
41 gemeinsam stark sind.

42  
43 Primär müssen daher für die kommende Wahlkämpfe Optimierungspotenziale  
44 herausgefiltert werden, um diese vor den kommenden Wahlen rechtzeitig umzusetzen.  
45 Themenschwerpunkte müssen dabei insbesondere die Finanzierung, die Verteilung der  
46 Materialien und die Informationsweitergabe sein.

47  
48 Nur ein koordiniertes Handeln wird uns weitere Wahlerfolge ermöglichen. Dafür ist es  
49 notwendig, das Vergangene zu analysieren, um daraus Lehren für die Zukunft zu  
50 ziehen.

51

52 *Annahme in der Fassung der Antragskommission*

53

54

55



1 **A 15 Wurzeln der Sozialdemokratie bewahren - klare Kante gegen**  
2 **Radikalnationalismus und rechtes Gedankengut zeigen**

3

4 *AntragsstellerInnen: Jusos Region Hannover*

5

6 Der Unterbezirksparteitag der SPD Hannover möge beschließen:

7 Die SPD Region Hannover steht entschlossen im Kampf gegen rechtsradikale  
8 Gruppierungen und Ideologien.

9 Wir sehen uns in der Tradition der Genossinnen und Genossen, die im Kampf gegen  
10 den Faschismus ihre Gesundheit riskiert haben und ihr Leben verloren haben. Im  
11 Gedenken an diese Genossinnen und Genossen tragen wir den Kampf weiter.

12 Die sozialdemokratische Bewegung ist eine Bewegung für die Emanzipierung aller  
13 Menschen. Wir machen keinen Unterschied welche Herkunft, welches Geschlecht,  
14 welche Religion, welche sexuelle Identität ein Mensch hat.

15 Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen, die unterdrückt werden - egal wo.

16 Immer noch sind viele Mitglieder der weltweiten sozialistischen Bewegung in ihren  
17 Heimatländern von Tod und Unterdrückung bedroht. Wir kämpfen deshalb gegen  
18 Faschismus - egal wo.

19 Wir erwarten von unseren FunktionärInnen, sich klar und deutlich von rechtsradikalen  
20 Gruppierungen und Ideologien abzugrenzen. Sollten sie sich nicht in der Lage sehen  
21 dies zu tun, dürfen sie keine Verantwortung in Funktion übernehmen.

22 Wir bekennen uns zum Kampf gegen den Faschismus, Nationalismus und  
23 Rechtsradikalismus. Wir werden weiterhin uns Faschismus, Nationalismus und  
24 Rechtsradikalismus entgegenstellen. Wir rufen alle Mitglieder der  
25 sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf sich uns anschließen.

26

27 *Annahme*

1 **A 16 Wahl zu LPT, BezPT und BPT Delegationen**

2

3 *AntragstellerInnen: Jusos Region Hannover*

4

5 *Weiterleitung: Bezirks- und Landesparteitag*

6

7 **Antragstext:**

8

9 „Bei den Wahlen der Delegationen zum Landes-, Bezirks-, Bundesparteitag sowie der  
10 entsprechenden Parteiräten ist darauf zu achten, dass die Vielfalt und Breite der Partei  
11 durch die Delegation abgebildet wird.“

12

13 **Begründung:**

14

15 Parteitage dienen der Kontrolle der jeweiligen Vorstände und Parlamentarischen  
16 Gremien außerdem sollen Parteitage diesen Eckpunkte für ihre zukünftige Arbeit mit  
17 auf den Weg geben und Richtungsentscheidungen treffen. MdL's, MdB's, MdEP's und  
18 hauptamtlich Beschäftigte sind ein Teil der Mitgliedschaft, stehen aber in einem  
19 besonderen Verhältnis zur Partei. Daneben werden gerade die entsprechenden MdL's,  
20 MdB's und MdEP's zu den Parteitagen grundsätzlich eingeladen und ihnen wird auch  
21 problemlos das Rederecht erteilt.

22

23

24 *Annahme in der Fassung der Antragskommission.*

25

26

1 **A 17 Reihung bei Vorstellung von KandidatInnen**

2

3 *AntragstellerInnen: Jusos Region Hannover*

4

5

6 **Antragstext:**

7

8 Die Geschäftsordnungen auf den Parteitagen werden um folgenden Punkt ergänzt:

9

10 Gibt es für Vorstandsposten mehrere BewerberInnen und/oder gibt es mehr als 10  
11 Posten zu

12 vergeben, so erfolgt die Vorstellung der BewerberInnen nicht in alphabetischer  
13 Reihenfolge sondern in einer unmittelbar nach Bewerbungsschluss ausgelosten  
14 Reihenfolge. Diese wird  
15 den Delegierten vor Beginn der Vorstellungsrunde bekanntgegeben.

16

17 **Begründung:**

18

19 Erfolgt mündlich.

20

21

22 *Antrag wurde zurückgezogen*

23

# 1 B 1 Verfahrensrichtlinien für relevante Entscheidungsprozesse

## 2 *Antragssteller: SPD-Ortsverein List-Süd*

3 Der UB - Parteitag fordert die SPD – Regionsfraktion auf, sich Regeln für die  
4 Durchführung und den Ablauf von Entscheidungsprozessen von größerer politischer  
5 Relevanz zu geben und – soweit sie allgemeingültigen Charakter haben – einen  
6 entsprechenden Beschlußantrag in die Regionsversammlung einzubringen.

7 Der UB – Parteitag empfiehlt, die in der Begründung aufgeführten Punkte dabei zu  
8 berücksichtigen.

### 9 *Begründung:*

10 Die Akzeptanz und damit die Wirksamkeit und die Nachhaltigkeit von Entscheidungen  
11 größerer Tragweite mit nachteiligen Auswirkungen für einen Teil der Bürger/-innen  
12 (bei größeren Veränderungen gibt es naturgemäß immer „Gewinner“ und „Verlierer“)  
13 hängt ganz maßgeblich von der Qualität des Entscheidungsprozesses ab. Die  
14 Akzeptanz von Problemlösungen und das Vertrauen in die einzelnen politischen  
15 Parteien hängen genauso davon ab. Vertrauen, Gerechtigkeit und Fairness sind das  
16 wichtigste Kapital einer politischen Partei.

17 Dabei kommen - unabhängig von der jeweiligen politischen Position - neben

18 • der inhaltlich / fachlichen Qualität der Entscheidungsvorbereitung (sind die  
19 Fakten korrekt, ist die Argumentation plausibel und in sich schlüssig, ist der  
20 Beschluß rechtssicher, stimmen die Zahlen und sind sie ausreichend, etc. ?)

21 gerade auch

22 • der Transparenz des Verfahrens,

23 • der Beteiligung und dem fairen Umgang mit den unmittelbar und der mittelbar  
24 Betroffenen in einem definierten und strukturierten Verfahren

25 • und der sachgerechten Information der Öffentlichkeit besondere Bedeutung zu.

26 Insbesondere sind grundsätzlich:

27 ○ Alternativen zu entwickeln und nach gleichem Verfahren zu bewerten,

28 ○ zu prüfen, wie in vergleichbaren Städten/Regionen verfahren wird,

29 ○ Sach- und Zeitzwänge in prüffähiger Form darzulegen,

30 ○ mögliche nichtintendierte Nebenfolgen in anderen Politikfeldern sind zu  
31 analysieren und ebenfalls darzulegen,

32 ○ eine detaillierte Zeitschiene des Beteiligungs- und Informationsprozesses ist  
33 vorzulegen mit Angabe der wesentlichen Einwendungen und der  
34 Kommentierung dazu,

35 ○ öffentliche Anhörungen bei besonders komplexen und kontroversen  
36 Entscheidungen durchzuführen

37

38 *Zur Klarstellung:*

- 39 • Es gibt aufgrund dieses Antrages keine Veranlassung eine Pauschalkritik am  
40 Prozessmanagement der Regionsverwaltung oder der Regionsfraktion zu  
41 vermuten. Die Organisation von Beteiligungsprozessen. ist und bleibt ein  
42 schwieriges Geschäft, man kann nicht alles vorher erahnen, was auf der Reise  
43 passiert, und man kann es nicht jedem recht machen, aber es gibt aus  
44 unterschiedlichen Fällen Hinweise, dass man es besser machen sollte und wo es  
45 noch Verbesserungspotentiale gibt. Durch die vielen gut gelaufenen und die  
46 wenigen weniger gut gelaufenen Beteiligungsprozesse sind inzwischen  
47 genügend Erfahrungen gesammelt worden, dass es Sinn macht Spielregeln zu  
48 formalisieren.
- 49 • Mit dem Antrag soll mehr Verfahrenssicherheit gegeben werden und das  
50 Vertrauen der Bevölkerung in faire Verfahren und damit in die Politik und in  
51 erster Linie in die SPD gestärkt werden.
- 52 • Durch Standardisierung soll und kann der Prozeßaufwand durch Vermeidung  
53 ständigen Nacharbeitens verbessert und können Prozesse schneller  
54 durchgeführt werden.

55 Standardisierungen im Prozessablauf und zur Herstellung von Verbindlichkeit und  
56 Verlässlichkeit bei der Einhaltung gesellschaftlich konsensualler „Spielregeln“ sind in  
57 weiten Teilen unseres gesellschaftlichen Lebens notwendigerweise normiert und  
58 akzeptiert.

59 Das gilt für das kommunale Satzungsrecht und weite Teile des öffentlichen Rechts  
60 ebenso wie in einer gewissen Analogie in großen privaten Unternehmen. Gerade nach  
61 großen Skandalen haben sich die börsennotierten Aktiengesellschaften aus Sorge um  
62 ihr öffentliches Renommee und zur Wiederherstellung verlorengegangenen  
63 Vertrauens den Deutschen Corporate Governance Kodex als selbstverpflichtende  
64 „Spielregeln für eine gute Unternehmensführung“ gegeben.

65 Auch wenn dies nicht freiwillig war und der Unterstützung des Bundesgesetzgebers  
66 durch diverse Gesetze und massiven Druck bedurfte, sind die großen Unternehmen im  
67 Umgang mit Ihrer zahlenmäßig kleineren Klientel partiell bereits weiter als wir im  
68 Umgang mit unserer zahlenmäßig größeren Klientel einer Arbeitnehmer- und  
69 Volkspartei.

70 Bei unglücklich gelaufenen Beteiligungsprozessen gibt es immer die schöne Erklärung,  
71 die eine gewisse Berechtigung hat: „egal wie man es macht, ob man frühzeitig  
72 informiert oder nicht, es ist immer falsch und hinterher weiß man es immer besser und  
73 jedem kann man es sowieso nicht recht machen“. Dieses Argument ruft geradezu nach  
74 definierten Spielregeln, die dann auch besser vor Kritik am Verfahren ( ganz wird man  
75 es nie vermeiden können ) schützt, vor unnötigen Verfahrensverschleppungen wegen  
76 Verfahrensmängeln und unnützen Rechtsstreitigkeiten.

77 Mangelndes Vertrauen in die Politik wirkt sich schleichend und langfristig bei den  
78 Wahlen aus und wirkt nachhaltig. Einzelne schiefgelaufene Prozesse treffen im  
79 Regelfall nur begrenzte Teile der Bevölkerung und schlagen nicht sofort bei der  
80 nächsten Wahl durch - soweit reicht die Solidarität des überwiegenden Teils der

81 Nichtbetroffenen nicht, aber Kenntnisnahme von der Trickserie, der unfairen  
82 Behandlung, der Kungelei oder gar offenen Lügen speichert sich in den Köpfen. Der  
83 aufgeklärte, mündige, gut informierte, gebildete Bürger ( DEM GROßEN ERFOLG DER  
84 DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATIE ) lässt sich das nicht mehr gefallen.

85 Es steht uns als SPD weiterhin gut an, Spitzenreiter bei dieser Entwicklung zu sein. Wir  
86 haben uns den Bürgern/innen verpflichtet eine beteiligungsorientierte, transparente  
87 Politik zu machen und „ die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen“.

88 Es macht Sinn, in diesem Kontext auch die Qualität der inhaltlich/fachlichen  
89 Vorbereitung, als der ersten Stufe eines Entscheidungsprozesses, zu überprüfen. Auch  
90 hier können weitere Standardisierungen hilfreich sein, Aufwand reduzieren, Ergebnis-  
91 und Prozesssicherheit verbessern und Vertrauen schaffen.

92

93 *Abgelehnt.*

## 1 B 2 Abschaffung des Gotteslästerungsparagrafen

2 *Antragssteller: SPD Ortsverein Hannover-Mitte*

3 *Der SPD UB-Parteitag Region Hannover möge beschließen und an die höheren*  
4 *Gremien weiterleiten:*

5 § 166 StGB (Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und  
6 Weltanschauungsvereinigungen), der sogenannte "Gotteslästerungsparagraph" wird  
7 abgeschafft.

8 *Begründung:*

9 Der sogenannte Gotteslästerungsparagraph wurde durch die Willy Brandt-Regierung  
10 im Jahre 1969 liberalisiert. Durch diese Gesetzesänderung wurde Satire an  
11 Religionsgemeinschaften ermöglicht und strafbefreit. Eine Kritik an jedweder Religion  
12 und ihrer Institutionen muss aus der Demokratietheorie heraus möglich sein. Daher  
13 war diese Liberalisierung nötig und richtig. Seitdem ist dieser Paragraph jedoch immer  
14 noch, wenn auch nur symbolisch in unserem Strafgesetzbuch enthalten. Der Anschlag  
15 auf das Satire-Magazin "Charlie Hebdo" Anfang Januar hat die Diskussion um diesen  
16 Paragraphen jedoch wieder auf das Tableau geholt.

17 Die Abschaffung des Paragraphen 166 StGB ist zwar nur ein symbolischer Akt, hat aber  
18 hohe Tragweite, zumal viele Menschen nicht einmal wissen, dass solch ein Paragraph  
19 überhaupt noch existiert. Dies kann einen Beitrag zum friedlichen Miteinander der  
20 Religionsgemeinschaften und nicht-religiöser Gruppen leisten. Außerdem wird eine  
21 Einschränkung in der Meinungsfreiheit abgebaut.

22 *Annahme*

1 **B 3 Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Nicht-EU-BürgerInnen**  
2 **(aktiv und passiv nach zeitlicher Frist)**

3 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte*

4 Die SPD möge beschließen und an den Unterbezirksparteitag Region Hannover,  
5 Bezirksparteitag, Landesparteitag und Bundesparteitag, sowie an die Landtagsfraktion  
6 Niedersachsen und die Bundestagsfraktion als Material und zur Umsetzung  
7 weiterleiten:

- 8 - Änderung des Wahlrechts auf kommunaler Ebene – Einführung des aktiven und  
9 passiven Wahlrechts für Nicht-EU-BürgerInnen, nach Maßgabe der gesetzlichen  
10 Bestimmungen, die bereits für EU-BürgerInnen gelten.

11 *Begründung:*

12 Erfolgt mündlich.

13 *Weiterleitung an die Landtagsfraktion*



## 1 B 4 Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen in der 2 Landeshauptstadt Hannover

3 *Antragssteller: SPD-Ortsverein List-Süd*

4 Der SPD Ortsverein List-Süd fordert eine Dezentralisierung der  
5 Entscheidungsstrukturen in der Landeshauptstadt Hannover. Im Sinne des  
6 Subsidiaritätsprinzips sollen alle Aufgaben von der untersten möglichen Ebene  
7 wahrgenommen werden. In vielen Fragen der Kommunalpolitik wie z. B.  
8 Kindertagesstätten, (Stadtteil-) Kultur, Verkehr, Straßen und Plätze oder beim Betrieb  
9 der Bürgerämter sollte die Federführung oder zumindest ein wesentlicher  
10 Gestaltungsanteil bei den Bezirksräten liegen. Die Stadtebene hätte nach diesem  
11 Konzept künftig insbesondere eine lenkende, (soziale) ausgleichende und  
12 moderierende Funktion für die Gesamtstadt.

13 Die Landeshauptstadt Hannover soll die Bezirksräte in einem Stufenplan in die Lage  
14 versetzen, ihre neuen Aufgaben zu erfüllen. Dazu gehören neben der klaren  
15 Abgrenzung der Aufgaben zwischen den Ebenen eine angemessene finanzielle und  
16 personelle Ausstattung. Eine Direktwahl der Stadtbezirksbürgermeisterinnen und -  
17 meister ist anzustreben.

18 Die Vorteile der Dezentralisierung liegen auf der Hand:

- 19 • Durch mehr Bürgernähe kann die Politik- bzw. Parteienverdrossenheit abgebaut  
20 werden,
- 21 • in Entscheidungsprozesse können mehr Bürgerinnen und Bürger eingebunden  
22 werden,
- 23 • Entscheidungen werden transparenter und bürgernäher
- 24 • durch Entscheidungen an der untersten möglichen Ebene kann der örtliche  
25 Sachverstand ohne Hindernisse eingebunden und genutzt werden

26 Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag wird aufgefordert, die hierfür  
27 gegebenenfalls notwendige Änderung des Niedersächsischen  
28 Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) einzuleiten.

29 *Weiterleiten an:*

- 30 • SPD-Stadtverbandsparteitag Hannover
- 31 • SPD-UB-Parteitag Region Hannover
- 32 • SPD-Bezirksparteitag Hannover
- 33 • SPD-Landesparteitag Niedersachsen
- 34 • SPD-Landtagsfraktion Niedersachsen

35

36 *Begründung:*

37 2005 kündigte der SPD-Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters der  
38 Landeshauptstadt Hannover, Stephan Weil an, er wolle die Bezirksräte stärken. Diese  
39 Initiative ist in den vergangenen Jahren leider nicht voran gekommen. In den  
40 kommenden zehn Jahren soll mit einem Stufenplan die Dezentralisierung in allen  
41 Bereichen, in denen sie sinnvoll und zielführend ist, vorangetrieben werden.

42 *Weiterleitung an den Stadtverbands- und Landesparteitag.*

## 1 B 5 Wahlsystem demokratisieren – ungerechte Mandatsvergabe 2 bei Direktwahlen verhindern!

3 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte*

4 *Der SPD Unterbezirksparteitag Region Hannover möge beschließen und an den*  
5 *Bezirksparteitag, Landesparteitag und Bundesparteitag, sowie an die Landtagsfraktion*  
6 *Niedersachsen und die Bundestagsfraktion als Material weiterleiten:*

7 Die SPD strebt eine Debatte über eine Änderung des Wahlrechts für Direktmandate auf  
8 Landes- und Bundesebene an, ebenso bei Direktwahlen für (Ober-) BürgermeisterInnen  
9 und LandrätInnen. Dabei soll zukünftig für den/die WählerIn die Möglichkeit bestehen,  
10 nicht nur eine Person anzukreuzen, sondern eine Rangfolge auf der Liste der  
11 KandidatInnen abzugeben. Dieses System der übertragbaren Einzelstimmgebung  
12 (Präferenzwahlsystem) kann verhindern, dass in Zukunft DirektkandidatInnen mit  
13 weniger als 25% der abgegebenen Stimmen gewählt werden.

14 Es ist zu prüfen, ob ein solches „Präferenzwahlsystem“ testweise auf kommunaler  
15 Ebene eingeführt werden kann. Dies ist mit einer umfassenden Informationskampagne  
16 für die WählerInnen zu unterstützen.

17 *Begründung:*

18 Ein bekanntes Problem bei der Wahl der Direktmandate: SPD, CDU, Grüne, Linke und  
19 sonstige Parteien konkurrieren um einen Sitz. Bislang wird der/diejenige gewählt,  
20 der/die die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Das wird insbesondere für die  
21 Sozialdemokratie und WählerInnen links der Mitte zum Problem, da sich deren  
22 Stimmen i.d.R. auf mdt. 3 Parteien aufteilen. So kommt es vor, dass  
23 Direktkandidat/innen mit nur 24% (siehe Landtagswahl in Sachsen) gewählt werden.  
24 Das bedeutet im Umkehrschluss, dass über  $\frac{3}{4}$  der Stimmen ersatzlos wegfallen.

25 Das in englischsprachigen Ländern oft bei Kommunalwahlen und – etwa in Irland und  
26 Australien – auch auf Staatsebene angewandte „Single transferable vote (STV)“-  
27 System versucht diese Ungerechtigkeit zu umgehen, in dem der/die WählerIn nicht nur  
28 eine Stimme hat, sondern eine Rangfolge bei den Kandidierenden abgibt.

29 Bei der übertragbaren Einzelstimmgebung wird von jedem/jeder WählerIn eine  
30 Rangfolge aller (oder auch nur einiger) KandidatInnen erstellt. Nach unterschiedlichen  
31 Rechenverfahren wird aus zu vergebenden Sitzen/Ämtern und abgegebenen Stimmen  
32 eine Stimmzahl errechnet, die zur Wahl nötig ist. Nun werden die Wahlzettel gemäß  
33 den angegebenen Präferenzen abgearbeitet. Ist ein Kandidat bereits gewählt, kommt  
34 diese Stimme dem nächsten Kandidaten auf der persönlichen Rangliste des Wählers  
35 zugute.

36 Genauso werden im folgenden Schritt auch die Stimmen für nichtgewählte  
37 KandidatInnen nun auf der Rangliste nach oben transferiert. Der/die KandidatIn mit  
38 insgesamt am wenigsten Stimmen wird von allen Listen gestrichen, die Stimme

39 bekommt stattdessen der/die Kandidat/in, der/die über ihm/ihr auf der Liste steht. So  
40 werden sowohl überschüssige Stimmen als auch Stimmen für nichtgewählte  
41 KandidatInnen auf die anderen KandidatInnen übertragen, bis das Amt besetzt ist.

42 *Weiterleitung als Material mit Änderungen an Bezirks- und*  
43 *Landesparteitag sowie Landtagsfraktion in Niedersachsen mit der Bitte um*  
44 *Stellungnahme*  
45

## 1 **B 6 Rassebegriff streichen – Grundgesetz auffrischen!**

2 *Antragssteller: SPD- Ortsverein Döhren-Wülfel*

3 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

- 4 1) Streichen des Begriffs „Rasse“ aus Artikel 3, Absatz 3 GG und Ersetzen durch den
- 5 Begriff „ethnische Zugehörigkeit“,
- 6 2) Neuaufnahme des Begriffs „sexuelle Identität“ in Artikel 3, Absatz 3 GG und
- 7 3) Überweisung des Antrags an Bezirksparteitag, Landesparteitag,
- 8 Bundesparteitag, Bundestagsfraktion.

9 *Begründung:*

10 Nach über 65-jähriger Erfolgsgeschichte muss man bei einem näheren Blick in unser

11 Grundgesetz feststellen, dass im Artikel 3 – dem Gleichheitsgrundsatz – der irritierende

12 Begriff „Rasse“ aufgeführt ist. Diese Tatsache könnte den Rückschluss zulassen, dass es

13 verschiedene Menschenrassen geben könnte.

14 Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes waren sicherlich nicht von dieser

15 Annahme und Überlegung geleitet, sondern eher von den wirren Vorstellungen der

16 damaligen Zeit geprägt. Ein Biologe jedenfalls würde heute nicht mehr eine Einteilung

17 der Menschen in Rassen vornehmen, sondern eher von Ethnien bzw. ethnischer

18 Zugehörigkeit sprechen.

19 Um dieses Missverständnis ein für alle Mal aufzulösen und um – im schlimmsten Fall –

20 den Feinden unseres Grundgesetzes nicht noch den Beweis für ihre

21 menschenverachtende Rassenideologie zu liefern, sollte der Begriff „Rasse“ aus dem

22 Grundgesetz gestrichen und durch den Begriff „ethnische Zugehörigkeit“ ersetzt

23 werden.

24 Darüber hinaus soll der Begriff „sexuelle Identität“ neu in Artikel 3 aufgenommen

25 werden. Zum einen aus historischen Gründen, da während der Zeit des

26 Nationalsozialismus insbesondere auch homosexuelle Menschen nur aufgrund ihrer

27 sexuellen Identität verfolgt und ermordet worden sind, weil sie für die

28 „Volksgemeinschaft“ vermeintlich nutzlos waren und keinen Wert hatten.

29 Zum anderen aus aktuellen Zusammenhängen heraus, da es in der Welt immer noch

30 genügend Staaten wie z.B. Russland, Slowakei u. a. gibt, die homosexuellen Menschen

31 die gleichen Rechte absprechen, ihre Lebensweise unter Strafe stellen und es immer

32 noch zu Ermordungen kommt.

33 Von der Bundesrepublik Deutschland muss hier ganz klar das Signal ausgehen, dass

34 homosexuelle Menschen nicht aufgrund ihrer sexuellen Identität benachteiligt werden

35 und sie stattdessen vollwertig und gleichberechtigt mitten in unserer Gesellschaft

36 leben können.

37 *Weiterleitung an den UBV mit der Bitte um inhaltliche Debatte*

1 **B 7 Antrag zur politischen Offenheit**

2

3 *Antragsteller: OV Oststadt/Zoo*

4

5 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bundesvorstand weiterleiten:*

6

7 Die SPD schließt auch vor dem Hintergrund bevorstehender Wahlen Koalitionen mit  
8 demokratischen Parteien nicht von vornherein aus. Maßgeblich für  
9 Koalitionsbildungen nach Wahlen sind ausschließlich die politisch-inhaltlichen  
10 Schnittmengen.

11

12 **Begründung:**

13 Über viele Jahre hinweg hat sich die SPD insbesondere auf Bundesebene dadurch selbst  
14 Schwierigkeiten bereitet, dass sie bereits vor Wahlen von vornherein bestimmte  
15 Koalitionskonstellationen ausgeschlossen hat, die teilweise die einzige realistische  
16 Möglichkeit dargestellt hatten, wesentliche eigene politische Inhalte durchzusetzen  
17 (Mindestlohn, Mietpreisbremse, Vermögensteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes,  
18 am Frieden orientierte Außenpolitik) und den Bundeskanzler stellen zu können.  
19 Hunderttausende Sympathisanten der SPD sind 2009 und 2013 nicht zur Wahl  
20 gegangen, weil aufgrund dieser Ausschließertis ein Wahlsieg der SPD von vornherein  
21 ausgeschlossen erschien.

22 In Zukunft sollten Koalitionsoptionen erst nach der Wahl ausgelotet und ggf.  
23 verworfen werden, orientiert ausschließlich an politischen Schnittmengen mit  
24 potentiellen Koalitionspartnern, nicht getrieben von Angst vor einer vermeintlichen  
25 medialen Öffentlichkeit.

26

27 **Empfehlung der Antragskommission:**

28 *Erledigt durch Beschluss des Bundesparteitages*

## 1 B 8 Stärkung des Asylrechts in Deutschland

2  
3 *Antragsteller: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo*

4  
5 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag sowie an die*  
6 *Bundestagsfraktion weiterleiten:*

7  
8 Das im Grundgesetz verankerte Grundrecht auf Asyl muss mit Gesetzen und  
9 Gesetzesänderungen, sowie Verordnungen zeitgemäß flankiert werden. Dazu gehören  
10 unter anderem folgende Maßnahmen.

- 11 1. bei Gefährdung der Menschenrechtssituation in den Heimatländern ein
- 12 konsequenter Abschiebestopp in den jeweiligen Staat erlassen wird,
- 13 2. ein Anspruch auf vollen gesetzlicher Krankenversicherungsschutz für alle sich in
- 14 Deutschland aufhaltenden Menschen, für die gerade ein Asylverfahren läuft besteht,
- 15 3. eine vollständige Aufhebung des Beschäftigungsverbot für AsylbewerberInnen
- 16 vorgenommen wird
- 17 4. eine Verlängerung aller Rechtsmittelfristen nach dem Asylverfahrensgesetz auf
- 18 zumindest einen Monat erlassen wird
- 19 5. ein Anspruch auf Teilnahme an Integrationskursen besteht.
- 20 6. Schulkinder mit Essens- und Lerngeldern analog zu SGB II- Empfängern ausgestattet
- 21 werden
- 22 7. Jedem/r AsylbewerberIn ein/e unabhängige/r Dolmetscher/in für Behördengänge
- 23 zusteht

24  
25 Des Weiteren wird die Bundestagsfraktion aufgefordert sich dafür einzusetzen dass,  
26 europaweite Regelungen getroffen werden, die bei politischer Verfolgung eine  
27 Abschiebung ins Heimatland effektiv verhindern und die auf dem Gedanken der  
28 Solidarität basierend eine Verteilung der Aufnahme von asylberechtigten Menschen  
29 regeln.

### 30 **Begründung:**

31  
32 Zwischen 1933 und 1945 haben Hunderttausende von in Deutschland beheimateten  
33 Menschen ihr Leben nur dadurch retten können, dass es ca. 80 andere Staaten gegeben  
34 hatte, die bereit waren diese Menschen zu Schutz vor politischer Verfolgung  
35 aufzunehmen und ihnen damit Schutz zu gewähren, insbesondere auch europäische  
36 Nachbarn wie die damalige Tschechoslowakei und England.

37 Als Reaktion auf diese Erfahrung wurde im Grundgesetz das Asylrecht in Art. 16 Abs. 2  
38 Satz 2 GG verankert, das der Ewigkeitsgarantie des Art. 79 Abs. 3 GG unterliegt und bis  
39 1993 für alle politischen Verfolgten gegolten hatte. Mit dem Asylkompromiss von 1993  
40 wurde das Grundgesetz im Rahmen der sogenannten Drittstaatenregelung  
41 dahingehend geändert, dass eine Rückführung in „sichere Drittstaaten“ ermöglicht  
42 wird, wenn die AntragstellerInnen aus solchen Staaten eingereist waren. Zu diesen  
43 sicheren Drittstaaten werden nach § 26a Asylverfahrensgesetz derzeit auch Staaten  
44 wie Ungarn oder Bulgarien gerechnet, deren eigener Umgang mit Minderheiten im

45 eigenen Land seit Jahren hochproblematisch ist und bei denen der rechtsstaatliche  
46 Schutz vor Abschiebung ins Heimatland trotz politischer Verfolgung nicht  
47 sichergestellt ist.

48 Im Rahmen der zum 2013 in Kraft getretenen Regelungen des europaweiten Dublin  
49 III\_Abkommens wurde auf Druck Deutschlands eine europaweite Solidaritätsregelung  
50 zur Aufnahme politisch verfolgter Menschen verhindert, die sich an der  
51 Bevölkerungszahl und der Wirtschaftskraft orientiert.

52 Dieser Antrag richtet sich gegen die Diskriminierung von AsylbewerberInnen und strebt  
53 ein menschenwürdiges Miteinander an.

54

55 *Annahme in der Fassung der Antragskommission.*

56 .



# 1 B 9 Antrag zur Wiederbelebung der Vermögensteuer

2  
3 *Antragsteller: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo*

4  
5 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:*

6  
7 Aus Gerechtigkeitsgründen und zur Stabilisierung der Staatsfinanzen wird die  
8 Vermögensteuer nach dem Vermögensteuergesetz (VStG) wiederbelebt. Vermögen  
9 oberhalb eines Freibetrages von 1 Million € wird wieder mit 1 % pro Jahr besteuert  
10 werden. Grundlage der Berechnung der Steuer sind die Grundsätze, die das  
11 Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluss vom 22.06.1995 (2 BvL 37/91) aufgestellt  
12 hat.

13  
14 **Begründung:**

15 Die Vermögensteuer - einst von Theo Waigel (CSU) als unabdingbare  
16 Gerechtigkeitssteuer bezeichnet - setzt den Gerechtigkeitsgedanken um und ist als  
17 einzige Maßnahme geeignet, die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen  
18 Arm und Reich wieder ansatzweise zu schließen. Nach Studien des Deutschen Instituts  
19 für Wirtschaftsforschung (DIW) vom Februar 2014 ist die ungleiche  
20 Vermögensverteilung in ganz Europa nirgendwo so ausgeprägt wie in Deutschland.  
21 Die Vermögensteuer setzt unseren Grundsatz der Solidarität in die Tat um, wonach  
22 starke Schultern mehr tragen können als schwache, und ist langfristig dazu geeignet,  
23 die jeden Endverbraucher treffende Umsatzsteuer wieder zu senken. Im Übrigen trägt  
24 die Vermögensteuer als volkswirtschaftlich ankurbelnde Steuer dazu bei, den Weg aus  
25 der Finanzkrise zu weisen, indem sie angelegtes bzw. liegendes Vermögen löst und in  
26 den Wirtschaftskreislauf zurückführt.

27 Da die jährlichen Zinserträge auf das zu steuernde Vermögen auch bei sicherer  
28 Geldanlage die Vermögensteuer von 1 % im Regelfall deutlich übersteigen, ist die  
29 Wiederbelebung der Steuer für die Betroffenen auch zumutbar.

30 Schon die Steuereinnahmen von weniger als 10 der vermögensesten Privatpersonen  
31 reichen zur Deckung sämtlicher Kosten der zur Erhebung der Steuer erforderlichen  
32 Bundesverwaltung aus. Auch in anderen westlichen Industrienationen, in denen eine  
33 Vermögensteuer erhoben wird, ist es nicht zu einer von den Konservativen  
34 behaupteten Massenflucht von Steuerpflichtigen gekommen.

35 Das gute und tragfähige Bildungskonzept der SPD muss vor dem Hintergrund der  
36 angestrebten Gebührenfreiheit zur Unterfütterung seiner Glaubwürdigkeit auch eine  
37 solide finanzielle Grundlage haben. Daher braucht Deutschland die Vermögensteuer  
38 für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle

39  
40 *Annahme*

1 B 10 Stärkung der kommunalen Finanzen

2

3 *Antragsteller: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo*

4

5 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an höher stehende Gremien*  
6 *weiterleiten:*

7

8 Die SPD setzt sich dafür ein, dass entsprechend dem Konnexitätsprinzip die  
9 Aufwendungen für alle Aufgaben, die den Städten und Gemeinden als Pflichtaufgaben  
10 auferlegt worden sind und auferlegt werden, jeweils vollständig von derjenigen  
11 Körperschaft erstattet werden, die die jeweilige Aufgabe der Kommune auferlegt hat.  
12 Um die Städte und Gemeinden auch hinsichtlich der Aufgaben aus dem freiwilligen  
13 Wirkungskreis wieder handlungsfähig zu machen, soll zur weiteren Stärkung der  
14 Kommunalfinanzen ein höherer Anteil an der Einkommensteuer den Gemeinden nach  
15 Art 106 Abs.3 iVm. 5 GG zustehen (bisher 15 % des Steueraufkommens). Ziel ist eine  
16 aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen.“

17

18 Begründung:

19 Um den Kommunen ihren Handlungsspielraum wieder zu eröffnen, ist eine  
20 konsequente Umsetzung des Konnexitätsprinzips vonnöten („wer bestellt, bezahlt  
21 auch“) sowie eine spürbare Anhebung des Anteils an der Einkommensteuer, der den  
22 Kommunen zufällt.

23 Brisant ist der Umstand, dass im Regelfall ein großer Anteil an den Kosten für die  
24 Wahrnehmung dieser Aufgaben nicht von der Körperschaft übernommen wird, die die  
25 Wahrnehmung der Aufgabe durch die Kommune beschlossen hat. Nach Berechnungen  
26 des Deutschen Städte- und Gemeindetages ist bei den Kommunen mittlerweile ein  
27 Investitionsstau von bundesweit 128 Milliarden Euro entstanden, der insbesondere die  
28 Instandhaltung von der Verkehrsinfrastruktur, von öffentlichen Gebäuden u.a. betrifft.  
29 Die Städte und Gemeinden kommen im Regelfall zu nicht einmal mehr 10 % dazu,  
30 freiwillige Aufgaben zugunsten ihrer EinwohnerInnen zu übernehmen, sie sind zumeist  
31 völlig ausgelastet und personell überfordert mit der Wahrnehmung der  
32 Pflichtaufgaben, die ihnen vom Bund bzw. vom jeweiligen Bundesland übertragen  
33 worden sind.

34

35 *Annahme in der Fassung der Antragskommission.*

36 „

37

1 **B 11 Leiharbeit**

2

3 *Antragsteller: OV Oststadt/Zoo*

4

5

6 *An den Unterbezirksparteitag*

7 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag/*

8 *Landesparteitag weiterleiten.*

9

10 Die SPD setzt sich zur Stärkung der guten Arbeit für eine massive  
11 Einschränkung der Leiharbeit, gegen deren Missbrauch und für eine ersatzlose  
12 Abschaffung der Öffnungsklausel des § 9 Nr.2 2. Halbsatz des  
13 Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) ein.

14

15

16 Begründung:

17 Knapp eine Million LeiharbeiternehmerInnen in Deutschland arbeiten zugunsten  
18 sogenannter Entleihfirmen, die die volle Arbeitskraft der LeiharbeiternehmerInnen  
19 entgegennehmen und von ihr profitieren.

20 Die dafür erbrachte Gegenleistung des jeweiligen Entleihers kommt jedoch nicht  
21 vollständig den LeiharbeiternehmerInnen zugute, sondern nur anteilig, da das jeweilige  
22 Leiharbeitsunternehmen, das formal Arbeitgeber der LeiharbeiternehmerInnen ist, einen  
23 Teil des Ausleihentgelts für sich vereinnahmt. Damit geht häufig eine deutliche  
24 Schlechterbezahlung der LeiharbeiternehmerInnen einher, die aufgrund von  
25 Tarifverträgen der Zeitarbeitsbranche im Regelfall einen deutlich niedrigeren Anspruch  
26 auf Arbeitsentgelt haben als die Stammbesellschaften des Entleihunternehmens. Durch  
27 dieses massenhafte Unterlaufen der Tarifverträge für die Stammbesellschaft sind viele  
28 LeiharbeiternehmerInnen gezwungen, zu Lasten der Steuerzahler  
29 Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II in Anspruch zu nehmen (Arbeitslosengeld  
30 II). Die gesetzliche Klausel des § 9 Nr.2, 2. Halbsatz AÜG, die diese  
31 Schlechterbehandlung von LeiharbeiternehmerInnen erst ermöglicht, darf nicht lediglich  
32 um eine Befristung ergänzt werden, sondern gehört ersatzlos abgeschafft.

33

34

35 *Überweisung als Material an die AFA*

1 **B 12 „Integrationsräte in der gesamten Region schaffen“**

2

3 *AntragstellerInnen: Jusos Region Hannover*

4

5 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen:

6

7 Wir fordern flächendeckend in der Region Hannover die Einführung von  
8 Integrationsräten. Sie sollen nach dem Hannoverschen und Langenhagener Vorbild  
9 gestaltet werden. Zusätzlich fordern wir, die SPD-Regionsfraktion auf, sich für einen  
10 übergeordneten Integrations-Regionsrat einzusetzen, der die Integrationsarbeit in der  
11 Stadt und Umland koordiniert.

12

13 **Begründung:**

14 Erfolgt mündlich.

15

16 *Annahme in der Fassung der Antragskommission.*

17

## 1 C 1 Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit

2 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte, OV Vahrenheide, ASF*

3 *Die SPD möge beschließen und an den Unterbezirksparteitag Region Hannover,*  
4 *Bezirksparteitag, Landesparteitag und Bundesparteitag, sowie an die*  
5 *Landtagsfraktion Niedersachsen und die Bundestagsfraktion als Material und*  
6 *zur Umsetzung weiterleiten:*

7 Das Gesetz über Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge (TzBfG) ist dahingehend  
8 zu verändern, als ein Rechtsanspruch aufgenommen wird, das Teilzeitarbeitsverhältnis  
9 in ein Vollzeitarbeitsverhältnis auf Wunsch der Beschäftigten zurückzuwandeln,  
10 welchem die Arbeitgeberin nur aus dringenden betrieblichen Gründen widersprechen  
11 darf.

12 *Begründung:*

13 Das TzBfG ist eine gute Möglichkeit für Beschäftigte durch die Gestaltung von  
14 Arbeitszeiten Beruf und Leben mit einander zu vereinbaren. Nicht immer wegen der  
15 Vereinbarkeit mit Familie oder Pflege. Gründe für die Verringerung der Arbeitszeit sind  
16 vielfältig.

17 Hat die teilzeitarbeitende Person entweder ein Rückkehrrecht vorher schriftlich  
18 vereinbart oder die Teilzeit von vornherein auf einen Zeitpunkt begrenzt, dann hat sie  
19 einen individuell vereinbarten Anspruch auf Rückkehr zur Vollzeit.

20 Nicht alle in Teilzeit Arbeitenden arbeiteten vor der Aufnahme der Tätigkeit bei der  
21 Arbeitgeberin in Vollzeit und konnten mit dieser die Vereinbarung für die Zukunft  
22 treffen. Viele haben die Position auch nicht dies so zu verhandeln.

23 Insoweit muss jeder Beschäftigten ein Rechtsanspruch auf Veränderung der Arbeitszeit  
24 im Lebensverlauf und der Anpassung an verschiedene Bedürfnisse des Lebens zu  
25 stehen.

26 Diese Forderung ist bereits vom Bundesfrauenausschuss der ASF gestellt worden. Es  
27 verleiht der Forderung Nachdruck, wenn alle Gliederungen der SPD auf allen Ebenen  
28 diese unterstützen.

29 *Annahme in geänderter Form.*

1 **C 2 Stärkung der Mitbestimmung und Änderungen im**  
2 **Betriebsverfassungsgesetz**

3 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte, OV Vahrenheide, OV*  
4 *Bothfeld, ASF*

5 *Die SPD möge beschließen und an den Unterbezirksparteitag Region Hannover,*  
6 *Bezirksparteitag, Landesparteitag und Bundesparteitag, sowie an die*  
7 *Landtagsfraktion Niedersachsen und die Bundestagsfraktion als Material und*  
8 *zur Umsetzung weiterleiten:*

9 Die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in den Regelungskatalog  
10 der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats gemäß § 87 Betriebsverfassungsgesetz  
11 aufzunehmen.

12 *Begründung:*

13 Die Gestalterinnen und Gestalter von guter Arbeit sind die Betriebsrätinnen und  
14 Betriebsräte. Ihre Rechte müssen gestärkt werden, damit sie gute Arbeit durchsetzen  
15 können.

16 Sie sorgen für Entgeltgerechtigkeit in dem sie bei Einstellungen die Eingruppierung  
17 überprüfen und gegebenenfalls widersprechen. Sie führen Entgeltanalysen durch und  
18 sie haben gemäß § 80 Absatz 1 Nummern 2a und 2b BetrVG die Durchsetzung der  
19 tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern und die Vereinbarkeit von Beruf  
20 und Familie zu fördern. Damit besteht zwar eine Mitwirkungsmöglichkeit des  
21 Betriebsrats. Sie gibt dem Betriebsrat umfassende Informationsrechte und enthält  
22 Rechte zur Informationsbeschaffung.

23 Eine Aufnahme dieser Förderung in den Mitbestimmungskatalog des § 87 BetrVG führt  
24 dazu, dass sich Arbeitgeberin und Betriebsrat einigen müssen. Keine Seite kann ohne  
25 die Zustimmung der anderen handeln. Mit der Folge, tritt keine Einigung ein, muss die  
26 Einigung durch einen Spruch (Urteil) der Einigungsstelle ersetzt werden. Deshalb wird  
27 die Mitbestimmung in den in § 87 BetrVG aufgeführten Angelegenheiten als „echte  
28 Mitbestimmung“ bezeichnet.

29

30 *Annahme*

# 1 C 3 Keine Gewalt gegen Kinder !

2 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Hannover-Mitte*

3 *Der SPD UB-Parteitag Region Hannover möge beschließen und an die höheren*  
4 *Gremien weiterleiten:*

5 Die SPD spricht sich dafür aus, Gewalt gegen Kinder wirksam abzuwehren, ihnen eine  
6 gewaltfreie Erziehung zu ermöglichen - so wie es ihnen von Rechtswegen her zusteht -  
7 und Kinder nach Gewalteinwirkung zu schützen und sie auf Ihrem Weg der Genesung  
8 zu unterstützen. Dies wollen wir erreichen durch folgende Maßnahmen:

- 9 1.) Keine privaten, gewinnorientierten Auftragnehmer in der Familienhilfe (damit  
10 sind keine Tagesmütter gemeint)! In Fragen der Erziehungshilfe und Betreuung  
11 muss das Jugendamt MitarbeiterInnen schicken und keine Fremdfirmen  
12 beauftragen, gemeinnützige Dienste wie von der AWO bleiben davon  
13 unberührt. Das Personal der Jugendämter muss dafür wieder aufgestockt  
14 werden.
- 15 2.) Verstärkte Verankerung des Themas Kindeswohlgefährdung und Erkennung von  
16 Misshandlungs- und Traumatasymptomen im Lehrplan von SozialarbeiterInnen,  
17 Jugendamts-MitarbeiterInnen, ErzieherInnen, ÄrztInnen und LehrerInnen
- 18 3.) Einführung und flächenmäßiger Ausbau von Kinderschutzambulanzen, die mit  
19 RechtsmedizinerInnen oder forensisch geschultem Personal besetzt sind. Das  
20 Gesetz muss eine Verpflichtung der umfassenden Dokumentation der  
21 misshandlungs- bedingten Verletzungen und Symptome einschließen.
- 22 4.) Einführung einer so genannten Reaktionspflicht der ÄrztInnen: Besteht akute  
23 Kindeswohlgefährdung mit Wiederholungsgefahr, sollen Ärzte den Kontakt zu  
24 Kinderschutzambulanzen oder -schutzgruppen in Kliniken suchen und das Kind  
25 dorthin überweisen. Die dort arbeitenden RechtsmedizinerInnen können  
26 Misshandlungen nachweisen. Außerdem soll sich der Arzt informieren, ob das  
27 Kind in der Einrichtung angekommen ist. Bei diesem Telefonat können schon  
28 Vermutungen geäußert werden.
- 29 5.) § 13 StGB muss konsequent umgesetzt werden (Verurteilung durch "Begehen  
30 durch Unterlassen")
- 31 6.) Die im deutschen Recht bereits vorgesehene allgemeinen Leichenschau bei  
32 toten Kindern muss zukünftig von RechtsmedizinerInnen durchgeführt werden.  
33 Die gesetzliche Dokumentation der tödlichen Verletzungen wird nach  
34 momentaner Gesetzeslage von AllgemeinmedizinerInnen vorgenommen. Das  
35 Erkennen von Misshandlungssymptomen ist jedoch spezieller und muss von  
36 fachlich qualifiziertem Personal durchgeführt werden.

37 *Begründung:*

38 Jedes Kind hat ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. Gewalt gegen Kinder ist kein  
39 Kavaliersdelikt und schon gar kein "Elternrecht", sondern ein strafbares Vergehen,  
40 genau wie Gewalt gegen erwachsene Menschen. Dieser Antrag soll die Schwachstellen

41 unseres Kinderschutzes erkenntlich machen und beheben. Er behandelt nicht den  
42 Krippenausbau oder das Adoptivrecht, da dies den Rahmen des Antrages sprengen  
43 würde. Hier wollen wir uns rein mit der Gewaltprävention, dem Gewaltschutz und dem  
44 Strafrecht gegen Gewalttätige beschäftigen.

45 Die meisten Gewaltdelikte gegen Kinder passieren leider durch die eigenen Eltern oder  
46 durch nahestehende Verwandte und Pflegeeltern. Oft spielt Alkoholeinfluss eine Rolle,  
47 aber sehr oft ist es auch die Überforderung der Eltern, die mangelnde Fähigkeit, sich  
48 noch mit Worten gegen ihr Kind durchzusetzen oder wenig Erfahrung (häufig bei sehr jungen Eltern),  
49 welche Eltern dazu bewegen, ihr eigenes Kind zu schlagen oder zu misshandeln. In Deutschland  
50 werden jährlich ca. 200.000 Kinder Opfer von häuslichen Gewalttaten. Das entspricht 500 Kindern pro Tag.

52 Gewalterfahrungen werden über Generationen weitergegeben, da sie bei den  
53 Geschlagenen die psychische Reaktion auf die eigene Erniedrigung sind. Es ist also  
54 wichtig, sich dieser eigenen Schwäche bewusst zu werden und die Spirale der Gewalt  
55 zu durchbrechen. Niemand kann etwas dafür, geschlagen worden zu sein, aber er/sie  
56 kann etwas dafür tun, dass die eigenen Kinder ohne Gewalt aufwachsen.

57 Wissenschaftliche Studien belegen, dass Kinder, die keinen (egal wie stark gearteten)  
58 "Klaps auf den Po" bekommen haben, sich besser und schneller entwickeln als  
59 geschlagene Kinder.

60 Das Schütteln eines Säuglings aus reiner Überforderung ist die Spitze der  
61 Gewalteinwirkung, da sie bei den Kindern sehr häufig eine lebenslange Behinderung  
62 oder Entwicklungsstörung, in schlimmeren Fällen sogar den Tod bewirkt. Leider wird  
63 dieses Delikt heute immer noch viel zu selten ernst genommen und strafrechtlich  
64 geahndet.

65 "Die heilige Einheit der Familie" ist ein konservatives Relikt aus den 50er Jahren, das  
66 leider bis heute in unseren Gesetzen Bestand hält. Eine Familie ist laut öffentlicher  
67 Meinung stabil, friedlich, gewaltfrei und harmonisch. Leider sieht die Realität anders  
68 aus. Früher war nicht alles besser, Gewalt gab es schon immer in Familien und es gibt  
69 sie auch heute noch, leider. Daher müssen wir etwas tun, um Kinder davor zu schützen.

70 Zu den einzelnen Punkten des Antrags nun einige konkrete Begründungen:

71 1. Private Auftragnehmer in der Familienhilfe haben in erster Linie das Interesse,  
72 dass das Unternehmen finanziell bestehen bleibt und dass die Klienten gehalten  
73 werden können. Die Klienten sind aber letztendlich nicht die Kinder, sondern die  
74 Eltern als Erziehungsberechtigte. Es ist also für diese Firmen wichtig, sich mit  
75 den Eltern "gut zu stellen", auch wenn diese ihren Kindern erheblichen Schaden  
76 zugefügt haben. Eine Hilfe für die Kinder ist in dieser Situation nicht in Aussicht.  
77 Daher muss diese Aufgabe unbedingt von der staatlichen Fürsorge (in diesem  
78 Falle das Jugendamt) durchgeführt werden. Dieses ist neutral gegenüber den  
79 Familienmitgliedern. Es muss aber dringend wieder personell und finanziell  
80 unterstützt werden. Die schwarz-gelbe Landesregierung in Niedersachsen unter  
81 Christian Wulff hat den Jugendämtern erheblich die Mittel gestrichen. Das muss  
82 dringend wieder rückgängig gemacht werden, damit das Jugendamt  
83 handlungsfähig ist.



- 84 2. Symptome und Verhaltensmuster nach einer Kindesmisshandlung sind sehr  
85 markant und müssen von SozialarbeiterInnen, JugendamtsmitarbeiterInnen,  
86 ErzieherInnen, ÄrztInnen und LehrerInnen erkannt werden. Dies muss Teil der  
87 Ausbildung/ des Studiums sein, sodass das Personal rechtzeitig reagieren und  
88 geeignete Hilfsmaßnahmen in die Wege leiten kann. Gerade für Berufsgruppen  
89 die mit kleineren Kindern zusammenarbeiten, die ihre Belange noch nicht  
90 einordnen oder äußern können/ wollen, ist es enorm wichtig, dass Symptome  
91 erkannt werden. Erzieher/innen helfen Kindern oft beim Umziehen. Häufig  
92 werden dort Hämatome (blaue Flecken) an Stellen erkannt, an denen sich das  
93 Kind sie unmöglich selbst zugeführt haben kann. Auch großflächige  
94 Verbrennungen oder tiefe Zigarettenbrandlöcher sollten Alarmzeichen sein.  
95 Eine übermäßige Anhänglichkeit und Offenheit gegenüber Fremden ("Nimm  
96 mich mit, bei dir habe ich es besser!") ist ein Signal, das man ernst nehmen  
97 sollte. Eine Sensibilisierung für das Thema muss unbedingt fester Bestandteil  
98 der Lehrpläne werden!
- 99 3. Berlin zeigt ein Positivbeispiel auf, wie Gewaltschutzambulanzen Kinder effektiv  
100 vor (schlimmeren) Gewalteinwirkungen schützen können. In der Charité ist eine  
101 Einrichtung geschaffen worden, in die (Haus-) Ärzte ihre Schützlinge überweisen  
102 können, wenn bei Kindern Symptome einer Misshandlung festgestellt werden.  
103 Die dortigen RechtsmedizinerInnen arbeiten unabhängig von den Interessen der  
104 Eltern (häufig im Gegensatz zu HausärztInnen!) und bringen häufiger ihre  
105 Befunde zur Anzeige. Das ist enorm wichtig, damit die Kinder nicht immer und  
106 immer wieder ihren Peinigern ausgesetzt sind, ohne dass eine rechtliche  
107 Konsequenz folgt. Solche Gewaltschutzambulanzen muss es auch in  
108 Niedersachsen geben. Dafür müssen Steuergelder in die Hand genommen und  
109 geschultes Personal vom Land Niedersachsen eingestellt werden.
- 110 4. Eine Reaktionspflicht der ÄrztInnen bringt Kindesmisshandlungen ans Licht und  
111 kann Leben retten. Selbst wenn ÄrztInnen ihre Schweigepflicht nicht brechen  
112 können oder wollen, können Sie dennoch einen Überweisungsschein für das  
113 Kind an die unter 4. beschriebene Gewaltschutzambulanz schreiben, damit  
114 diese sich dem Fall annehmen können. Die RechtsmedizinerInnen sind  
115 verpflichtet, den Fall aufzudecken und gegebenenfalls zur Anzeige zu bringen.  
116 Selbst Eltern, die natürlicherweise nicht möchten, dass ihr Vergehen ans Licht  
117 kommt, werden den eingeschlagenen Weg mitgehen, wenn der Arzt ihnen  
118 fälschlicherweise mitteilt, dass beispielsweise durch die gefundenen Hämatome  
119 eine Ernährungsstörung vorliegt (plakativ ausgedrückt). Ein Telefonat des  
120 Arztes/ der Ärztin mit der Gewaltschutzambulanz zur Erkundigung, ob das Kind  
121 dort angekommen ist, muss trotzdem erfolgen. Nur durch diesen verwobenen  
122 Weg können TäterInnen hinters Licht geführt werden und das Kind ist in  
123 Sicherheit.
- 124 5. Häufig schützen sich Mutter und Vater bzw. die beiden PartnerInnen, von denen  
125 einer das Kind misshandelt hat, vor Gericht gegenseitig. Ein/e PartnerIn sagt für  
126 den/ die andere/n aus, dass er/ sie das Kind nicht misshandelt habe. Dabei  
127 spielen häufig soziale Abhängigkeiten, Drohungen, oder die Angst den/ die  
128 (wenn auch gewalttätige/n) PartnerIn zu verlieren. Sehr häufig gibt es nur einen

129 Verdiener (meist der Mann), der für die Familie Geld verdient und aus seiner  
130 höheren sozialen Position gegenüber der Frau heraus eine Drohung ausspricht:  
131 "Wenn du das vor dem Gericht erzählst, trenne ich mich von dir und du stehst  
132 ohne Einkommen da!" Diese Angst bewegt viele gewalterschütterte Familien  
133 dazu, eine Falschaussage vor Gericht zu machen und somit wird keines der  
134 Elternteile verurteilt, zum Leidwesen des Kindes. § 13 StG besagt jedoch, dass  
135 einer der PartnerInnen den Gewaltdelikt schon begangen haben MUSS und  
136 somit wird irgendeiner der beiden verurteilt. Dieser Paragraph besteht im  
137 Gesetz, muss aber durch die Richter konsequenter umgesetzt werden.

138 6. Wenn auch dies wirklich der letzte Dienst ist, den man der Ehre eines Kindes  
139 erweisen kann, ist auch hier wichtig, die TäterInnen zu fassen und zu  
140 verurteilen. Eine gesetzliche Leichenschaupflicht gibt es seit 2014 in  
141 Deutschland, jedoch steht im Gesetzestext, dass dies meist durch  
142 AllgemeinmedizinerInnen durchgeführt wird. Doch genau hier liegt meistens  
143 das Problem. Zu AllgemeinmedizinerInnen/ HausärztInnen haben Eltern oft ein  
144 engeres Verhältnis, wodurch so manche Gräueltat unter den Tisch gekehrt  
145 werden kann. Bei RechtsmedizinerInnen ist dies anders. Symptome einer  
146 Misshandlung mit Todesfolge werden hier von Gesetzeswegen objektiv  
147 festgestellt und dokumentiert. Dass der Fall zur Anzeige gebracht wird, ist hier  
148 deutlich höher.

149 Quellen: M. Tsokos, S. Guddat "Deutschland misshandelt seine Kinder" (2013), Droemer  
150 Verlag

151 Deutscher Kinderschutzbund e.V.

152 *Annahme in der Fassung der Antragskommission:*

153

154

# 1 C 4 Eckpunkte für eine Reform des Niedersächsischen 2 Kindertagesstättengesetzes

3 *Antragssteller: SPD-Ortsverein Laatzen*

4 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bezirksparteitag sowie*  
5 *an den Landesparteitag weiterleiten:*

6 Die von der rot-grünen Koalition beabsichtigte Reform des Niedersächsischen  
7 Kindertagesstättengesetzes sollte folgende Eckpunkte umfassen:

- 8 • Erhöhung des Landesanteils bei der Personalkostenförderung bzw. Förderung  
9 auch der dritten Kraft.
- 10 • Personalkostenförderung auch von Vertretungs- und Hauswirtschaftskräften.
- 11 • Dauerhafte Etablierung und finanzielle Absicherung der Sprachförderung.
- 12 • Zusammenführung der Sprachförderung von Kindergarten- und Vorschulkindern.  
13 Bei entsprechender personeller Ausstattung kann das in den Kitas einfacher  
14 organisiert werden.
- 15 • Förderung bilingualer Angebote (Finanzhilfe für muttersprachliche Drittkraft),  
16 Förderung kultursensibler Angebote.
- 17 • Angleichung der I-Krippenförderung an die I-KiGa-Förderung (Übernahme der  
18 vollen Personalkosten für eine heilpädagogische Fachkraft).
- 19 • Ausweitung der Integration/Inklusion auf den Hortbereich.
- 20 • Institutionelle Förderung von Familienzentren.
- 21 • Rechtsanspruch auf Sonderöffnungszeiten für Eltern verankern.
- 22 • Finanzielle Absicherung einer qualitativ hochwertigen, sinnvollen Elternarbeit  
23 (z.B. Verstetigung des Projektes Efi - Elternarbeit, Frühe Hilfen,  
24 Migrationsfamilien).
- 25 • Streichung der Regelung, dass in Krippen mit mehr als 7 Kindern unter 2 Jahren  
26 die Gruppenstärke max. 12 Kinder betragen darf, sofern eine Drittkraft  
27 eingesetzt wird.
- 28 • Schaffung von mehr Flexibilität in der Ausgestaltung der U3-Betreuung  
29 insbesondere in Hinblick auf räumliche Erfordernisse und ggf. auch Platz-  
30 Sharing.
- 31 • Ermöglichung zeitlich befristeter Übergangslösungen (z.B. Aufnahme eines  
32 weiteren Krippenkindes, sofern die räumlichen und personellen  
33 Voraussetzungen dies zulassen).
- 34 • Abschaffung der Stichtagsregelung 1.3. in altersübergreifender-Gruppen für die  
35 Bemessung der Finanzhilfe.
- 36 • Anerkennung neuer, aber auch verwandter Ausbildungsabschlüsse.
- 37 • Duale Erzieherausbildung ermöglichen.

38

39 *Begründung:*

40 Im Koalitionsvertrag ist hinsichtlich der frühkindlichen Bildung festgehalten:

41 „Die rot-grüne Koalition wird

- 42 • den Ausbau von Krippen am tatsächlichen Bedarf orientieren.
- 43 • ein modernes und den heutigen Realitäten angepasstes Kindertagesstätten-
- 44 gesetz (KitaG) auf den Weg bringen, das darauf abzielt, den Personalschlüssel in
- 45 Krippen und Kitas sowie das Angebot an Ganztagsplätzen zu verbessern.
- 46 • Inklusion in der frühkindlichen Bildung von der Ausnahme zur Regel machen
- 47 und die rechtliche Grundlage für die inklusive Kita schaffen.
- 48 • gemeinsam mit anderen Bundesländern Bundesratsinitiativen ergreifen, um das
- 49 Betreuungsgeld zu verhindern.
- 50 • einen Masterplan für mehr und hoch qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher
- 51 entwickeln. Ausbildungsqualität und Weiterbildung sollen verbessert, die
- 52 Attraktivität des Berufs erhöht und der Mangel an Fachpersonal behoben
- 53 werden. Dazu werden die Kapazitäten an den berufsbildenden Schulen erhöht
- 54 sowie weitere Studiengänge für das Lehramt mit der Fachrichtung
- 55 Sozialpädagogik und entsprechende Studienseminarplätze eingerichtet.
- 56 • eine Qualitätsoffensive für die frühkindliche Bildung in den Kitas und der
- 57 Kindertagespflege einschließlich der Sprachförderung starten. Diesem Ziel dient
- 58 ein Konzept zur Qualitätsentwicklung mit der Verankerung der pädagogischen
- 59 Bildungsstandards für die Kitas. Es werden in Abstimmung mit den Trägern und
- 60 den jeweiligen Akteuren vor Ort flächendeckend Konzepte für den Übergang
- 61 Kita/Grundschule entwickelt und die flexible Eingangsstufe gestärkt.
- 62 • Familienzentren entwickeln, die auch niedrigschwellige Beratung - und
- 63 Unterstützung anbieten.“

64 Grundsätzlich werden alle Maßnahmen, die zu einer Verbesserung insbesondere der

65 Qualität der frühkindlichen Bildungsarbeit führen, begrüßt. Voraussetzung ist aber,

66 dass alle neu definierten Standards, wie z.B. der Personalschlüssel und umfangreichere

67 Vor- und Nachbereitungszeiten, die zusätzliche Kosten verursachen, nicht zu Lasten der

68 Kommunen führen dürfen. Das Konnexitätsprinzip muss uneingeschränkt Anwendung

69 finden. Unter Beteiligung der Kommunen sollte eine konsequente Aufgabenanalyse

70 und –kritik, wie sie in der Koalitionsvereinbarung angekündigt ist, erfolgen.

71 **Empfehlung der Antragskommission:**

72 *Überweisung an die Landtagsfraktion*

## 1 C 5 Gleichbehandlung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall 2 des Kindes und bei Pflege

3 *Antragstellerin: ASF Region Hannover, OV Mitte, OV Vahrenheide-  
4 Sahlkamp, OV Bothfeld*

5 *Der Unterbezirksparteitag der Region Hannover möge beschließen und an den  
6 Bezirksparteitag, Landesparteitag und Bundesparteitag weiterleiten:*

7 Wir fordern hiermit, das Entgeltfortzahlungsgesetz in § 3 dahingehend zu ändern, dass  
8 voller Lohnausgleich nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz geleistet wird, wenn ein  
9 Elternteil wegen der Krankheit seines/ ihres Kindes der Arbeit fernbleiben muss, oder  
10 wenn akute Pflegeleistungen nach dem Pflegegesetz erbracht werden. Der § 45 SGB V  
11 wäre insoweit dann zu streichen.

### 12 Begründung:

13 § 45 SGB V regelt den Bezug von Krankengeld wegen Erkrankung des Kindes, § 47 die  
14 Höhe und Berechnung. Krankengeld für erwachsene Beschäftigte entsteht erst nach  
15 sechs Wochen, davor ist der Arbeitgeber zur Zahlung des Entgelts = Lohnfortzahlung  
16 verpflichtet. Dies ist im § 3 Entgeltfortzahlungsgesetz geregelt.

17 Mit der SPD wurde die Zahlung von Entgelt bei Krankheit nicht der  
18 Versichertengemeinschaft auferlegt, sondern der oder die Arbeitgeberin/ Arbeitgeber  
19 trägt das Risiko des Krankheitsfalls der Beschäftigten in den ersten sechs Wochen,  
20 danach die Versichertengemeinschaft als Krankengeld. Da Krankengeld das Entgelt  
21 nicht voll ausgleicht, sondern nur ersetzt, ist mit dem Anspruch auf Krankengeld auch  
22 ein weniger an Entgelt verbunden.

23 Gründe und Zeiten, in denen wegen Krankheit des Kindes unter zwölf Jahren oder  
24 wegen Pflege nicht gearbeitet werden kann, anders zu bewerten sind nicht ersichtlich.  
25 Die Lebenssituation von Vätern, Müttern und Pflegenden verändert sich. Der  
26 demografische Faktor verstärkt den Wandel. Unternehmen und Beschäftigte wollen  
27 eine hohe Flexibilität. Beschäftigte haben in verschiedenen Lebensphasen  
28 unterschiedliche Ansprüche an Arbeits- und Lebenszeiten. Es wird versucht durch den  
29 Ausbau an Infrastruktur von Betreuung die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu  
30 unterstützen. Da ist die Zeit reif, dass Fehlzeiten, unabhängig ob es eigene oder die  
31 wegen der Krankheit von Kindern oder wegen akutem Pflegebedarf sind,  
32 gleichbehandelt werden, in dem Entgeltfortzahlung gezahlt wird.

33 Die Aufnahme dieser Leistungen in den Katalog des Entgeltfortzahlungsgesetzes führt  
34 auch dazu, dass Niemand in die eigene Krankheit flüchten muss. In der Vergangenheit  
35 war es einigen nicht möglich ohne Entgelt von der Arbeitsleistung wegen Pflege oder  
36 Kinderkrank von der Arbeitserbringung befreit zu sein. Zwar unterstützt hier eine  
37 Lohnersatzzahlung schon sehr, aber eben nur bis zu maximal 90 Prozent vom  
38 Nettoentgelt.

39 *Prüfauftrag für die Bundestagsfraktion*

1 **C 6 Arbeitsförderung**

2

3 *Antragstellerin: AFA*

4

5 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

6 zur Weiterleitung und Beschluss auf dem Bezirksparteitag.

7

8 Die Bundestagsfraktion der SPD möge sich dafür einsetzen, dass Teilnehmer an einer  
9 Maßnahme der Arbeitsförderung, welche länger als 2 Monate dauert, einen  
10 gesetzlichen Anspruch auf freie Tage erwerben.

11 Beispielsweise könnte für 20 Anwesenheitstage in einer Maßnahme ein Anspruch von  
12 2 freien Tagen zur eigenen freien Verfügung entstehen.

13

14 **Begründung:**

15 TeilnehmerInnen an einer Maßnahme der Arbeitsförderung durch z.B. die  
16 Bundesagentur für Arbeit, die Rentenversicherung, die Berufsgenossenschaft haben in  
17 der Regel je nach Maßnahmendauer keinen Urlaubsanspruch.

18

19 Bei Fehltagen aus persönlichen Gründen (z.B. eigene Eheschließung, eignes  
20 Ehejubiläum, Tod eines Schwiegerelternteils, Umzug, Teilnahme an Einsätzen oder  
21 Ausbildungskursen im Rahmen des Katastrophenschutzes, „Brückentage“) wird die  
22 Zahlung für Fehltage eingestellt.

23

24 Ziel dieser Maßnahmen ist die Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Dann sollten wir  
25 die TeilnehmerInnen auch wie ArbeitnehmerInnen behandeln. Im Arbeitsleben ist es  
26 bei Bedarf möglich, mit seinem Chef über freie Tage zu reden, sei es als Brückentag, für  
27 den Umzug usw. Deshalb sollte auch den TeilnehmerInnen an Maßnahmen der  
28 Arbeitsförderung diese Möglichkeit gegeben werden.

29

30 *Annahme*

31

## 1 C 7 Gesetzliche Krankenversicherung

2  
3 *Antragsteller: SPD Ortsverein Oststadt/Zoo*

4 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:*

5  
6 „Die SPD setzt sich für ein gemeinsames, solidarisches Krankenversicherungssystem  
7 für alle Bürgerinnen und Bürger, das die Teilhabe von allen am medizinischen  
8 Fortschritt sichert ein.

9 Damit die Sicherung der Qualität der Versorgung in der Zukunft und die  
10 Beitragsstabilität gewährleistet wird, muss eine Nachhaltigkeit in der Finanzierung  
11 durch eine breitere Finanzierungsbasis geschaffen werden und dies erfordert eine  
12 Einbeziehung aller Einkunftsarten (auch Spekulationsgewinne und Kapitaleinkünfte).

### 13 14 **Begründung:**

15 Das System der gesetzlichen Krankenversicherung steht massiv unter Druck.  
16 Unter dem Vorwand der Steigerung der Wirtschaftlichkeit werden seit Jahren immer  
17 mehr Leistungen der GKV eingeschränkt, ArbeitnehmerInnen werden überproportional  
18 an der Finanzierung beteiligt, Ärzte und Krankenhäuser mit immer neuen  
19 Budgetierungen gegängelt.

20 Zeitgleich werden viele Versicherte bei Ärzten und in Krankenhäusern als Menschen  
21 zweiter Klasse behandelt – sie bekommen später Termine, bekommen eine deutlich  
22 schlechtere Versorgung als Privatversicherte. Ca. 90 % der Menschen in Deutschland  
23 sind gesetzlich krankenversichert, lediglich 10 % voll privatversichert.

24 Gutverdienende ArbeitnehmerInnen tragen zur solidarischen Finanzierung gar nichts  
25 mehr bei, wenn ihr Arbeitsentgelt jährlich die Versicherungspflichtgrenze von derzeit  
26 53.550,- € überschreitet und sie sich nicht freiwillig gesetzlich krankenversichern.

27 Millionengewinne an Börsen, Kapitaleinkünfte sowie Einkünfte aus Vermietung und  
28 Verpachtung bleiben im Regelfall bei der Finanzierung der GKV außen vor mit der  
29 Folge, dass gerade Erwerbseinkünfte den Mammutanteil an der Finanzierung der GKV  
30 leisten. Unter Einbeziehung aller Menschen und in Deutschland tätiger Unternehmen  
31 könnte die Versorgungssicherheit auch auf dem Land deutlich gestärkt werden, das  
32 Leistungsniveau angehoben, die Personalausstattung in den Krankenhäusern wieder  
33 auf ein sinnvolles Maß angehoben werden und der Beitrag für alle gesenkt werden.

34 Daher braucht Deutschland die solidarische gesetzliche Krankenpflichtversicherung für  
35 alle für mehr Gerechtigkeit und Chancengleichheit

36  
37  
38 *Annahme in der Fassung der Antragskommission*

39

## 1 C 8 „Top Priority: Unterstützung von sozialen Einrichtungen und 2 Vereinen“

3  
4 *Antragstellerinnen: SPD-OVs Gehrden, Hannover-Mitte , OV Bothfeld und*  
5 *Vahrenheide-Sahlkamp*

6  
7 *Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an alle*  
8 *kommunalen SPD-Fraktionen weiterleiten:*

9  
10 In der Region Hannover gibt es zahlreiche und vielfältige soziale Vereine und  
11 Einrichtungen, die sich mit ihren sozialen Dienstleistungen für das Wohlergehen des  
12 gesellschaftlichen Zusammenlebens tagtäglich einsetzen. Die SPD Region Hannover  
13 schätzt das sehr und erkennt es hoch an, dass dies geschieht, ohne dass dabei  
14 wirtschaftliche Interessen verfolgt werden bzw. sie im Mittelpunkt stehen.  
15 Entsprechend resultieren daraus finanzielle Bedarfe, die über eine Förderung  
16 abgedeckt werden müssen.

17  
18 Gemäß ihrer sozialdemokratischen Grundwerte unterstützt die SPD ausdrücklich  
19 jegliche Unternehmungen, Bestrebungen und Bemühungen von Vereinen und  
20 Einrichtungen, die Verantwortung im sozialen, sportlichen und kulturellen Bereich  
21 tragen, insbesondere für Kinder und Jugendliche, Frauen, Senioren und Seniorinnen,  
22 Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderung. Somit sollte es  
23 unter einer von der SPD geführten Regierung sowohl im Rat der LHH als auch in der  
24 Regionsversammlung weder zu Kürzungen noch zu Einschränkungen sonstiger Art  
25 bzgl. der finanziellen Förderung von sozialen Vereinen und Einrichtungen kommen.

26  
27 Alle Gliederungen innerhalb der SPD Region Hannover sind damit verpflichtet, diesen  
28 Anspruch geltend zu machen. Entsprechend wirken sie uneingeschränkt darauf hin, in  
29 allen überparteilichen Gremien auf kommunaler Ebene dafür zu sorgen, dass dieser  
30 Anspruch erfüllt werden kann.

31  
32 Die SPD lässt niemanden im Stich.

### 33 34 Begründung:

35  
36 Als Partei können wir nur durch unser Handeln, unsere Prioritätensetzung und durch  
37 den Umgang mit den verschiedenen Bedarfen innerhalb der Gesellschaft die Menschen  
38 von unserer politischen Arbeit verbunden mit unseren Grundüberzeugungen und  
39 Werten überzeugen und sie für uns gewinnen.

40  
41 Daher müssen wir klar und deutlich zeigen, wofür wir stehen, was uns wichtig ist und  
42 wo wir unsere Schwerpunkte legen. Zur Stärkung unseres sozialdemokratischen Profils  
43 gehört es deswegen unbedingt dazu, eine klare Position zu diesem Thema zu beziehen  
44 und entsprechend zu handeln. Die Bürgerinnen und Bürger, vor allem die, die uns  
45 wählen, haben eine bestimmte Erwartungshaltung an die SPD, die wir als  
46 Parteimitglieder nicht minder haben, gerade mit Hinblick auf den Bereich Soziales.  
47 Entsprechend gilt es Erwartungen zu erfüllen und unseren Ansprüchen selbst gerecht  
48 zu werden, indem wir uns – möglichst ohne Einschränkungen – selbst an unsere Werte  
49 halten und uns dafür einsetzen. Unsere politischen Grundwerte und Einstellungen  
50 können eben nur an Glaubhaftigkeit gewinnen, wenn wir zu dem, was wir fordern,



51 gänzlich stehen. Was wir uns für unsere Gesellschaft selbst wünschen, und was die  
52 Gesellschaft sich von uns seitens der Politik wünscht, müssen wir auch mit all uns zur  
53 Verfügung stehenden Mitteln versuchen, in die Tat umzusetzen. Nur so können wir die  
54 Glaubwürdigkeit unserer Partei wiederherstellen und nachhaltig stärken.

55  
56 Was wir dafür tun können, ist, sich auf allen möglichen politischen und  
57 verwaltungstechnischen Ebenen dafür einzusetzen, dass alle sozialen Vereine oder  
58 Einrichtungen, insbesondere die, die bereits seit vielen Jahren wertvolle Arbeit für  
59 unsere Gesellschaft leisten, unter unserer Regierung die finanzielle Unterstützung  
60 erhalten, die sie benötigen, um ihre Arbeit fortzusetzen und am Laufen zu halten. Die  
61 entsprechenden Vereine und Einrichtungen müssen darauf vertrauen können, dass wir  
62 für sie da sind. Dafür muss Vertrauen bestehen und dort geschaffen werden, wo es  
63 noch nicht besteht. Sollte die finanzielle Förderung aus irgendwelchen Gründen nicht  
64 gehen, müssen wir uns als Partei trotzdem für die betroffenen Einrichtungen und  
65 Vereine einsetzen und versuchen, ihnen über andere Wege und Mittel zu helfen, die  
66 wir gemeinsam mit ihnen erarbeiten. Diesen Anspruch haben nicht nur die  
67 Bürgerinnen und Bürger und/ oder Vereine und Einrichtungen an uns, sondern auch  
68 wir selbst

69

70 *Annahme in der Fassung der Antragskommission.*

71

# 1 C 9 Pflegekammer

2 *Antragssteller: AFA UB-Region Hannover*

3  
4 Liebe Genossinnen und Genossen,  
5 der Unterbezirksparteitag möge beschließen:  
6 das keine Pflegekammer in Niedersachsen eingerichtet wird  
7 - deren Nutzen für die Beschäftigten in der Pflege nicht erkennbar ist!  
8 - von den betroffenen Pflegekräften, Beschäftigtenvertretungen,  
9 Gewerkschaften und Sozialverbänden abgelehnt wird!  
10 - eine zusätzliche Zwangsabgabe von Kolleginnen und Kollegen mit ohnehin  
11 geringen Einkommen für harte Arbeit verlangt!

12  
13 Zur Begründung  
14 Mit der Abschaffung des Schulgeldes für die Ausbildung in der Pflege hat die neue rot-  
15 grüne Landesregierung eine für die angehenden Pflegekräfte wirksame und ein  
16 wichtiges Wahlsprechen umgesetzt. Ver.di hat mit der Einführung eines Tarifvertrages  
17 im Bereich der Diakonie die Arbeitsverhältnisse in den Heimen auf eine neue bessere  
18 Grundlage gestellt.  
19 Richtige Schritte in die richtige Richtung.  
20 Die von wenigen von oben gestützte Idee einer Pflegekammer, als  
21 Selbstverwaltungseinrichtung, deren Aufgaben und Wirkung auch in den  
22 Vorstellungen der Unterstützer nebulös und unklar bleiben, wird von denen den wir  
23 eigentlich politisch und nicht durch die Errichtung einer Behörde helfen sollten nicht  
24 als hilfreich verstanden und abgelehnt.  
25 Ganz konkret wollen die Befürworter erstmal den Pflegekräften, die sich durch die  
26 Wende in der Landespolitik verdiente Verbesserungen erhofft haben, mit einer  
27 Zwangsabgabe für die Pflegekammer weitere finanzielle Lasten auferlegen. Für  
28 Menschen mit geringen Einkommen oft in Teilzeit kommt ein Festbetrag noch zur  
29 Kirchensteuer und Gewerkschaftsbeitrag dazu. Das wird geringe Zahl der organisierten  
30 Kräfte weiter nach unten drücken, da nur der Gewerkschaftsbeitrag freiwillig ist, will  
31 man bei den kirchlichen Einrichtungen nicht gekündigt werden.  
32 Die wichtige Aufgabe ordentliche Tarifröhne zu erkämpfen, wird auch von der  
33 Pflegekammer gar nicht wahrgenommen werden, sondern weiterhin den von uns  
34 geschwächten Gewerkschaften zu erzielen sein. Dass das unsere eigentlichen  
35 Bündnispartner gegen uns aufbringt, ist nur allzu nachvollziehbar. Da nutzt es auch nix  
36 ständig und wiederholt auf eine ver.di-Gruppe der MHH zu verweisen, die gerademal  
37 1.600 Unterschriften in der Region Hannover gesammelt hat.  
38 Eine Alternative könnte ein Modell aus Bayern sein eine Lobby für die Pflege ohne  
39 Zwangsbeitrag zu schaffen. Unbedingt müssen wir mit der Idee etwas für die Pflege  
40 und die Beschäftigten zu tun, diese auch mitnehmen, sonst verkommt jede Institution  
41 zum Bürokratie-Schreckgespenst, wo allenfalls für wenige gut dotierte Stellen  
42 entstehen.  
43 Unser Ziel muss es sein wirksame Verbesserungen für die Beschäftigten in der Pflege zu  
44 erreichen, ohne sie erstmal zur Kasse zu bitten und ohne das wir sie mitnehmen  
45 konnten auf diesen Weg.  
46 Weitere Begründung mündlich

47		
48	Hans-Jürgen Licht	Christa Greve
49	AfA Bezirksvorsitzender Hannover	Gesamtpersonalrat und
50	Personalrätin	
51		In den städtischen Alten-und
52		Pflegeheimen der
53		Landeshauptstadt Hannover
54	<i>Nichtbefassung. Planung einer Themenveranstaltung und spätere</i>	
55	<i>Beschlussfassung im UBB</i>	

# 1 C 10 Flexible Übergänge in die Rente – Teilrente jetzt

## 2 *Antragssteller: AFA UB-Region Hannover*

3 Die Rentenversicherung in einem modernen Industrieland ist so zu gestalten, dass sie  
4 bedarfsgerechte und individuelle Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand  
5 ermöglicht. Dies entspricht auch der sich wandelnden Erwartungshaltung in der  
6 Bevölkerung. So hält eine Mehrheit der Deutschen nichts mehr von einem starr  
7 festgelegten Renteneintrittsalter und spricht sich klar für gleitende und flexible  
8 Übergänge aus dem Berufsleben in den Ruhestand und für Zuverdienstmöglichkeiten  
9 für Rentner aus (vgl. Studie „So wollen wir leben“ von Opaschowski).

10 Die SPD in der Region Hannover setzt sich dafür ein, die rechtlichen Grundlagen für  
11 flexible Übergänge zu schaffen. Auf dieser Basis können die Tarifvertragsparteien die  
12 Übergänge unter Beachtung der Bedürfnisse von Betrieben und Arbeitnehmer/innen  
13 bedarfsgerecht, lebensnah und mit Spielraum sowie Planungssicherheit gestalten.

14 Flexible und gleitende Übergänge bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze so zu  
15 gestalten, dass

- 16 - der Zeitraum zwischen dem 60. und 67. Lebensjahr flexibel gestaltet werden  
17 kann,
- 18 - ältere Beschäftigte möglichst lange in das Erwerbsleben eingebunden werden,
- 19 - und ihre bisherige berufliche Tätigkeit fortführen können,
- 20 - durch Arbeitszeitverkürzung/Teilzeit Belastungen abgebaut werden,
- 21 - vorrangig besonders belastete Arbeitnehmerinnen-/Arbeitnehmergruppen  
22 entlastet werden,
- 23 - das geringere Einkommen zum größten Teil ausgeglichen wird,
- 24 - Einbußen bei der Rente vermieden oder ausgeglichen werden.

## 25 Teilrente ab dem 60. Lebensjahr ermöglichen

26 Die SPD in der Region Hannover fordert die bereits existierende Rente für langjährig  
27 Versicherte ab dem 63. Lebensjahr mit Abschlägen bei Erfüllung bestimmter  
28 Voraussetzungen bereits ab dem 60. Lebensjahr in Anspruch genommen werden  
29 können. Diese Voraussetzungen sind:

- 30 - 35 Versicherungsjahre,
- 31 - Ausschluss eines Anspruchs auf Grundsicherungsleistungen,
- 32 - Ausübung einer sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigung neben der  
33 Teilrente (dies setzt einen gestärkten Rechtsanspruch auf  
34 Teilzeitarbeit/Reduzierung der Arbeitszeit voraus),
- 35 - Anhebung der Hinzuverdienstgrenzen,
- 36 - Ausgleich von Rentenabschlägen durch Zusatzbeiträge in die gesetzliche  
37 Rentenversicherung (§187 a SGB VI).

38 Diese Voraussetzungen müssen selbstverständlich weiter konkretisiert werden. So  
39 sollte der Ausgleich von Rentenabschlägen durch Zahlung von Zusatzbeiträgen in die  
40 gesetzliche Rentenversicherung steuerfrei und frei von Sozialabgaben erfolgen können,  
41 was heute nur für die arbeitgeberseitigen Beiträge gilt. Die Hinzuverdienstgrenzen bei  
42 Bezug der Teilrente sollten flexibler und durchlässiger gestaltet werden. Die maximale

43 Höhe aus Teilrente und Hinzuverdienst könnte sich z.B. an dem bisherigen höchsten  
44 Arbeitseinkommen der letzten 3-5 Jahre orientieren.

#### 45 **Begründung**

46 Ein zentrales Wahlversprechen der SPD bei der letzten Bundestagswahl war die  
47 abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren (Altersrente für besonders  
48 langjährig Versicherte). Dieses Versprechen haben wir gehalten.

49 Diese Reform kann aber nur ein Einstieg und erster Schritt zu einer neuen  
50 Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand gewesen sein. Für  
51 viele Beschäftigte bringt sie die seit langem gewünschten Erleichterungen beim  
52 Renteneintritt. Dennoch bleibt festzustellen, dass nicht alle Menschen von diesen  
53 Maßnahmen profitieren werden.

54 Denn eines wird auch deutlich, trotz des Rentenpaketes 2014, wird es bei der Anhebung  
55 der Regelaltersgrenze auf 67 bleiben. Damit stellt sich für immer mehr Menschen die  
56 Frage, wie sie mit einem angemessenen Alterseinkommen gesund in Rente gehen  
57 können.

58 Die nächsten Schritte müssen deshalb darin bestehen, dass die Bundesregierung die  
59 Ankündigung aus dem Koalitionsvertrag, den rechtlichen Rahmen für flexible  
60 Übergänge vom Erwerbsleben in den Ruhestand zu verbessern, auch für andere  
61 Beschäftigte tatsächlich mit Leben erfüllt.

#### 62 **Teilrente jetzt erweitern**

63 Ein wesentliches Instrument dazu ist die Teilrente. Ein Teilrentenbezug ist heute ab  
64 dem 63. Lebensjahr möglich. So kann man einen Teil seiner Altersrente vorzeitig in  
65 Anspruch nehmen und sein übriges Einkommen durch Erwerbsarbeit erwirtschaften.  
66 Die bereits bestehenden rechtlichen Möglichkeiten zum Bezug einer Teilrente sind zu  
67 kompliziert und lebensfremd (z.B. starre und zu niedrige Hinzuverdienstgrenzen), so  
68 dass nur eine sehr geringe Zahl von Menschen (3000-4000) diese Möglichkeit zum  
69 Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand bislang nutzt.

70 Die SPD fordert daher eine Teilrente ab dem 60. Lebensjahr. Die Teilrente kann vielen  
71 Menschen eine selbstbestimmte und eigenverantwortliche Gestaltung des Übergangs  
72 vom Erwerbsleben in den Ruhestand ermöglichen. Sie bietet gerade in Verbindung mit  
73 Teilzeitarbeit, insbesondere für besonders belastete Beschäftigtengruppen, eine  
74 realistische Perspektive für einen längeren Verbleib im Erwerbsleben und für einen  
75 stufenweisen Ausstieg aus dem Arbeitsleben. Sie ist nicht als Instrument zur  
76 Frühverrentung zu verstehen, sondern kann - ganz im Gegenteil - einen wichtigen  
77 Beitrag leisten, damit auch Menschen mit besonderen Belastungen mit einer  
78 geringeren Arbeitsbelastung durch Teilzeitarbeit die Regelaltersgrenze erreichen  
79 können.

#### 80 **Abschläge in der Altersrente durch Zusatzbeiträge ausgleichen**

81 Mit den Zusatzbeiträgen in die gesetzliche Rentenversicherung können die höheren  
82 Abschläge durch den Bezug der Teilrente bei der gesetzlichen Rente weitestgehend  
83 ausgeglichen werden. Die bei Beginn der Teilrente zu zahlenden Zusatzbeiträge tragen  
84 dazu bei, die durch die Teilrente entstehenden Vorfinanzierungskosten bei der  
85 gesetzlichen Rentenversicherung stark zu minimieren, so dass die Teilrente für die  
86 gesetzliche Rentenversicherung nahezu kostenneutral ist. Auch für die anderen  
87 Sozialversicherungsträger ergeben sich aus der Teilrente keine oder allenfalls  
88 geringfügig geringere Beitragseinnahmen, die nicht beitragsatzrelevant sind.

89 Die Finanzierung von Zusatzbeiträgen in die gesetzliche Rentenversicherung kann  
90 durch die Tarifvertragsparteien geregelt werden.

#### 91 Stärkung der Tarifvertragsparteien

92 Die Tarifvertragsparteien sind aufgerufen, geeignete Instrumente (weiter) zu  
93 entwickeln, mit denen flexible Übergänge besser möglich werden. Durch  
94 entsprechende Wahlmöglichkeiten können die besonderen Bedürfnisse von Branchen,  
95 Betrieben und Arbeitnehmer/innengruppen lebensnah berücksichtigt werden. Es gibt  
96 nicht das eine und alleinige geeignete Instrument, das für alle passt. Die Instrumente  
97 wie Altersteilzeit und Teilrente schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern sind  
98 jeweils geeignet, in bestimmten Situationen gute Lösungen für Betriebe und  
99 Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer vor Ort zu unterstützen. In Betrieben ohne  
100 Tarifbindung kann die Regelungsbefugnis auf die Betriebsparteien übertragen werden.  
101 Die Tarifvertragsparteien sollen die Möglichkeit erhalten, ihre besonderen Traditionen  
102 und eingeschlagenen Pfade zur Gestaltung des demographischen Wandels weiter zu  
103 verfolgen.

#### 104 *Nichtbefassung*

105 *Bitte an AfA und AG60+, eine Themenveranstaltung mit dem UBV zu*  
106 *organisieren.*

107

## 1 C 11 Berufliche Integration von qualifizierten Frauen und 2 Männern mit Migrationshintergrund

3 *Antragstellerin: ASF Region Hannover, OV Vahrenheide-Sahlkamp*

4  
5 *Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an den*  
6 *SPD-Bezirks-, Landes- und Bundesparteitag sowie an die SPD-Landtagsfraktion*  
7 *Niedersachsen und die SPD-Bundestagsfraktion als Material und zur Umsetzung*  
8 *weiterleiten:*

9 Die SPD unterstützt und setzt sich in allen Ebenen dafür ein, dass Berufs- und  
10 Studienabschlüsse, die außerhalb der EU erworben worden sind, schnellst möglich  
11 anerkannt werden.

12 Zuwanderung, gerade von Fachkräften, soll nicht verhindert, sondern ermöglicht  
13 werden. Menschen, die keine Arbeit aufnehmen können, oder die seit Jahren unter  
14 dem Niveau ihrer ausländischen Ausbildung in Deutschland arbeiten müssen, sollen  
15 die Chance haben, endlich in ihren ursprünglichen Berufen zu arbeiten - oder sich so  
16 weiterzubilden, bzw. nachzuqualifizieren, dass sie eine ähnliche Stelle in Deutschland  
17 bekommen können.

18 Außerdem wird ein verbessertes Angebot der beruflichen Qualifizierung von  
19 Migrantinnen und Migranten gefordert, das den schnellen Zugang zur Erwerbsarbeit  
20 zum Ziel hat. Für die Kosten dieser Qualifizierungsangebote müssen verstärkt  
21 staatliche Fördermittel zur Verfügung gestellt werden.

### 22 **Begründung:**

23 Wer die Besten will, kommt an Frauen nicht vorbei.

24 Die Anerkennung von außerhalb der EU erworbenen Berufs- und Studienabschlüsse  
25 unterliegen Regelungen. Für Betroffene hat es zumeist den Anschein, dass ihre  
26 Qualifikation weniger wert ist als hier erworbene Kenntnisse, weil eine große Anzahl  
27 nicht oder nur mit weiteren Qualifikationen anerkannt wird.

28 Die Geschwindigkeit der Verfahren zur Überprüfung der vorhandenen Kenntnisse ist  
29 eine Stellschraube zur besseren Integration. Eine andere Möglichkeit ist das Erwerben  
30 von Zusatzqualifikationen. Dies ist oft mit Kosten verbunden, die von der Betroffenen  
31 nur selten getragen werden können. Statt später durch aufstockende Leistungen zu  
32 unterstützen, ist es humaner, wertschätzender und auch ökonomischer diese  
33 Bildungsarbeit staatlich zu finanzieren. Modelle wie BAföG würden unterstützen.  
34 Vor dem Hintergrund des bestehenden Fachkräftemangels gelten die Argumente  
35 verstärkt.

36  
37 *Annahme in der Fassung der Antragskommission*

1 **C 12 Rentenniveau stabilisieren**

2

3 *Antrag steller: AG 60 plus im SPD-Ortsverein Wunstorf*

4

5

6 Die SPD soll dich dafür einsetzen das Rentenniveau zu stabilisieren, um einer  
7 Altersarmut in den nächsten Jahren vorzubeugen.

8

9 Hierbei sind sowohl die berechtigten Interessen der Beitragszahler, wie  
10 der künftigen Leistungsempfänger angemessen zu berücksichtigen.

11

12 *Nichtbefassung.*

13 *Einbeziehen in die Themenveranstaltung von Afa, AG60+ und UBV (s. C10)*

14



1 **C13 Hebammenschule in kommunaler Trägerschaft halten!**

2  
3 *AntragstellerInnen: Jusos Region Hannover*

4  
5 Weiterleitung: SPD Regionsfraktion

6  
7 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen:  
8 Wir fordern: die Hebammenschule des KRH in kommunaler Trägerschaft zu halten.

9  
10 **Begründung:**

11  
12 Das KRH ist ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der Region Hannover.  
13 Innerhalb des KRH kommt es momentan zu wesentlichen Umstrukturierungen. Das  
14 KRH verliert durch Beschluss der Regionsversammlung, zur Schließung der Geburtshilfe  
15 des Nordstadtkrankenhauses, den größten praktischen Ausbildungsort.

16  
17 Zur Sicherung der Ausbildungsvergütung der "werdenden Hebammen" ist der Verbleib  
18 der Schule in kommunaler Trägerschaft und damit zum TVAÖD (Tarifvertrag  
19 Ausbildung Öffentlicher Dienst) essentiell.

20  
21 Durch den Verbleib ist weiterhin ein allgemeiner, konfessionsunabhängiger Zugang zur  
22 Ausbildung sichergestellt. Kliniken mit einer ausreichenden Anzahl von Geburten für  
23 die praktische Ausbildung sind in kirchlicher Trägerschaft, sowie die MHH.

24  
25 Zur Kompensation des Wegfalls, des Ausbildungsstandort Nordstadtkrankenhaus  
26 müssen interne Alternativen, sowie Kooperationen zur praktischen Ausbildung geprüft  
27 werden.

28 Dem KRH entstehen durch die Hebammenausbildung zudem keine Kosten, da die  
29 Ausbildung durch die Krankenkassen refinanziert wird.

30  
31 *erledigt*

## 1 C 14 Faire Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen

### 3 *AntragsstellerInnen: Jusos Region Hannover*

5 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an den SPD  
6 Landesparteitag weiterleiten:

#### 8 **Antragstext:**

10 Die SPD Region Hannover fordert eine Neubearbeitung der Richtlinie zur Förderung von  
11 Maßnahmen der assistierten Reproduktion ("künstliche Befruchtung") durch den Bund  
12 und durch das Land Niedersachsen (Kinderwunschbehandlung), sodass auch  
13 unverheirateten heterosexuellen und homosexuellen Paaren, sowie Paare mit  
14 eingetragener Lebenspartnerschaft eine Kinderwunschbehandlung ermöglicht werden  
15 kann. Darüber hinaus fordern wir ebenfalls die Übernahme der Hälfte der Kosten durch  
16 die Krankenkassen für die genannten Paare. Bis zur Umsetzung der Übernahme durch  
17 die Krankenkassen sollen diese Kosten ebenfalls staatlich finanziert werden.

#### 19 **Begründung:**

21 Bei unerfülltem Kinderwunsch stellt die In Vitro Fertilisation (IVF) und die  
22 Intrazytoplasmatische Spermieninjektion (ICSI) eine der erfolgversprechendsten  
23 Verfahren da um Paaren, die aufgrund von Krankheiten, vorangegangenen  
24 Chemotherapien oder anderen Gründen auf natürlichem Wege keine Kinder zeugen  
25 können.

26 Über die Zeit des Verfahrens kommen hohe Kosten auf die Eltern zu, die viele Paare  
27 nicht alleine tragen können. Die Hälfte der Kosten übernimmt die Krankenkasse,  
28 weitere 25 Prozent können in Niedersachsen zusätzlich von Bund und Land gemeinsam  
29 übernommen werden. Dies gilt jedoch nur für verheiratete heterosexuelle Paare. Es  
30 findet eine offene Diskriminierung an Lebensentwürfen statt, die nicht dem christlich-  
31 konservativem Modell entsprechen und gleichzeitig in gewisser Weise eine Bewertung  
32 der Fähigkeit zur Elternschaft außerhalb diesen Modells.

33 Wir glauben, dass niemand in die Institution Ehe getrieben werden sollte um sich einen  
34 Kinderwunsch erfüllen zu können und daher die Finanzierung von Krankenkassen,  
35 Bund und Ländern nicht nur verheirateten heterosexuellen Paaren zur Verfügung  
36 stehen sollte.

#### 37 *Behandlung im UBB*

# 1 D 1 Planstellen für Förderschullehrkräfte an inklusiv arbeitenden 2 Regelschulen

3 *Antragssteller: AfB Region Hannover*

4 *Der Parteitag möge beschließen:*

5 Das MK wird aufgefordert, zeitnah zur Verabschiedung der Schulgesetznovelle zur  
6 personellen Unterstützung der Inklusion

- 7 1. an den Grundschulen Planstellen für Förderschullehrkräfte zu schaffen bzw.  
8 sie durch Verlagerung aus dem Förderschulbereich an Grundschulen  
9 einzurichten und sie zum nächstmöglichen Termin zu besetzen,
- 10 2. an Schulen des Sekundarbereichs I, die den Bedarf nachweisen und ein  
11 Konzept zur inklusiven Beschulung und zur Kooperation von Fach- und  
12 Förderschullehrkräften entwickelt haben, für die Einrichtung und Besetzung  
13 von Planstellen für Förderschullehrkräfte zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu  
14 sorgen,
- 15 3. an den unter 2) genannten Schulen eine Planstelle für Leitungsaufgaben zur  
16 Umsetzung der Inklusion als Beförderungsstelle zusätzlich zu den der Schule  
17 zugewiesenen Fachbereichs- und Jahrgangsstellen einzurichten,
- 18 4. rechtliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich  
19 Förderschullehrkräfte auf Leitungsstellen zur Organisation und Pädagogik  
20 der Inklusion an allgemein bildenden Schulen bewerben können.

21 *Begründung:*

- 22 1. Inklusive Schulen benötigen Kollegien, in denen Fach- und Förderschullehrkräfte  
23 voneinander lernen, miteinander kooperieren und mit weiteren pädagogischen  
24 Fachkräften zu multiprofessionellen Teams zusammenwachsen. Grundlage  
25 dafür sind Planstellen für all diese Kräfte vor Ort, deren Auswahl vom Schulleiter  
26 / der Schulleiterin vorzunehmen ist, damit Verantwortung und Befugnisse dort  
27 liegen, wo Inklusion pädagogisch umgesetzt werden muss: bei der Schulleitung  
28 und dem Kollegium der eigenverantwortlichen allgemeinbildenden Schule.
- 29 2. Kleinere Grundschulen, denen auf der Basis der sonderpädagogischen  
30 Grundversorgung allein keine Planstelle für eine Förderschullehrerin zusteht,  
31 können Partnerschaften eingehen, sodass die zuständige Förderschullehrkraft  
32 von der Planstelle an einer Grundschule aus mit geteilter Stundenzahl und in  
33 Abordnung auch die inklusiven Aufgaben an der Partnerschule wahrnehmen  
34 kann.

35 3. In großen Systemen mit einem ausgewiesenen Inklusionskonzept sind zur  
36 Umsetzung der Inklusion Leitungsaufgaben in einem Umfang zu erfüllen, der  
37 vergleichbar ist mit dem der Fachbereichs- und Jahrgangleiter/innen. Auf die  
38 entsprechende Leitungsstelle sollten sich Lehrkräfte mit der Lehrbefähigung für  
39 allgemein bildende Schulen ebenso bewerben können wie sonderpädagogische  
40 Lehrkräfte.

41 *Behandlung in einer Sondersitzung des Unterbezirksbeirates und*  
42 *Weiterleitung an die Landtagsfraktion*  
43

## 1 D 2 Grundsätzliche Überlegungen auf dem Weg zu einer 2 inklusiven Gesellschaft

3 *Antragssteller: AfB Region Hannover*

4 *Der Parteitag möge beschließen:*

5 Deutschland und Niedersachsen haben sich auf den Weg zu einer inklusiven  
6 Gesellschaft gemacht. Auf diesem Weg müssen folgende Grundsätze zu beachten:

- 7 1. Alle Gesetze, Verordnungen und Beschlussdrucksachen sind nicht nur unter  
8 „Gender“-Aspekten zu bewerten, sondern auch unter dem Aspekt, inwieweit sie  
9 „Inklusion“ ermöglichen oder erschweren. Das gilt aktuell natürlich vor allem für  
10 das neue KiTa-Gesetz und für die dringend notwendige grundsätzliche  
11 Neukonzeption der Lehrerbildung,
- 12 2. Schrittweise sind individuelle Förderkonzepte und Fördermaßnahmen für alle  
13 Schülerinnen und Schüler zu entwickeln und zu realisieren, so dass eine  
14 sonderpädagogische Überprüfung und Etikettierung von SchülerInnen mit  
15 sonderpädagogischem Förderbedarf für eine Zuweisung von  
16 Förderschullehrkräften nicht mehr notwendig ist,
- 17 3. in Regelschulen sind räumliche und personelle Strukturen aufzubauen, so dass  
18 das Nebeneinander von Regelschul- und Förderschulsystem schrittweise  
19 abgebaut wird. Sonderschullehrkräfte sollten daher soweit wie möglich im  
20 Rahmen von Stellen an den Regelschulen in multiprofessionellen Teams tätig  
21 sein.
- 22 4. Die Gestaltung der Bildungslandschaften und damit die Steuerung inklusiver  
23 Ansätze wird zunehmend eine kommunale Aufgabe.
- 24 5. Regionale Zentren für schulische Inklusion sollten zur Vernetzung der Schulen  
25 als kommunale Aufgabe eingerichtet werden. Sie dienen vor allem der  
26 Zusammenarbeit der Schulen im Rahmen eines regionalen Schulnetzes oder  
27 „Regionalen Inklusionskonzeptes“, der Zusammenarbeit mit den öffentlichen  
28 und privaten Einrichtungen in der Region, der Beratung von Eltern und  
29 Lehrkräften und dem organisierten Erfahrungsaustausch dienen.

30 *Begründung*

31 Seit dem Jahr 2013 ist Inklusion für alle Schulen verbindlich.

32 Nun ist der Zeitpunkt für die nächsten Schritte gekommen:

- 33 1. Förderschullehrkräften werden im Rahmen inklusiv arbeitender  
34 interdisziplinärer Teams und einem Stammkollegium zugewiesen
- 35 2. die Verteilung von Förderschullehrkräften - wie auch bei den Lehrkräften mit  
36 anderer Lehrbefähigung – geschieht durch die Landeschulbehörde.

37 3. Mit der Weiterentwicklung der Inklusion in unserer Gesellschaft und in den  
38 Schulen sollte die Etikettierung entfallen – jedes Kind soll entsprechend seinem  
39 Förderbedarf gefördert werden. Bislang ist die Überprüfung des  
40 sonderpädagogischen individuellen Förderbedarfs Voraussetzung der  
41 sonderpädagogische Förderung.

42 „Das System der sonderpädagogischen Hilfen und Angebote im Land Niedersachsen  
43 entwickelt und verändert sich fortlaufend. Nach einer Phase des Auf- und Ausbaus  
44 eines flächendeckenden differenzierten Angebots verschiedener, auf einzelne  
45 Behinderungsarten bezogener schulischer Einrichtungen, sind seit 1977 zusätzlich  
46 vielfältige flexible Organisationsformen sonderpädagogischer Förderung entwickelt  
47 worden:

- 48 • Sonderunterricht für Sprachbehinderte
- 49 • Integrationsklassen
- 50 • Zusammenarbeit zwischen Grundschule und Sonderschule (gemäß Erlass des  
51 Kultusministeriums vom 17.02.1987)
- 52 • Mobile Dienste
- 53 • Bildung von Schulzweigen (nach § 106 Abs. 4 Niedersächsisches Schulgesetz,  
54 NSchG)
- 55 • enge pädagogische Zusammenarbeit von allgemeinen Schulen und  
56 Sonderschulen (nach § 25 NSchG)“

57 Schon 1996 begann eine sozialdemokratische Landesregierung eine Veränderung des  
58 Schulsystems in Richtung auf Inklusion durch den Ausbau des gemeinsamen  
59 Unterrichts durch kooperative und integrative Ansätze unter dem Titel “Lernen unter  
60 einem Dach”.

61 Als Kernstück der Rahmenplanung wurde das “Regionale Integrationskonzept (RIK)”  
62 eingeführt. In einem “RIK” sollte ausgewiesen werden, wie und in welcher Form Kinder  
63 und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf in einer Region gefördert  
64 werden können und wie die dafür vorhandenen sonderpädagogischen Förderangebote  
65 um- und ausgebaut werden sollen. Dabei sollte für Kinder und Eltern Verlässlichkeit  
66 entstehen, welche Förderangebote von der Sonderschule über die Kooperationsklasse  
67 bis zur Integrationsklasse in erreichbarer Nähe zur Verfügung stehen. Sonderschulen  
68 werden so zu regionalen oder überregionalen Förderzentren, die ihren umfangreichen  
69 schulgesetzlichen Auftrag wahrnahmen, indem sie alle Kinder mit  
70 sonderpädagogischem Förderbedarf in der Region bzw. im überregionalen Bereich  
71 betreuen.

72 Die Weiterentwicklung der “Regionale Integrationskonzepte” zu “Regionalen  
73 Inklusionskonzepten” steht in engem Zusammenhang mit der kommunalen  
74 Schulentwicklungsplanung und der Entwicklung regionaler Bildungslandschaften. Sie  
75 sollten deshalb von Eltern, Schulträgern, Lehrkräften, Schulleitungen und  
76 Schulbehörden getragen werden. Nur so kann das Förderangebot bedürfnisorientiert  
77 eingerichtet werden. Dadurch erhalten die Kommunen eine erheblich höhere

78 Verantwortung für die Gestaltung der Bildungslandschaften in Kooperation mit der  
79 Schulbehörde und im Dialog mit den Schulen und Eltern.

80 **Quellen**

81 Lernen unter einem Dach - Niedersachsen macht Schule

82 Rahmenplanung für die Fortführung der Integration von Schülerinnen und Schülern  
83 mit sonderpädagogischem Förderbedarf

84 <http://nibis.ni.schule.de/~infosos/ftp/doc/lued.doc>

85 *Behandlung in einer Sondersitzung des Unterbezirksbeirates*

86

# 1 D 3 Keine Stundenkürzung in Musik und Kunst in der 2 Einführungsphase

3 *Antragssteller: AfB Region Hannover*

4 *Der Parteitag möge beschließen:*

5 Das MK wird aufgefordert, in in den Fächern Musik und Kunst im 11. Jahrgang der  
6 gymnasialen Oberstufe keine Stundenkürzung vorzunehmen

7 *Begründung:*

8 Mit der Novelle des Niedersächsisches Schulgesetzes vom Februar 2015, die derzeit im  
9 Niedersächsischen Landtag behandelt und voraussichtlich Anfang Juni 2015  
10 beschlossen wird, ist u. a. eine Schulzeitverlängerung an den Gymnasien und an den  
11 nach Schulzweigen gegliederten Kooperativen Gesamtschulen vorgesehen; dort soll  
12 das Abitur statt nach 12 erst wieder nach 13 Schuljahren erworben werden können.

13 Der Unterricht in der Einführungsphase (11. Jg) hat die wichtige Aufgabe, auf den  
14 Unterricht in der Qualifikationsphase (12./13.Jg) vorzubereiten. In allen Fächern wird ein  
15 Grundwissen vermittelt, das begründete Wahlentscheidungen (Wahl von  
16 Schwerpunktfächern, Abiturprüfungsfächern, weiteren Fächern) ermöglichen soll.  
17 Darstellendes Spiel wird in der Einführungsphase erst neu eingeführt – einstündiger  
18 Unterricht kann keine ausreichende Basis für den Unterricht in der Oberstufe  
19 darstellen.

20 Kunst oder Musik sind Schwerpunktfach im musisch-künstlerischen Schwerpunkt in  
21 der Qualifikationsphase. Die Einstündigkeit stellt eine grobe Ungleichbehandlung zu  
22 anderen prüfungsrelevanten Schwerpunktfächern dar, die zweistündig unterrichtet  
23 werden! Und ist eine Benachteiligung des musisch-künstlerischen Profils einer Schule.

24 Die Verordnung über die gymnasiale Oberstufe gilt nicht nur für die Gymnasien, bei  
25 denen die Schulzeit zum Abitur von 12 auf 13 erhöht wurde. Hier gilt möglicherweise  
26 die Aussage, dass die Gesamtzahl der Musik- und Kunststunden während der  
27 gesamten Schulzeit sich nicht verringert hat. Für die Gesamtschulen, deren  
28 Stundentafel in der Einführungsphase (d.h. im 11. Jahrgang) mit der Verordnung  
29 ersatzlos entfällt, ist die Kürzung in Musik und Kunst eine reale Kürzung.

30 Die Kürzung in Musik und Kunst in der Oberstufe widerspricht dem Ziel, Kunst und  
31 Kultur in Niedersachsen künftig noch stärker im Alltag der Kinder und Jugendlichen in  
32 den allgemein bildenden Schulen zu verankern, wie dies im Projekt SCHULE:KULTUR!  
33 zum Ausdruck kommt. Zusammen mit der Stiftung Mercator haben das  
34 Niedersächsische Kultusministerium und das Ministerium für Wissenschaft und Kultur  
35 das Projekt SCHULE:KULTUR! initiiert. Ziel dieses Vorhabens ist es, Schülerinnen und  
36 Schüler aller Jahrgänge für kulturelle Aktivitäten und kreatives Schaffen zu begeistern.  
37 Zunächst 40 Projektschulen werden durch das Land und die Stiftung Mercator  
38 gefördert und arbeiten mit Kultureinrichtungen zusammen. Schulen und kulturelle



39 Partner bauen dabei gemeinsam ein fächerübergreifendes kulturelles Bildungsangebot  
40 auf.

41 Quellen:

42 Verordnung über die gymnasiale Oberstufe (VO-GO)

43 <http://stadtelternrat.de/images/PDF->

44 [Dateien/Novelle NSchG 2015/2015%20Entwurf%20VO-GO.pdf](Dateien/Novelle_NSchG_2015/2015%20Entwurf%20VO-GO.pdf)

45 SCHULE:KULTUR!

46 [h Behandlung in einer Sondersitzung des Unterbezirksbeirates](#)

47 <http://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/schulekultur/schulekultur-127886.html>

48 *Behandlung in einer Sondersitzung des Unterbezirksbeirates*

49

1 **D 4 Kompetenzen nutzen!**

2 *Antragssteller: AfB Region Hannover*

3 *Der Parteitag möge beschließen:*

4 Der Unterbezirkspartei der SPD UB Region Hannover fordert die SPD-Fraktionen in  
5 Gemeinden, Städten und Regionen im SPD Unterbezirk Region Hannover und in  
6 Niedersachsen und im niedersächsischen Landtag auf, die in den  
7 Arbeitsgemeinschaften vorhandenen Kompetenzen z.B. in der Jugendarbeit, in  
8 Kulturfragen, in Fragen der Integration und in Bildungsfragen zu nutzen und die  
9 Arbeitsgemeinschaften in der Vorbereitung von Konzepten und Beschlussdrucksachen  
10 einzubeziehen und engagierten und kompetenten Genossinnen und Genossen die  
11 Mitarbeit in den AGs der Fraktionen zu ermöglichen.

12 *Behandlung in einer Sondersitzung des Unterbezirksbeirates*

13

## 1 D5 Einführung der Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen

2  
3 *Antragsteller: ASJ*

4  
5  
6 Der Punkt „Einrichtung einer Landeszentrale für politische Bildung in Niedersachsen“  
7 aus dem aktuellen Regierungsprogramm der SPD Niedersachsen wird noch in dieser  
8 Legislaturperiode umgesetzt.

9 Begründung:

10  
11 Wir verweisen bei der Begründung auf das aktuelle Niedersächsische  
12 Regierungsprogramm, weil wir der Ansicht sind, dass dem nichts hinzuzufügen ist.

13  
14 Zitat aus dem Niedersächsischen Regierungsprogramm 2013-2018

15 „Kulturelle Bildung ist Teil der Allgemeinbildung und öffnet Zugänge zu komplexen  
16 Lebenswelten. Durch kulturelle Bildung kann der Umgang mit komplexen  
17 gesellschaftlichen Veränderungen erlernt werden. Medienbildung als Teil der  
18 kulturellen Bildung ermöglicht Jung und Alt, sich in einer medial geprägten  
19 Gesellschaft zurechtzufinden. Die Abschaffung der Landeszentrale für politische  
20 Bildung war ein Fehler, weil die politische Bildung adäquate Instrumente braucht, um  
21 der zunehmenden Vielfalt in unserer Gesellschaft gerecht zu werden. Kulturelle und  
22 politische Bildung müssen zusammengedacht werden.

23  
24 Eine SPD-Landesregierung wird

25  
26 • Eine zentrale Institution für politische Bildung schaffen, die im Sinne eines  
27 umfassenden Gesamtkonzepts der politischen Bildung und Medienkompetenz  
28 lebensbegleitendes Lernen als Baustein für Demokratie und gerechte Teilhabe fördert,  
29 auch um Schulen und Bildungseinrichtungen konkrete Hilfen bei der Bekämpfung des  
30 Rechtsextremismus zu bieten.“

31  
32  
33 *Weiterleitung an die SPD-Landtagsfraktion sowie den Landesparteitag*

34

# 1 E 1 TTIP, TISA und CETA fair und sozial gerecht gestalten

2 *Antragsteller: Ortsverein Kleefeld-Heideviertel*

3 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:*

4 Der SPD-Unterbezirk Region Hannover

- 5 1. begrüßt die Positionierung des Parteikonventes zum Freihandelsabkommen TTIP vom  
6 20. September 2014. Die Positionierung des Parteikonventes muss inhaltliche  
7 Grundlage für das Handeln zuständiger sozialdemokratischer  
8 Entscheidungsträgerinnen und -träger sein.
- 9 2. ist der Ansicht, dass der Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen sowie  
10 Dienstleistungsabkommen mit den USA (TTIP, TISA) und Kanada (CETA) eine Chance für  
11 die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen, des Handels zwischen der Europäischen  
12 Union und den USA bzw. Kanada und die Stärkung von ArbeitnehmerInnenrechten  
13 bedeuten kann.
- 14 3. lehnt eine Aufweichung oder Aufhebung von Sozial-, Umweltschutz-, Datenschutz-,  
15 Verbraucherschutz- und Arbeitsrechtsstandards im Rahmen von TTIP, TISA und CETA  
16 ab. In den jeweiligen Staaten müssen die entsprechenden höherwertigen  
17 Schutzniveaus erhalten werden.
- 18 4. Lehnt eine Ratifikation von CETA und TTIP, bzw. setzt sich für eine Ablehnung ein, wenn  
19 die Bedingungen des Parteikonvents 2014 nicht vollständig erfüllt sind.
- 20 5. spricht sich für die verbindliche Ratifizierung der Kernarbeitsnormen der International  
21 Labour Organisation (ILO) im Rahmen der Abkommen aus.
- 22 6. lehnt eine zunehmende Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge als mögliche Folge  
23 der genannten Abkommen ab.
- 24 7. spricht sich für gleiche Arbeitsbedingungen, für die gleiche Entlohnung von  
25 ArbeitnehmerInnen sowie für Konfliktbeilegungsmechanismen an einem jeweiligen Ort  
26 aus. Eine Aufweichung dieser Prinzipien im Rahmen der genannten Abkommen ist  
27 abzulehnen.
- 28 8. lehnt eine Etablierung von Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren (ISDS) sowie  
29 anderer außerstaatlicher Schiedsgerichte ab.
- 30
- 31 8. lehnt die Einrichtung von Regulierungsräten zur Legitimation möglicher Nachver-  
32 handlungen der Abkommen ab. Dies muss Aufgabe des Europäischen Parlamentes  
33 einerseits und des US-Kongresses bzw. des kanadischen Parlamentes andererseits sein.

34 *Begründung:*

35 Aktuell verhandelt die Europäische Union über den Abschluss von Investitions-,  
36 Dienstleistungs- und Handelsabkommen mit den USA (TTIP: Transatlantic Trade and  
37 Investment Partnership; TISA: Trade in Services Agreement) und Kanada (CETA:  
38 Comprehensive Economic and Trade Agreement). Der Abschluss entsprechender  
39 Abkommen kann deutliche positive Effekte für die transatlantischen Wirtschafts- und  
40 Handelsbeziehungen bedeuten und einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Industrie  
41 in der Europäischen Union leisten. Der Marktzugang für europäische Unternehmen in  
42 den USA und Kanada wird – u.a. durch die Abschaffung von Zöllen – erleichtert. Dies

43 wird insbesondere die Exporte europäischer Unternehmen in die USA und nach Kanada  
44 steigern. Weiterhin kann der Zugang zum amerikanischen und kanadischen  
45 Beschäftigungssektor für europäische ArbeitnehmerInnen erleichtert werden. Durch  
46 die Anerkennung und Angleichung technischer Standards können Kosten bei  
47 Produktion und Zertifizierungen reduziert werden. Standards, die ausschließlich darauf  
48 abzielen, europäische Unternehmen vom Markt fernzuhalten, können überwunden  
49 werden. Höhere Standards zur Sicherheit von Finanzmarktprodukten und Finanzdienst-  
50 leistungen können etabliert werden. Die Abkommen bieten die Chance zur Stärkung  
51 von ArbeitnehmerInnenrechten, insbesondere durch die Anerkennung von ILO-  
52 Kernarbeitsnormen (u.a. Vereinigungsfreiheit, Anerkennung von Gewerkschaften,  
53 Gründung und Tätigkeit von Betriebsräten, Informations- und Konsultationsrechte von  
54 ArbeitnehmerInnen).

55 Allerdings bestehen auch Herausforderungen hinsichtlich der Verabschiedung  
56 entsprechender Investitions, Dienstleistungs- und Handelsabkommen. Die  
57 Aufrechterhaltung von Standards europäischer Gesetzgebung – insbesondere in den  
58 Bereichen VerbraucherInnenschutz, ArbeitnehmerInnenschutz, Datenschutz und bei  
59 Sozialstandards – darf durch die Regelungen von TTIP, TISA und CETA nicht gefährdet  
60 werden. Im Lebensmittel- und Verbraucherschutzbereich muss weiterhin das  
61 Vorsorgeprinzip gelten. Zu stark hormonbelastetes Fleisch, Produkte, die hygienische  
62 Produktionsstandards nicht einhalten, sowie Produkte, welche die Bestimmungen für  
63 den Umgang mit gentechnisch veränderten Organismen nicht erfüllen, sollten nicht  
64 auf dem europäischen Markt erhältlich sein. Die Abkommen dürfen nicht zu einer  
65 zunehmenden Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge führen. Es darf nicht  
66 dazu kommen, dass ArbeitnehmerInnen für die gleiche Tätigkeit an einem bestimmten  
67 Ort unterschiedliche Entlohnungen erhalten sowie unterschiedliche Arbeits-  
68 bedingungen für sie gelten. Das Prinzip "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen  
69 Ort" muss beibehalten werden. Zudem müssen auch in Kanada und den USA klare  
70 Regeln für die Beilegung von arbeitsrechtlichen Konflikten gelten sowie eine  
71 angemessene betriebliche Mitbestimmung möglich sein. StreikbrecherInnen aus  
72 Drittstaaten dürfen keinesfalls in Europa eingesetzt werden.

73 Geographische Ursprungsbezeichnungen müssen in den USA und Kanada anerkannt  
74 und geschützt werden. Regionale Spezialitäten und Produkte müssen weiterhin  
75 hinsichtlich ihrer Herkunftsbezeichnung geschützt werden. Damit wird nicht nur eine  
76 regionale Wertschöpfungskette geschützt, sondern werden auch hochwertige  
77 Produktionsstandards gewahrt. Äußerungen von Bundeslandwirtschaftsminister  
78 Schmidt (CSU) zu einer möglichen Lockerung entsprechender EU-Rechtsvorschriften im  
79 Rahmen von TTIP, TISA und CETA sind abzulehnen.

80 Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren (ISDS) sind abzulehnen. Sie beinhalten  
81 Verfahren vor internationalen Schiedsstellen, fernab von normalen juristischen  
82 Verfahren vor Gerichten sowie Staat-zu-Staat-Streitbeilegungsverfahren. Vor diesen  
83 Schiedsstellen könnten Unternehmen direkte Entschädigungen für entgangene  
84 Gewinne aufgrund von rechtlichen Vorschriften der beteiligten Staaten oder aufgrund  
85 von Enteignungen erstreiten. Dies könnte, insbesondere bei Umweltschutz-,  
86 Datenschutz-, Verbraucherschutz- und Arbeitnehmerrechtsbestimmungen sowie

87 Sozialstandards, zu einer Aufhebung oder Aufweichung hochwertiger Standards  
88 führen, da der Staat immer fürchten müsste, Entschädigungen an Unternehmen für  
89 mögliche entgangene Gewinne zahlen zu müssen. Ein entsprechender  
90 Revisionsmechanismus existiert in den bisherigen Vorschlägen für TTIP und CETA nicht.  
91 Den Unternehmen werden durch dieses Streitschlichtungsverfahren letztendlich nur  
92 Rechte eingeräumt, aber nur wenige Pflichten abverlangt. Das Investor-Staat-Streit-  
93 schlichtungsverfahren (ISDS) ist daher nicht notwendig und bedenklich für das  
94 Zustandekommen der Rechtsnormen im Rahmen der Gesetzgebung. Das Verfahren  
95 vergrößert zudem – entgegen häufiger Behauptungen – nicht automatisch die  
96 Investitionsbereitschaft der Unternehmen.

97 Die Wahrung des Datenschutzes im Rahmen der Abkommen ist von herausragender  
98 Bedeutung. Das individuelle Eigentum personenbezogener Daten gilt in der  
99 Europäischen Union als Grundrecht, in den USA ist dies nicht der Fall. Zudem sind  
100 europäische BürgerInnen in datenschutzrechtlicher Hinsicht in den USA und Kanada  
101 InländerInnen nicht gleichgestellt. Eine rechtliche Gleichstellung muss im Rahmen des  
102 Abkommens dringend erreicht werden.

103 Im gegenwärtigen Entwurf für das CETA-Abkommen mit Kanada ist keine vollständige  
104 Ratifizierung der Kernarbeitsnormen der International Labour Organisation (ILO)  
105 vorgesehen. Kanada hat nur sechs von acht Kernarbeitsnormen ratifiziert. Zum Schutz  
106 von ArbeitnehmerInnen muss es jedoch das Ziel sein, dass alle Kernarbeitsnormen  
107 ratifiziert werden.

108 Die Ausgestaltung zukünftiger Regulierungsfragen soll Regulaungsausschüssen  
109 übertragen werden, die mögliche Ergebnisse von Nachverhandlungen nach  
110 Ratifizierung von TTIP, TISA und CETA beschließen sollten. Damit würde der  
111 demokratische Gesetzgebungsprozess umgangen. Die Ratifizierung entsprechender  
112 Abkommen und nachfolgender Regelungen muss in der Verantwortung des  
113 Europäischen Parlamentes, des kanadischen Parlamentes und des US-Kongresses  
114 bleiben.

115 Für die Sozialdemokratie muss klar sein: TTIP, TISA und CETA bieten große Chancen,  
116 wenn sie sozial verträglich, nachhaltig und fair gestaltet sind. Es muss das Ziel sein,  
117 auch ArbeitnehmerInnenrechte zu stärken und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen.  
118 Grundlegende Umwelt-, Daten-, Verbraucherschutz- und Sozialstandards dürfen nicht  
119 abgesenkt werden. Einen Investor-Staat-Streitbeilegungsmechanismus und  
120 Regulaungsausschüsse darf es nicht geben. Es gibt klare Bedingungen, zu denen sich  
121 die SPD gut vorstellen können sollte, diesen Abkommen zuzustimmen. Werden  
122 bestimmte "rote Linien" aber überschritten, darf es mit der SPD keine Zustimmung zu  
123 CETA, TISA und TTIP geben.

124 *Annahme in der hier vorliegenden Fassung.*

125

## 1 E 2 Antrag bezüglich Waffenexporten

2

3 *Antragsteller: OV Oststadt/Zoo*

4

5 *Der Unterbezirksparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten:*

6

7 Die SPD setzt sich dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen in Zukunft weiter  
8 eingeschränkt wird und setzt sich für Exportverbote in Spannungsgebiete, in denen  
9 Menschenrechtsverletzungen oder repressive Maßnahmen drohen, ein. Desweiteren  
10 müssen Maßnahmen getroffen und in die Entscheidung von Kriegswaffenexporten mit  
11 einbezogen werden, die garantieren, dass die Waffen nicht in Hände „Dritter“  
12 gelangen.

13 Der Kriegswaffenexport darf kein Mittel der Wirtschaftspolitik sein.

14

15 Begründung:

16 Nach Art. 26 Abs.1 GG sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht  
17 vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören,  
18 insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und  
19 nach Satz 2 unter Strafe zu stellen.

20 Die Regelung des Art. 26 Abs.2 GG regelt das Verfahren für die Herstellung,  
21 Beförderung und das Inverkehrbringen von Kriegswaffen, stellt jedoch keine  
22 Ausnahme zu der Regel des Art 26 Abs.1 GG dar. Dennoch werden Kriege und  
23 Bürgerkriege weltweit unter zunehmender Beteiligung deutscher Waffen geführt –  
24 massive Bürgerkriegshandlungen in Libyen wurden mit Waffen aus deutscher  
25 Produktion geführt, selbst an den Giftgaseinsätzen in Syrien im August 2013 waren  
26 deutsche Produzenten mit beteiligt. Höhepunkt der menschenunwürdigsten  
27 Rüstungsexporte war im Jahr 2011 der von der schwarz-gelben Bundesregierung  
28 veranlasste Export von 200 Leopold-Panzern an das nicht gerade für die Achtung  
29 demokratischer Prinzipien und Menschenrechte bekannte Saudi-Arabien, in welchem  
30 homosexuelle Menschen mit der Todesstrafe bedroht und Regimegegner willkürlich  
31 hingerichtet werden. Seit vielen Jahren gehört Deutschland zu den drei größten  
32 Waffenexporteuren der Welt.

33 Dieser unhaltbare Zustand muss aus Gründen des Völkerrechts und der  
34 Menschenrechte unverzüglich ein Ende finde.

35

36 *Annahme in der Fassung der Antragskommission*



## 1 E3 „Asyl dort beantragen, wo es schließlich gebraucht wird!“

### 3 *AntragstellerInnen: Jusos Region Hannover*

5 Weiterleitung: Bezirksparteitag

7 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen:

9 Im vergangenen Jahr haben rund 200.000 Menschen einen Asyl- oder einen  
10 Asylfolgeantrag in Deutschland gestellt. Viele von ihnen mussten illegal in die  
11 Bundesrepublik Deutschland einreisen und sich somit strafbar machen. Dies ist eine  
12 Problematik, die seit Jahren bekannt ist und dazu führen kann, dass Asylbewerberinnen  
13 und Asylbewerber straffällig werden.

15 Das europäische Asyl- und Flüchtlingssystem sieht vor, dass ein Flüchtling in dem  
16 Mitgliedsstaat, wo er zum ersten Mal in Erscheinung tritt, gemeldet wird und ein  
17 Asylverfahren eröffnen kann. Die Eröffnung eines Asylverfahrens beinhaltet viele  
18 Restriktionen und Einschränkungen, solange wie das Verfahren läuft. In Deutschland  
19 übernimmt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Bearbeitung  
20 eines Asylverfahrens. Die Bearbeitung eines Asylantrags kann derzeit mehrere Monate,  
21 in Einzelfällen sogar Jahre dauern. Während des Asylverfahrens sind dem Asylbewerber  
22 beziehungsweise der Asylbewerberin ebenso Einschränkungen auferlegt. So ist es ihm  
23 unter anderen Verboten sich außerhalb der Bundesrepublik aufzuhalten.

25 Die Möglichkeiten ein Asylverfahren auf legalem Wege in Deutschland einzuleiten sind  
26 sehr gering und kompliziert, da ein Flüchtling dort gemeldet wird, wo er das erste Mal  
27 eine europäische Grenze übertritt. Dies ist aufgrund der geographischen Lage der  
28 Bundesrepublik entsprechend unrealistisch.

29 Als Konsequenz reisen viele Flüchtlinge auf illegalen und teilweise gefährlichen Wegen  
30 nach Deutschland, um dort ein Asylverfahren zu eröffnen und möglicherweise eine  
31 neue Heimat zu finden.

33 Bisher wird die Möglichkeit ausgeschlossen ein Asylverfahren in dem jeweiligen  
34 Heimatland einzureichen. Die Ermöglichung dieses Verfahren hätte zwei zentrale  
35 Auswirkungen: zum einem würden weniger Flüchtlinge in die Not geraten, dass sie  
36 aufgrund ihrer illegalen Einreise straffällig werden und zum anderen könnte die Arbeit  
37 des BAMF optimiert und vereinfacht werden.

39 Daher fordern wir die Bundesregierung dazu auf:

- 41 - Asylverfahren auch außerhalb von Deutschland zu ermöglichen.
- 42 - Die Bewertung von Asylverfahren auch darauf hin prüfen, ob humanitäre und  
43 soziale  
44 Einschränkungen im Herkunftsland vorhanden sind.
- 45 - Die Entkriminalisierung von Flüchtlingen, die illegal in die Bundesrepublik  
46 Deutschland  
47 eingereist sind zu prüfen und bei bestehenden relevanten Fällen eine Niederlegung  
48 des Strafverfahrens in Erwägung zu ziehen.

50 **Begründung:**

51

52 Es aktuell fast unmöglich ein Asylverfahren in der Bundesrepublik Deutschland  
53 einzuleiten, wenn dies auf legalem Wege passieren soll. Betroffene reisen meistens auf  
54 illegalem Wege ein und müssen auf ihrem Weg mit der permanenten Angst des  
55 Auffliegens leben. Dies wiederum würde dazu führen, dass sie ein Asylverfahren in  
56 dem Land, wo sie das erste Mal registriert worden, einleiten müssten.

57

58 Zwar sieht die Europäische Union eine Gleichberechtigung bei Asylverfahren vor.  
59 Jedoch ist dies faktisch nicht der Fall. Ein Asylverfahren in Italien, Malta oder Bulgarien  
60 führt eher nicht zu einer Bestätigung des Rechts auf Asyl, während die  
61 Wahrscheinlichkeit auf die Erteilung des Asylstatus in Schweden und Deutschland  
62 bedeutend höher ist.

63

64 Des Weiteren muss bedacht werden, dass Betroffene einen weiten, schweren und zum  
65 Teil lebensbedrohlichen Weg auf sich nehmen müssen, um überhaupt in die  
66 Europäische Union beziehungsweise in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen.  
67 Diese Torturen könnten mit einem Asylverfahren im eigenen Land reduziert werden.

68

69 Menschen könnten vor Ort ein Asylverfahren eröffnen und in ihrem gewohnten  
70 Umfeld leben. Obgleich dies sicherlich schwierig und teilweise nicht möglich ist.

71

72 Hinzu kommt, dass eine Bewertung von Asylverfahren leichter erscheint, wenn sich die  
73 zur Beurteilung eines Asylverfahrens entscheidenden Personen, im jeweiligen Land  
74 aufhalten. Es ist naheliegend, dass diese Personen weitaus mehr Informationen über  
75 die aktuelle Lage im Land haben und somit eine Entscheidung schnell und realistisch  
76 entscheiden können.

77

78 Bei der Bewertung müssen auch humanitäre und soziale Aspekte mit hinzugezogen  
79 werden. So sollte die gezielte Ausgrenzung von ethnischen, religiösen oder sexuellen  
80 Minderheiten, ebenso ein Grund auf Asyl sein.

81

82 *Annahme*

83

## 1 E 4 TiSA, so nicht!

### 3 *AntragstellerInnen: Jusos Region Hannover*

5 Weiterleitung: Bezirksparteitag

7 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen:

9 Derzeit wird das Trade in Services Agreement (kurz TiSA) zwischen 50 Ländern und  
10 auch der Europäischen Union verhandelt. Der Parteitag des Unterbezirks Region  
11 Hannover fordert die deutsche Verhandlungsführung auf, TISA abzulehnen, wenn  
12 folgende Punkte nicht erfüllt werden:

- 14 - Die Verhandlungen werden unter demokratischer Beteiligung der Parlamente  
15 und der Zivilgesellschaft mit größtmöglicher Transparenz geführt. Auch nach  
16 Abschluss der Verhandlungen sind die Vereinbarungen und Ausgestaltung des  
17 Abkommens dauerhafter demokratischer Kontrolle zu unterwerfen.
- 18 - Liberalisierte Dienstleistungen können wieder rekommunalisiert werden.
- 19 - Öffentliche Dienste wie die Wasserversorgung und das Bildungssystem bleiben  
20 in öffentlicher Hand, um eine Kommerzialisierung dieser, bewusst  
21 einzuschränken.
- 22 - Eine Positivliste legt die Dienstleistungen fest, die liberalisiert werden können.  
23 Die sogenannte Negativliste lehnen wir klar ab.
- 24 - Auch die Subventionierung ausländischer Unternehmen lehnen wir ab.
- 25 - ArbeitnehmerInnen-, VerbraucherInnen- und Umweltschutzaspekte müssen fest  
26 in die Abkommen integriert werden, um die Standards zu halten.
- 27 - Ohne demokratische Einflussnahme, dürfen nach Vertragsabschluss keine  
28 weiteren Marktchancen für Unternehmen eingerichtet werden.

### 30 **Begründung:**

31 Das Trade in Services Agreement (TiSA) wird derzeit hinter verschlossenen Türen  
32 verhandelt und eine Präsentation der Ergebnisse ist spätestens fünf Jahre nach  
33 Abschluss der Verhandlungen geplant. Öffentliche Dienste sollen bezahlbar und  
34 universell verfügbar sein, der Markt kann dieser Aufgabe aber nicht nachgehen. Die in  
35 TiSA vorgesehenen Liberalisierungen dieser Dienste könnten dazu führen, dass die  
36 Gesundheitsversorgung oder gar das Trinkwasser zu einem Privatgut würden und eine  
37 Konkurrenz entstünde. Die Absichten der VerhandlungspartnerInnen sind hier klar:  
38 einen möglich hohen Gewinn erhalten. Gescheiterte Privatisierungen könnten im Sinne  
39 TiSAs nicht von den Regierungen aufgefangen werden, falls eine Rekommunalisierung  
40 von vornherein ausgeschlossen wird. Die Regulierungsmöglichkeiten der Staaten  
41 werden massiv eingeschränkt und die Gefahr, dass selbst das Bildungssystem  
42 privatisiert wird, besteht, falls sich TiSA tatsächlich durchsetzt.

### 43 *Annahme in der Fassung der Antragskommission*

44

45

# 1 E5 Wir wollen mehr Europa: Innerparteiliche Europäisierung 2 vorantreiben

3

4 *Antragsteller: Jusos*

5 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge folgende Resolution  
6 beschließen:

7

8 Wir haben im letzten Jahr einen ganz intensiven Europawahlkampf geführt. Wir haben  
9 dafür gekämpft, dass unsere Partei die stärkste Kraft wird, dass Bernd Lange sowie Nils  
10 Hindersmann in das Europäische Parlament einziehen und dass Martin Schulz nach der  
11 Wahl Präsident der EU-Kommission wird.

12

13 Das Resultat solch einer Arbeit kann sich sehen lassen: Wir haben europaweit zulegen  
14 können. Das Ergebnis ermöglicht Martin Schulz das Amt des EU-  
15 Parlamentspräsidenten wieder anzutreten, was ein enormer Erfolg ist, auch wenn wir  
16 das eigentliche Ziel nicht erreichen konnten, ihn zum EU-Kommissionspräsidenten zu  
17 wählen. In der Region Hannover wurden wir zum ersten Mal stärkste europäische  
18 Kraft. Und vor allem bundesweit fuhren wir einen historischen Zugewinn von 6,5  
19 Prozentpunkten ein.

20

21 Nach den Wahlen ist es innerparteilich leider wieder sehr still um das Thema Europa  
22 geworden. Es werden keine Gespräche oder Diskussionen zu den aktuellen politischen  
23 Ereignissen in der EU-Kommission und im EU-Parlament geführt. Auf unserer täglichen  
24 Agenda stehen ausschließlich kommunale, landes- und bundespolitische  
25 Angelegenheiten drauf. Aber genau jetzt nach dieser Wahl, nach den ordentlichen  
26 Ergebnissen und der Entwicklung in der EU muss es unser innerparteilicher Anspruch  
27 sein, für viel Europa und insbesondere „Mehr Europa“ in der Partei zu stehen. Gerade  
28 als internationalistische Partei müssen wir das breite Feld Europa regelmäßig mit  
29 Informationsveranstaltungen bewässern. Wir bringen damit nicht nur unseren  
30 Mitgliedern die EU näher, sondern zeigen den Menschen da draußen, dass die EU nicht  
31 ein kompliziertes weit entferntes politisches System irgendwo in Brüssel und  
32 Straßburg ist. Und das alles muss gerade jetzt unsere Aufgabe sein, wo wir uns in einer  
33 Situation befinden, in der die EU-Skepsiswelle täglich ansteigt und zahlreiche  
34 populistische Parteien auf dieser erfolgreich mitschwimmen.

35

36 Folgender 6-Punkte-Plan sollte zeitnah umgesetzt werden:

- 37 - Auf jeder SPD-Vorstands- und Beiratssitzung sowie auf jedem Parteitag muss  
38 immer ein kurzer allgemeiner europäischer Bericht erfolgen, in dem die  
39 wichtigsten Dinge wiedergegeben werden. Dieser soll von unserem  
40 Europapolitiker Bernd Lange, seinen wissenschaftlichen Mitarbeiter, von  
41 einer/einem anderen FunktionärIn oder einer/einem gewählten  
42 „Europabeauftragten“ gehalten werden.
- 43 - Die/Der „Europabeauftragte“ soll den ständigen Kontakt zum Europabüro im  
44 Kurt-Schumacher-Haus halten. Weiterhin soll diese Person auf der einen Seite

45 als AnsprechpartnerIn im Vorstand für europäische Fragen dienen (anfallende  
46 Fragen müssen nicht sofort auf Sitzungen geklärt werden, sie können per Mail  
47 nachgetragen werden) und auf der anderen Seite die europäische Arbeit  
48 (Positionierungen, Aktionen und Veranstaltungen  
49 planen/organisieren/begleiten) innerhalb des Parteivorstandes größtenteils in  
50 Kooperation mit dem Europabüro koordinieren. Die Funktion der/des  
51 „Europabeauftragten“ soll im Rahmen der Aufgaben- und Kompetenzverteilung  
52 innerhalb des Vorstandes geklärt werden. Im Laufe der Zeit soll darüber  
53 nachgedacht werden, diese Funktion in die UB-Satzung bei erkennbarem Erfolg  
54 fest mit aufzunehmen.

- 55 - Jeden dritten Monat soll mindestens eine Informations- und  
56 Diskussionsveranstaltung zu einem wichtigen europäischen Thema – die unsere  
57 Stadt bewegt bzw. bewegen könnte – von unserem Europapolitiker Bernd Lange  
58 und seinem Büro, von dem Parteivorstand oder einer Arbeitsgemeinschaft im  
59 Unterbezirk im Rotationsprinzip organisiert werden. Den Auftakt soll unsere  
60 Partei in Kooperation mit Bernd Lange machen. Anschließend soll der  
61 Parteivorstand immer darüber beraten, wer sich mit der nächsten  
62 Veranstaltungsorganisation befassen muss. Die Arbeitsgemeinschaften können  
63 nur einen Auftrag innerhalb des am Anfang genannten Zeitraumes erhalten und  
64 erst wieder dann zur Organisation beauftragt werden, wenn der Parteivorstand  
65 oder das Europabüro mit einer Veranstaltung nachgezogen sind. Sollte einer von  
66 ihnen aus unterschiedlichen Gründen nicht in der Lage sein, eine Veranstaltung  
67 zu organisieren, wird diese übersprungen und ihr erst wieder zum nächsten  
68 Quartal die Europa-Staffel übertragen.
- 69 - Eine gesamtparteiliche Aufgabe muss es sein, am Europatag eine große  
70 gemeinsame Aktion und/oder Veranstaltung – Bernd Lange, das Europabüro,  
71 alle Vorstandsmitglieder, Parteifunktionäre und Arbeitsgemeinschaften aus der  
72 Region Hannover – zentral zu organisieren.
- 73 - Wichtig bei diesen ganzen Sachen sind, dass alle unsere Europa-Aktivitäten  
74 nicht nur parteiintern beworben werden, sondern auch in die breite  
75 Stadtgesellschaft hineingetragen werden.
- 76 - Am Ende jeder Vorstandsperiode soll die Europaarbeit in der Partei objektiv und  
77 kritisch diskutiert werden. Dabei müssen sich Punkte zur Verbesserung und  
78 Weiterentwicklung dieser Aufgabe herauskristalisieren.

79  
80 Die EU ist die Zukunft, die EU ist der Fortschritt. Nur wenn wir uns täglich neu zu  
81 diesem Friedensprojekt bekennen, kann es wachsen und florieren. Deshalb müssen wir  
82 uns innerparteilich Europäisieren – inhaltlich wie auch strukturell.

83 *Annahme in der Fassung der Antragskommission*

1 E 6 Europäische Jugendintegration muss bei uns beginnen - EFD  
2 in den Fraktionen Hannovers jetzt verwirklichen

3

4 *AntragsstellerIn: Juso Region Hannover*

5 Der Unterbezirksparteitag der SPD Region Hannover möge beschließen und an die SPD-  
6 Ratsfraktion der Stadt Hannover sowie an die SPD-Regionsfraktion zur Kenntnis geben:

7 Wir fordern die Umsetzung des europäischen Freiwilligendienstes in den Fraktionen

8 der Stadt und der Region Hannover. Zum derzeitigen Zeitpunkt haben die

9 Geschäftsstellen der SPD-Ratsfraktion der Stadt Hannover sowie der SPD-

10 Regionsfraktion Hannover keineN europäischeN FreiwilligeN. Deshalb fordern wir die

11 SPD-Ratsfraktion der Stadt Hannover und die SPD-Regionsfraktion der Region

12 Hannover dazu auf:

13 1) die Stadt- und Regionsverwaltung mit einem Prüfverfahren bezüglich der

14 Schaffung von Stellen für europäische Freiwillige in den Fraktionen zu

15 beauftragen, diese Prüfverfahren sollen innerhalb eines Jahres abgeschlossen

16 sein.

17 2) Bei positiven Beurteilungen sollen in den nächsten zwei Jahren die

18 entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Des Weiteren fordern wir

19 die SPD-Fraktionen dazu auf, diese Stellen zur nächst folgenden

20 Bewerbungsphase auszuschreiben.

21

22 Begründung

23 Es müssen Anreize geschaffen werden, damit Jugendliche eine Chance auf dem

24 Arbeitsmarkt bekommen können. Es ist offensichtlich, dass viele europäische Märkte

25 entweder ausgelastet sind oder große Probleme haben. Es bedarf der europäischen

26 Solidarität, um jedem arbeitslosen Jugendlichen eine wirtschaftliche Zukunft zu

27 gewähren.

28 Eine erste Möglichkeit könnte der Europäische Freiwilligendienst sein. Er bietet jungen

29 Menschen von 16 bis 30 Jahren die Möglichkeit zwischen zwei Monaten und zwölf

30 Monaten in einem anderen Land zu arbeiten. Dabei handelt es sich um eine

31 gemeinnützige Tätigkeit in den Bereichen Soziales, Jugend, Umwelt oder Kultur. Ziel

32 des Europäischen Freiwilligen Dienstes ist es, jungen Menschen die Chance zu geben,

33 Kompetenzen zu entwickeln, die eine aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben

34 und am Ausbau eines mobilen Europas ermöglichen.

35 Die Jugendarbeitslosigkeit nimmt in den Mitgliedstaaten und Regionen der

36 Europäischen Union dramatische Ausmaße an. Fast jeder vierte Jugendliche in Europa

37 hat keine Arbeit oder einen Ausbildungsplatz. Damit sind nahezu sechs Millionen junge

38 Menschen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren arbeitslos. In manchen Regionen

39 Spaniens und Griechenland sind sogar über 70 % der jungen Menschen von

40 Arbeitslosigkeit betroffen.

41 Deutschland, Niedersachsen und die Region Hannover haben im europäischen

42 Vergleich eine niedrige Jugendarbeitslosenquote bei den unter 25-jährigen. Die hohe

43 Jugendarbeitslosigkeit in Europa vernichtet nicht nur Zukunftsperspektiven von

44 Millionen junger Menschen, sie richtet in hohem Maß volkswirtschaftliche Schäden an.  
45 Laut einer Studie der Europa-Universität Viadrina kostet die hohe  
46 Jugendarbeitslosigkeit die EU-Staaten jährlich rund 75 Milliarden Euro und hat für die  
47 Betroffenen zwischen 2009 und 2011 zu Wohlstandsverlusten von fast 227 Milliarden  
48 Euro geführt (vgl. *Die Welt*, 23.09.2013). Neben den Verlusten für die europäischen  
49 Volkswirtschaften sind die individuellen Folgen für die von Arbeitslosigkeit betroffenen  
50 Jugendlichen dramatisch. Ein misslungener Einstieg in das Berufsleben birgt für jede  
51 Jugendliche und jeden Jugendlichen die Gefahr der Orientierungs- und  
52 Perspektivlosigkeit und sozialer Ausgrenzung. Vor diesem Hintergrund ist es geboten,  
53 präventiv anzusetzen und den Weg in Ausbildung und Beschäftigung zu unterstützen.  
54 Eine angemessene und qualifizierende schulische, universitäre oder duale Ausbildung  
55 ist der beste Schutz gegen Jugendarbeitslosigkeit.  
56 Der Europäische Freiwilligendienst ermöglicht jungen Menschen neue Erfahrungen im  
57 Ausland zu sammeln und darüber hinaus eine neue Sprache zu lernen. Die Teilnahme  
58 an Begleitseminaren und an einem Sprachkurs sowie die Betreuung durch eineN  
59 TutorIn sind obligatorisch. Die Kosten werden von der Europäischen Kommission  
60 getragen und verursachen keine Kosten für die Auf- und Entsendeorganisationen.  
61 Die Geschäftsstelle der SPD-Ratsfraktion der Stadt Hannover sowie die Geschäftsstelle  
62 der SPD-Regionsfraktion Hannover haben derzeit keine europäischen Freiwilligen. Die  
63 Eingliederung eines jungen Menschen in die Rats- oder Regionsarbeit würde die  
64 kommunale politische Ebene öffnen und so eine neue Perspektive für die jungen  
65 Freiwilligen ermöglichen.  
66 Die SPD ist international auf allen Ebenen, dies gilt es überall zu verwirklichen - egal ob  
67 kommunal oder international!

68

69 *Annahme*

70



## 1 E 7 Wirtschaftsprofit vor Menschenrechte? Nicht mit uns.

2

### 3 *AntragsstellerInnen: Jusos Region Hannover*

4 Der SPD-Unterbezirksparteitag möge beschließen und als Material an den SPD-  
5 Landesvorstand und die SPD-Landtagsfraktion mit der Bitte um Stellungnahme  
6 weiterleiten:

7 Die SPD Region Hannover fordert die niedersächsische Landesregierung auf zukünftig  
8 bei der Frage von wirtschaftlichen Partnerschaften des Landes Niedersachsen die  
9 Menschenrechtssituation in den möglichen Partnerländern als Kriterium des Eingehens  
10 einer solchen Partnerschaft darstellen soll.

11 Dies umfasst insbesondere:

12 \* Zustimmung zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (AEMR).

13 \* gesicherte Frauenrechte, insbesondere der Gleichbehandlung von Frauen und  
14 Männern.

15 \* Das Recht auf freie Entfaltung der sexuellen Identität

16 \* Religionsfreiheit

17 \* Geschützter rechtlicher Status von Minderheiten.

18 \* Meinungs- und Pressefreiheit.

19 \* Schutz vor Folter.

20 \* Rechtsstaatlicher Schutz vor willkürlichen staatlichen Bestrafungen.

21 \* grundlegende Rechte von ArbeitnehmerInnen.

22 Begründung:

23 im Januar 2015 plante die Landesregierung eine Delegation von VertreterInnen von  
24 Politik und Wirtschaft nach Saudi-Arabien und Katar zu entsenden. Nach dem Tod des  
25 saudischen Königs Abdullah wurde zwar die Reise nach Saudi-Arabien abgesagt, die  
26 Delegation reiste aber trotzdem nach Katar. Es wurde ebenfalls angekündigt, dass die  
27 Reise nach Saudi-Arabien nur aufgehoben und nicht aufgeschoben sei.

28 Die Begründung für diese Reise ist die wirtschaftliche Perspektive, die in beiden  
29 Ländern zu finden sei. Völlig außer Acht gelassen wir aber die katastrophale  
30 Menschenrechtssituation in beiden Ländern.

31

32 In Saudi-Arabien steht Folter an der Tagesordnung. Dissidenten werden regelmäßig  
33 von der Polizei durch Schlafentzug, Schläge und Beleidigungen. Durch diese Folter  
34 werden Geständnisse für Gerichtsverhandlungen erpresst.

35

36 Die Todesstrafe wird in Saudi-Arabien für eine Vielzahl von Vergehen eingesetzt. Unter  
37 anderem sind Koranschändung, Gotteslästerung, Konversion zu einer anderen Religion,  
38 Hexerei, Ehebruch und Homosexualität von der Todesstrafe umfasst. Bis heute werden  
39 Menschen für diese "Vergehen" zum Tode verurteilt.

40

41 Regelmäßig werden KritikerInnen der Regierung ohne Gerichtsverhandlung  
42 eingesperrt. Diesen DissidentInnen wird in den meisten Fällen ein Rechtsbeistand  
43 verwehrt, die Haftbedingungen sind desolat.

44

45 Meinungs- und Glaubensfreiheit sind in Saudi-Arabien faktisch nicht existent.  
46 Regelmäßig werden JournalistInnen festgenommen und ohne Gerichtsurteil in Haft  
47 gelassen. Andere Religionen als der sunnitische Islam dürfen nicht öffentlich ausgeübt  
48 werden.

49

50 In beiden Staaten steht faktische Sklaverei an der Tagesordnung. Gerade im  
51 Zusammenhang mit der Fußball Weltmeisterschaft ist diese Problematik einer  
52 breiteren Öffentlichkeit bewusst gemacht worden.

53

54 In Katar gibt es eine deutliche Diskriminierung von ImmigrantInnen. ImmigrantInnen  
55 ist es verboten Gewerkschaften zu gründen, ArbeitgeberInnen dürfen ihren  
56 ArbeitnehmerInnen verbieten den Beruf zu wechseln, das Visa zu beenden und  
57 verbieten das Land zu verlassen.

58 In Katar wird Homosexualität, kritische Meinungsäußerung und teilweise  
59 Religionsausübung mit Gefängnisstrafen geahndet.

60 Natürlich sind wirtschaftliche Partnerschaften für das Land Niedersachsen wichtig. Es  
61 ist aber falsch autoritäre Regimes zu stützen, indem man wirtschaftliche  
62 Partnerschaften eingeht. Diesen Regimes wird dadurch eine Legitimation zu Teil, die sie  
63 ohne die Unterstützung westlicher PolitikerInnen nicht erhalten würden.

64 Ein Wandel durch Annäherung scheint nicht Erfolg versprechend zu sein. Deutschland  
65 unterhält seit 1954 politische und wirtschaftliche Beziehungen mit Saudi-Arabien.  
66 Trotzdem hat sich die Situation der Menschenrechte nicht wesentlich gebessert.

67 Gleichzeitig gibt es in der Region Länder mit einer deutlich besseren  
68 Menschenrechtssituation, sodass man nicht pauschal davon ausgehen kann, dass es  
69 keine Alternativen zu Wirtschaftsbeziehungen mit diesen Ländern gebe.

70 Die niedersächsische Landesregierung muss somit mit gutem Beispiel vorangehen und  
71 endlich die Menschenrechtssituation in den möglichen Partnerländern zu einem  
72 ernsthaften Kriterium in der Frage ob Beziehungen aufgenommen bzw. ausgeweitet  
73 werden sollen machen.

74 *Annahme in der Fassung der Antragskommission*

75

76

77

1 **E8 „Verantwortung wahrnehmen – Schutz bieten“**

2  
3 *AntragstellerInnen: Jusos Region Hannover*

4  
5 Weiterleitung: Bezirksparteitag, Bundesparteitag

6  
7 Der Unterbezirksparteitag der SPD UB Region Hannover möge beschließen:

8  
9 Wir bekennen uns aktiv zum Konzept der "Responsibility to Protect"  
10 (Schutzverantwortung) zu bekennen sowie sich international für eine Etablierung  
11 dieser Norm einzusetzen. Das bedeutet für uns konkret:

12  
13 **Die Pflicht zur Prävention:**

14 „Um schwere Menschenrechtsverletzungen in Krisensituationen im Vorfeld zu  
15 verhindern, müssen die Instrumente ziviler Krisenprävention in einem ganzheitlichen,  
16 strategischen Gesamtkonzept definiert, gestärkt und ausgeschöpft werden.“

17  
18 **Die Pflicht zur Reaktion**

19 In Extremfällen muss die Internationale Gemeinschaft als Ultima Ratio auch militärisch  
20 eingreifen, etwa bei Genoziden oder ethnischen Säuberungen. „Um die  
21 Handlungsfähigkeit der Staatengemeinschaft in solchen Fällen zu gewährleisten, muss  
22 das Veto-Recht und die damit mögliche Blockade des Sicherheitsrats schrittweise  
23 überwunden werden. UN-mandatierte Militäreinsätze müssen besser koordiniert  
24 werden und bedürfen definierter Leitkriterien.“

25  
26 **Die Pflicht zum Wiederaufbau**

27 Nach Beendigung der Konflikte muss ein Wiederaufflammen der Gewalt verhindert  
28 werden. Konfliktparteien sollten in konstruktive Verhandlungen miteinander treten.  
29 Ein Schwerpunkt internationaler Politik muss dabei auf der Stärkung von Staatlichkeit  
30 liegen. Dies kann u.a. durch Hilfe bei der Polizeiausbildung, der Errichtung einer  
31 unabhängig funktionierenden Justiz sowie dem Wiederaufbau und der Erhaltung  
32 öffentlicher Infrastruktur geschehen.

33  
34 **Begründung:**

35 Ruanda und Srebrenica: Das sind zwei Beispiele einer nicht enden wollenden Serie von  
36 Völkermorden an nationalen, religiösen oder ethnischen Minderheiten. Seit dem Jahr  
37 1948 ist der Genozid ein internationaler Straftatbestand. Doch geholfen hat das wenig.  
38 Die Gründung des Internationales Strafgerichtshofes war ein weiterer, wichtiger  
39 Schritt, um auf der einen Seite den Schutz der Menschenrechte zu stärken und auf der  
40 anderen Seite schwere Menschenrechtsverletzungen zu ahnden. Das Jahr 2005  
41 markiert einen Wendepunkt in der Geschichte des Völkerrechts: Die "Responsibility to  
42 Protect" wurde von der UN-Vollversammlung anerkannt – dieser Beschluss ist  
43 allerdings nicht bindend.

45 Die Schutzverantwortung umfasst drei Dimensionen: Die Pflicht zur Prävention, die  
46 Pflicht zur Reaktion sowie die Pflicht zum Wiederaufbau. Damit wird die Souveränität  
47 der einzelnen Staaten erstmals eingeschränkt. Sie können nicht bestimmte  
48 Minderheiten einfach töten oder brutal vertreiben, sondern sie sind zum Schutz der  
49 eigenen Bevölkerung verpflichtet. Kommen sie dem nicht nach, muss die  
50 internationale Gemeinschaft für den Schutz der Bevölkerung sorgen.

51

52 Was geschieht, wenn Tausende Menschen einfach abgeschlachtet werden und keine  
53 Maßnahme greift, um diese Gräueltaten zu verhindern. In diesem Ausnahmefall muss  
54 es möglich sein, die Menschen zu schützen und militärisch gegen die Täter vorzugehen.  
55 Das gilt auch für den Fall das ein ständiges Mitglied des Sicherheitsrats eine  
56 Entscheidung aus eigensinnigen Motiven blockiert. Wirtschaftliche oder politische  
57 Gründe können kein Grund sein, den Menschen nicht zu Hilfe zu eilen – ein Beschluss  
58 der UN-Vollversammlung muss hier ausreichen.

59

60 Es sollte keine leichte Entscheidung sein: Denn es gilt: Jede militärische Aktion zieht  
61 weitere Menschenrechtsverletzungen nach sich. Doch ein tatenloses Zusehen wie in  
62 Ruanda darf es nicht mehr geben.

63

64

65 *Annahme in der Fassung der Antragskommission*

